

Biblioteka Główna i OINT
Politechniki Wrocławskiej



100100368725

WALSRODZKA

Der Kreis
Waldenburg
im Niederschlesischen Industriegebiet
in Vergangenheit
und Gegenwart



EX LIBRIS

BIBLIOTEKA GŁÓWNA
POLITECHNIKI WROCŁAWSKIEJ

Der Kreis Waldenburg

im

Niederschlesischen Industriegebiet
in Vergangenheit und Gegenwart

von

Dr. jur. Karl Ohle

Regierungsassessor
am Landratsamt Waldenburg

Herausgegeben
vom Landkreis Waldenburg
in Schlesien

1927

Tit. *A* No. *57*
Lehrerbibliothek
der ev. Mädchenschule
zu Waldenburg i. Schl.

Gedruckt bei Wilh. Gottl. Korn in Breslau

Das Bild des Umschlages „Von der Schicht“ zeichnete Arthur Grimmer.

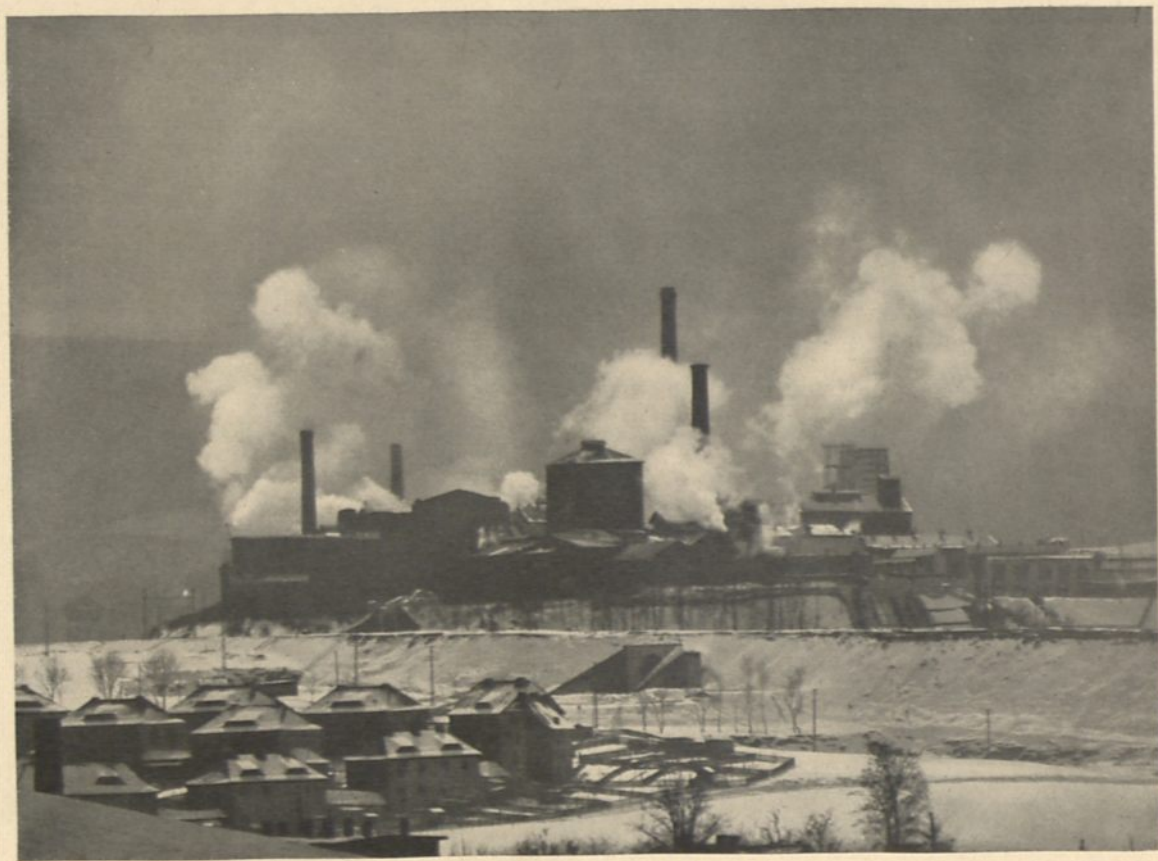
Die Abbildungen entstammen der Foto-Werkstatt
W. Mittmann-Waldenburg,

die 2 Bergwerks-Innenaufnahmen der Foto-Werkstatt
Ewald-Nieder-Hermsdorf.

Autotypien und Ätzungen der Chemigraphischen Kunstanstalt
Wilh. Gottl. Korn-Breslau.



237240/1



Melchiorgrube in Dittersbach

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit soll den Zweck haben, für ein bisher trotz seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung wenig bekanntes Gebiet in aufklärendem undwerbendem Sinne zu wirken. Sie soll zu dem Ziele führen, daß seine Pläne und Bestrebungen, wie seine Sorgen und Nöte auch außerhalb seiner Grenzen Verständnis finden, und daß schließlich die Not der Tausende gelindert wird, die unter der Einwirkung eines jahrhundertelangen Elends körperlich und seelisch schwer zu leiden haben. Es ist also eine Tendenzschrift. Und doch soll oberste Richtschnur sein, Licht und Schatten so zu malen, wie es die Sachlichkeit verlangt.

Zweckmäßig schien es mir, als Anfang eine kurze Skizze von dem zu geben, was überhaupt unter dem Begriff „Niederschlesisches Industriegebiet“ zu verstehen ist, weil ich mir von einem historischen Beginn kaum ein Weiterlesen des Nichtschlesiens versprechen durfte. Erst dann, wenn wohl weniger die Darstellung, als das Objekt den Leser gefesselt hat, mag in großen Linien die geschichtliche Entwicklung gezeichnet werden, deren Darstellung zu einem tieferen Verständnis unserer heutigen Verhältnisse unbedingt notwendig ist. Auch halte ich, ganz abgesehen davon, daß mir als Verwaltungsbeamten leicht der Vorwurf gemacht werden könnte, pro domo zu schreiben, die Wirtschaftsgeschichte des Waldenburger Kreises für ein Gebiet, das das Interesse der Allgemeinheit zu beanspruchen wohl verdient. Handelt es sich doch um einen der ältesten Industriebezirke Preußens, in dem z. B. die erste Spinnmaschine des europäischen Kontinents Aufstellung fand und der seines regen Leinenhandels wegen zur friderizianischen Zeit mit zu den ergiebigsten Silberquellen des „Preussischen Peru“ gehörte, wie Friedrich II. Schlesien zu nennen pflegte. Als im Westen des Reiches am Beginn des 19. Jahrhunderts die Industrie zaghaft die Schwingen zum ersten Flugversuch regte, brach hier in Schlesien eine hochentwickelte Industrie zusammen, aus der länger als 50 Jahre der preussische Staat die Mittel zum Ausbau seiner Größe entnommen hatte. So erscheint

unser Gebiet, betrachtet man die Fortbildung des Leinenhandels aus der Hausindustrie bis zum Maschinenbetriebe, die Anfänge des Bergbaues, das Zeitalter der Eisenbahn und die schließlich im amerikanischen Hextempo erfolgte moderne Industrialisierung, als ein getreues Spiegelbild der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt.

Es sollte auch nicht ein Beweis von Gründlichkeit der Darstellung sein, wenn ich die Nöte der Weberzeit aus dem Staube ungelesener Altten und Bücher wieder aufleben ließ, sondern ich tat dies aus ganz anderer Absicht. Denn unverkennbar erinnert die heutige Krisenzeit, in der wir leben, an die Nöte jener schrecklichen und doch so schnell vergessenen Tage. Vieles, was uns heute zu unserer Rettung als der Weisheit letzter Schluß angepriesen wird, stellt sich als Requisite engherzigen Bürokratismus dar, dessen Verfehltheit genug Menschen damals das Leben gekostet hatte, und vor dessen Wiederholung ein gnädigeres Geschick uns heute bewahren möge. Auch wird das Bild der Lage unserer Arbeiterschaft verständlicher, wenn wir wissen, daß sie zum überwiegenden Teil sich aus Proletariern der vierten und fünften Generation zusammensetzt. Wir verstehen dann leichter, daß die Leiden ihrer Vorfahren sich im Denken und Tun hier schärfer ausprägen müssen, als in den Menschen westlicher Industriebezirke, in deren Adern durch dauernden Zuzug aus ländlichen Gebieten das Blut frischer und lebenskräftiger rinnt.

Erkennt man so die geschichtlichen Bedingtheiten, in denen die Not der Arbeiterschaft unseres Reviers wurzelt, so entfällt das müßige Suchen nach einer Alleinschuld der Gegenwart. Vielmehr erwächst die heilige Pflicht für alle, die nur irgend welchen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge haben, hier mit allen ihren Kräften helfend einzuspringen. Denn es sind nicht allein Kriegsnöte, die wir zu bekämpfen haben, das Übel liegt leider viel tiefer. Wenn irgendwo, so sind wir das Gebiet, für das die sozialen Nachkriegsgesetze geradezu auf den Leib zugeschnitten sind. Ja, man möchte sagen, wenn es eine Dringlichkeitsliste gäbe, nach der die öffentlichen Mittel zum Hausbau oder zu Wohlfahrtszwecken verteilt würden, so müßte der Gerechtigkeit halber unser Gebiet unter den ersten Bewerbern dieser Liste geführt werden. Wir verlangen keine Bevorzugung, wir wollen nur Luft, Licht und Raum zum Leben und zur Arbeit.

Videant consules!

1. Kapitel.

Die wirtschaftliche und soziale Gliederung des Waldenburger Industriegebiets.

Manchem aufmerksamen Reisenden, den die Bahn von Berlin über Görlitz-Hirschberg nach den Heilquellen der Grafschaft Blas geführt hat, mag nicht lange, nachdem er die Schneewälle des Riesengebirges an seinen Fenstern vorbeistreifen sah, ein Gebiet aufgefallen sein, das schon durch sein Äußeres sich als Standort einer regsamem Industrie kundgab. In Rothenbach beginnend, drängen die mächtigen Anlagen eines Bergwerks mit ihren hoch sich türmenden Abraumbalden dicht an die Bahn heran. Und von nun ab begleitet den Schauenden das eigenartige Bild einer lieblichen Gebirgslandschaft, in deren Tälern rauchende Bergwerksschloten mit den langgestreckten, vielfenstrigen Fabrikanlagen der Textilindustrie abwechseln, bis dann von Neurode ab sich wieder die weiten Äcker fruchtbarer Landwirtschaft breiten. Noch seltsamer ist der Anblick, wenn der Zurückkommende seinen Besuch der Hauptstadt Schlesiens abstaten will und ihn der Zug in der Dunkelheit über Waldenburg, Freiburg, Königszell nach Breslau führt. Dann scheint von Neurode bis nach Freiburg hin die Nacht zum Tage geworden zu sein. Tausende von Lichtern blitzen in den Tälern, die sich wie große glühende Ketten im Dunkel entlangziehen und zu den Höhen sich heraufwinden. Glutrot flammt der Himmel auf, wenn aus den Koksöfen die glühende Masse herausgestoßen wird, und taghell ist die hügelige Landschaft erleuchtet. Wohl selten weiß der Reisende, daß dieses von unermüdlichem Menschenfleiß zeugende Land, in dem sich die grauen Proletarierkasernen in enger verschachtelter Bauweise an den Flußtälern entlang drängen, in dem die Bergwerksanlagen, wie z. B. die Melchiorgrube in Dittersbach, wie eine gewaltige Bastion der Arbeit über das Land ragen, das niederschlesische Industriegebiet ist. Und leider kennen noch wenigere seine Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Für solche Schnellzugsreisenden, die im Fluge durch unser Gebiet eilen, und die im gleichen Tempo unserer schnellebigen Zeit über das niederschlesische Industriegebiet belehrt sein wollen, mögen die

folgenden Angaben und Zahlen dienen, die ein Bild geben, das vielleicht den oder jenen verführt, das Buch sogar zu Ende zu lesen.

Unter dem niederschlesischen Industriegebiet versteht man im politischen Sinne den Kreis Waldenburg mit einem Teil des Landeshuter Kreises im Nordwesten und des Neuroder Kreises im Südosten. Geographisch wird es durch das Mittelgebirge der Sudeten gekennzeichnet, das Waldenburger Bergland, das die Glazer Berge mit dem Riesengebirge verbindet. Da der Kreis Waldenburg den weitaus größten Teil des niederschlesischen Industriezentrums umfaßt, werden die weiteren Ausführungen sich auf ihn beschränken, um nicht durch das Heranziehen der zwei beteiligten Kreise Landeshut und Neurode ein falsches Bild zu geben.

Der Kreis Waldenburg, der im Jahre 1818 durch Abtrennung vom Kreise Schweidnitz gegründet wurde, umfaßt eine Fläche von 36 568 ha mit rund 136 000 Menschen. Diese Zahlen werden durch die frühere Kreisstadt Waldenburg, die seit dem 1. Januar 1924 ausgekreist ist, um 1 209 ha und 44 000 Menschen erhöht. Es leben also auf einer Fläche von 377 qkm 180 000 Menschen. Dies gibt eine Bevölkerungsdichte für das gesamte Gebiet von 473 Menschen auf den qkm. Die gleichen Ziffern sind für das Reich 133, für Preußen 130, für Westfalen 283, für die Rheinprovinz 294 (Volkszählung vom 16. 6. 1925). Ja, es wird sogar die Bevölkerungsdichte der dichtbesiedeltesten Gebiete des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erreicht, wenn man die Zahlen genauer prüft und von den 377 qkm 116 qkm abzieht, die auf zum Teil unbewohnte Gutsbezirke entfallen. Dies muß man mit Rücksicht auf das Fehlen der Gutsbezirke im Rheinland billigerweise bei einem Vergleiche tun. Alsdann entfallen bei Abzug der Gutsbezirksbevölkerung von 1200 Einwohnern rund 685 Menschen auf den qkm des Waldenburger Industriezentrums. Mit dieser Einwohnerzahl ist der Kreis Waldenburg nach dem Berliner Kreise Nieder-Barnim der größte im deutschen Osten und im gesamten Staatsgebiet der zehntgrößte Kreis. Er gliedert sich außer der kreisfreien Stadt Waldenburg, den Städten Gottesberg mit 10700 und Friedland mit 6400 Einwohnern in 62 Landgemeinden und 28 Gutsbezirke. Unter diesen befinden sich Industriegemeinden, die wie Weißstein die stattliche Ziffer von 11100, Ober Salzbrunn 9400, Nieder Hermsdorf 11700, Dittersbach 15000 Einwohnern erreichen. Allein acht Landgemeinden zählen über 4000 Einwohner.

Die politische Zusammensetzung der Bevölkerung, die konfessionell zu zwei Dritteln der evangelischen, zu einem Drittel der katholischen Kirche angehört, spiegelt sich klar in der im November 1925 stattgefundenen



Arbeit vor Ort

Wahl zum Kreistage wider. Von den 33 Kreistagsmitgliedern gehören 17 der soz. dem. Partei, 9 der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, 3 der Zentrumspartei, 2 den Demokraten an, und 2 sind Kommunisten. Der Kreisauschuß besteht demnach aus 3 Mitgliedern der S. P. D., 2 Bürgerlichen und 1 Kommunisten. In der Stadt Waldenburg haben die Bürgerlichen eine geringe Mehrheit. Das rege politische Leben im Kreise Waldenburg findet seinen lebendigsten Ausdruck in den 12 Zeitungen, die allein im Kreise erscheinen, und von denen als die bedeutendsten die Schles. Bergwacht und das Neue Tageblatt in einer Auflagesstärke von zusammen 50 000 Exemplaren erscheinen.

Schon diese Zahlen beweisen, daß es sich hier nicht um einen der östlichen Landkreise von weitem Flächenausmaß handelt, sondern um einen dichtbesiedelten Industrie-Großkreis. Dementsprechend ist der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur 5 Prozent der Gesamtbevölkerung.¹⁾ Nur dank ihrer Rührigkeit und vortrefflichen Führung vermag die Landwirtschaft etwa 10 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs für die Gesamtbevölkerung dem im allgemeinen mageren und äußerst schwierig zu bebauenden Boden zu entlocken. Die notwendige Einfuhr fast aller Gebrauchs- und Genußgegenstände ist einer der Hauptfaktoren, der Waldenburg zu der nachweisbar teuersten Stadt des Regierungsbezirktes Breslau und darüber hinaus gemacht hat. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche einschl. Haus- und Kleingärten beträgt rund 21 000 ha, also etwas weniger als zwei Drittel der Kreisoberfläche. Davon entfallen 800 Betriebe auf Besitzungen bis 5 ha und 1150 Betriebe auf Besitzungen von 6 bis 25 ha. Im ganzen sind 79 Prozent der Gesamtfläche in der Hand von Kleinwirten. Nur 4 Güter übersteigen das Maß von 100 ha, ohne jedoch mehr als 5 Prozent der Gesamtfläche auszumachen. Der Kleinbäuerliche Besitz herrscht demnach vor. Zur Bildung von Latifundien konnte dieser wenig ertragreiche Boden nicht reizen. Dagegen sind größere Gutskomplexe in dem benachbarten Kreise Schweidnitz und ebenso im Volkenhainer Kreise zu finden. Wird also die landwirtschaftliche Anbaufläche hauptsächlich durch Kleinwirte genutzt, so befindet sich der Wald, an dem der Kreis bemerkenswert reich ist, zum weitaus größten Teile in der Hand des Großgrundbesitzes. Über ein Drittel der Kreisoberfläche, nämlich 13 300 ha, sind bewaldet. Davon steht der größte Teil — 8 500 ha — im Eigentum des Fürsten v. Pleß, auf die Herrschaft Rynau entfallen 500 ha, die Stadt Waldenburg besitzt 285 ha, usw.

¹⁾ Über Aufbau und Gliederung der Landwirtschaft unterrichtet im einzelnen die Schrift von Dr. Richter.

Die Unbauverhältnisse sind im Kreise außerordentlich verschieden, was allein schon durch die Tatsache erklärt wird, daß die Ackerlage sich von 200 Metern im Norden bis zu 850 Metern im Süden erhebt. Während also der nördliche Teil, hauptsächlich die Teile um Salzbrunn und Seitendorf verhältnismäßig fruchtbar sind, und hier ein ausgezeichnete Weizen gedeiht, lohnt auf den steilen Gebirgshängen eine Ausfaat von zwei Zentnern auf den Morgen mit nur vier Zentnern Ertrag! Ganz allgemein leidet die Landwirtschaft durch häufigen Hagelschlag und wolkenbruchartige Niederschläge, die die dünne Ackerkrume zu Tale schweifen, von wo sie dann mühselig durch Karren wieder heraufgeschleppt wird. Diese Verhältnisse haben schließlich immer mehr zu der Einsicht geführt, daß in den Höhenlagen Getreide- und Hackfruchtbau sinnwidrig ist und den Gedanken der Grünlandwirtschaft, d. h. die Umwandlung nicht lohnender Getreidefelder in Weideland nachhaltig gefördert. Heute befindet sich die Landwirtschaft in einem großen Umstellungsprozeß, der die Einführung der Grünlandwirtschaft in den Mittel- und namentlich höheren Lagen zum Ziele hat. Wenn auch der Anfang noch klein ist und nur wenige Besitzer zu der kostspieligen und große Umsicht erheischenden Umstellung ihrer Wirtschaft übergegangen sind, so gibt es doch immerhin schon wertvolle Pioniere, die durch ihre Erfolge auch die übrigen mitreißen werden. Ein wichtiger Weg zu diesem Ziele gerade für den Zwergbesitz, der das notwendige Kapital nicht aufbringen kann, ist die Genossenschaftsweide, wie wir eine in mustergültiger Anlage in Langwaltersdorf auf einer 220 Morgen großen Fläche mit vorzüglichen Gräsern und reichlichem Quellwasser besitzen. Hier ist der beste Anfang gemacht, um auf dem Wege der Kollektivwirtschaft auch dem kleinsten Besitzer das Halten guten Nutzviehes zu ermöglichen.

Wenden wir uns nunmehr zurück und fragen wir, worin die industrielle Bedeutung des Waldenburger Industriegebiets liegt, so ist diese Frage nicht schnell beantwortet. Denn in diesem Gebiet vereinigt sich eine so bunte Mannigfaltigkeit wichtiger Industrien, wie sie kaum wieder in so engem Raume zum zweiten Mal angetroffen werden wird. Von dem Steinkohlenbergbau zur Maschinenfabrik, vom Porzellan zur Abziehbilderfabrik, von der Textilfabrik, Weberei, Spinnerei, Appretur- und Veredelungsanstalt zur Spinnspulenfabrik reiht sich eine bunte Kette mit Glashütten, Papier-, Pappen- und Zündholzfabriken im Gefolge. Kurzum, eine Fülle wertvoller Gewerbezweige stempelt das Waldenburger Industriegebiet zu einem beachtlichen Gliede der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Wenn wir einen kurzen Blick auf die wichtigsten Industriezweige werfen, so wird die überragende Stellung des Steinkohlenbergbaus

unschwer auffallen. Er ist es, der dem gesamten Industrieviertel sein Gepräge gibt und von dessen Bestehen der größte Teil der übrigen Produktionsstätten abhängig ist. Der Kohlenvorrat des niederschlesisch-böhmischen Steinkohlenbeckens umfaßt im deutschen Teile schätzungsweise 600 Millionen Tonnen Steinkohle. Das geologische Bild der Steinkohlenformation stellt sich als flachschüsselförmige Mulde dar, die nach Südosten hin offen ist. Im Westrand der Mulde geht der Bergbau in Böhmen hauptsächlich bei Schazlar um. Während der Nordrand flözarm ist, führt der Ostflügel in der Waldenburger Mulde bauwürdige Flöze von einer durchschnittlichen Mächtigkeit von 30 cm bis 2 Metern.

Die Abbauverhältnisse sind außerordentlich schwierig, weil die Ablagerung durch Porphyry- und Melaphyrdurchbrüche gestört ist, deren Eruptionen die Flözzone teils zerrissen, teils gefaltet haben. Auf eine Einwirkung des Porphyrs sind auch die für unser Gebiet charakteristischen Kohlensäureausbrüche zurückzuführen, die hier in Gasform gefährlich wirken, während sie sonst den Heilquellen Salzbrunnens und Charlottenbrunnens ihren Ruf gegeben haben. Schlagwetterbildung ist zwar seltener, jedoch zum Unterschied von Oberschlesien leiden die tieferen Sohlen und Flöze darunter. Ebenso ist eine weitere Folge der ungünstigen geologischen Verhältnisse der starke Gebirgsdruck. Er bewirkt, daß Niederschlesien mehr Steinkohlenstaub als Stückkohle liefert.

Alle diese ungünstigen Verhältnisse wirken sich in einer erheblichen Verteuerung der Gesteinskosten aus. Als Folge des Gebirgsdrucks und des schlechten Nebengesteins der Flöze — gebräucher Schiefertone —, der durch Luftfeuchtigkeit aufquillt und den Druck nicht allein von dem Hangenden, sondern auch von der Sohle und von den Stößen verstärkt, muß ein sorgfältiger Ausbau der Stollen erfolgen, für den sich die Kosten etwa 50 % höher als in Oberschlesien stellen. Nicht geringere Kosten verursacht die Neigung zu Schlagwetter- und Kohlensäureausbrüchen. Die Bergpolizei verlangt die Anlage einer stärkeren Wetterzuführung (Ventilator) als sonst üblich ist, wodurch die Betriebskosten wesentlich verteuert werden. Nicht anders wirkt sich auch die geringe Mächtigkeit der Flöze aus, deren Neigung durchschnittlich 20—35 Grad beträgt; sie erschwert und verteuert den Abbau bedeutend.

Die gewonnene Kohle ist eine vorzügliche Hausbrandflammkohle, die sich besonders gut zur Koksherstellung eignet. Etwa 70 % der gesamten Förderung muß wegen des überwiegenden Staubes aufbereitet, d. h. gewaschen werden. Schon sehr früh verwandte man den Kohlen Schlamm zu Feuerungszwecken, der früher als Absinterungsprodukt von Kohlen Schlammteichen heute durch ein sogen. bewegtes Schlamm-

verfahren noch ergiebiger ausgebeutet wird. Außer der Kohle wird noch auf einigen Gruben des Neuroder Bezirks als Nebenprodukt feuerfester Schieferthon gewonnen, der sich durch hohen Tonerdegehalt und durch geringen Gehalt an Flußmitteln auszeichnet. Er bildet für die sonst schwachen Gruben das wirtschaftliche Rückgrat (Jahresproduktion 1925 2000 To. Toneisenstein, 115 000 To. gerösteter Ton).

Zurzeit ist die Gliederung der Gruben folgende¹⁾:

1. die Kokswerke u. Chemische Fabriken A. G. Berlin mit folgenden Gruben: Fuchs-, David-, Segen-Gottes-, Victor- und Gustavgrube mit insgesamt rund 33 % der niederschlesischen Förderung;
2. Gruben des Fürsten von Pleß mit den Fürstensteiner Gruben, der Cäsargrube und der Sophiegrube mit insgesamt rd. 23 % der Förderung;
3. die Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhils-Friedenshoffnung, rd. 14½ % der niederschlesischen Förderung;
4. die Rütgers-Werke A. G. mit der von Kulmiz und der Abendrötegrube, rd. 13½ % der Förderung;
5. die Gewerkschaft conf. Wenceslausgrube mit rd. 8 % der Förderung;
6. die Neuroder Kohlen- u. Tonwerke mit den Ruben-Rudolf- und Johann-Baptista-Gruben, rd. 7 % der Förderung.

Die Bedeutung des Reviers für den Kohlenwirtschaftsmarkt erhellt aus der 1926 geförderten Jahresmenge von 5 587 809 To. verwertbarer Steinkohle. Außerdem wurden erzeugt:

895 024 To. Koks,
33 201 " Teer,
11 105 " schwefelsaures Ammoniak,
10 358 " Benzol.

Die Friedensförderung 1913 betrug: 5 527 000 To. Kohle,

959 000 To. Koks,
32 000 " Teer,
9 900 " schwefelsaures Ammoniak,
5 900 " Benzol.

Die Produktion ist also heute nicht wesentlich höher als die der Vorkriegsförderung. Das niederschlesische Revier steht mit 4,2 % der Gesamtproduktion an dritter Stelle unter den Steinkohlenbezirken des preussischen Staates. Die deutsche Gesamterzeugung betrug 1925 rd. 133 Millionen To. gegenüber 190 Millionen im Frieden. Die Absatzverhältnisse sind wegen der ungünstigen geographischen Lage und des Fehlens eines Wasserweges schon vor dem Kriege ein beson-

¹⁾ Sittler, S. 11.

deres Schmerzenskind unseres Bergbaus. Die Konkurrenz mit dem viel mächtigeren Oberschlesien war oft erdrückend, und dicht vor den Toren Waldenburgs spielten sich um die Absatzmärkte die erbittertsten Kämpfe ab. Nur der verständnisvollen Tarifpolitik der Staatsbahn war es zu verdanken, daß sehr günstige Eisenbahnsondertarife dem Revier den Wettbewerb ermöglichten. Damals spielte u. a. die sogen. Königshütter Einheit eine große Rolle. Unter ihr verstand man einen Sondertarif, der dem Revier für alle Stationen, die weiter als 350 km von Königshütte OS. entfernt lagen, den gleichen Frachtsatz zubilligte, als ob die Beförderung von Königshütte aus erfolgt wäre. Außerdem war die hochentwickelte Industrie des benachbarten Böhmens, wie überhaupt die österreichisch-ungarische Monarchie eines der wichtigsten Absatzländer unseres Reviers. Im Jahre 1913 ging allein ein Viertel der Kohlenproduktion (1 148 000 To.) und die Hälfte der Roßproduktion (414 000 To.) nach Österreich hinüber. Heute bildet die Tschechoslowakei ein mit einer chinesischen Zollmauer umgebenes Reich für sich, in dem eine protektionistische Regierung den Kohlenbedarf aus eigenen Gruben zu decken versucht. Mit der Ausbeutung des Ostrauer-Karviner Steinkohlenbezirks und dem Kladnoer Braunkohlengebiet bildet die Tschechoslowakei heute ein ungeheures Kohlenüberschußland. Die hieraus für unser Gebiet entspringende Folge ist ein Zusammenschrumpfen der Ausfuhr auf etwa 260 000 To. Kohle nach den Gebieten Deutsch-Österreichs, der Tschechoslowakei und Ungarns (1925 waren es noch 360 000 To.) und des Roßs auf etwa 170 000 To., was in beiden Fällen nur ein Viertel der früheren Ausfuhr bedeutet.

Die unglücklichste Auswirkung hatte jedoch der Fortfall der Tarif-erleichterungen. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, daß eine Ermäßigung der Tarife für Inlandskohlen eine Frachtminderung auch der Reparationskohle nach sich ziehe, konnten Ausnahmen nicht mehr zugelassen werden. An dieser Tatsache krankt die gesamte Kohlenindustrie, und wenn hierin keine Abhilfe geschaffen wird, so muß der Zukunft mit größter Sorge entgegenzusehen werden.

Diese kurzgeschilderten ungünstigen Verhältnisse, die ihren Ursprung in der geographisch-frachtlichen Lage, in der geologischen Struktur der Flöze, dem Vorkommen von Schlagwettern und Kohlenäureausbrüchen, dem hohen Gebirgsdruck und in dem Verlust des Absatzgebiets, sowie in dem Anschwellen der steuerlichen und sozialen Lasten haben, finden ihren sichtbarsten Ausdruck in den gezahlten Arbeiterlöhnen.

Die Zahl der durchschnittlich angelegten Bergarbeiter betrug im Jahre 1913 rd. 29 000, im Jahre 1924 rd. 40 000 und sank dann be-

ständig bis zum Dezember 1925 auf das Friedensniveau herab. Im Dezember 1926 belief sich die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter, einschl. der in den Nebenbetrieben (Kokereien, Tongewinnung) beschäftigten Arbeiter:

- a) im gesamten niederschlesischen Bergbau auf 30 638 Köpfe,
- b) davon in den im Kreise Waldenburg gelegenen Gruben auf 22 095 Köpfe.

Nach der im Reichsarbeitsblatt 1927, Nr. 3 veröffentlichten statistischen Nachweisung über die Löhne in den Hauptbergbaubezirken ist der für das 3. Vierteljahr 1926 errechnete Verdienst des Hauer¹⁾ 6,00 RM., des Schleppers 4,80 RM., des Reparaturbauers 5,55 RM., sonstiger Arbeiter 4,55 RM. je Schicht; der Durchschnittsverdienst der unterirdisch und im Tagbau beschäftigten Arbeiter 5,55 RM.

Die gleichen Ziffern sind für:

	Hauer	Schlepper	Reparatur- bauer	Sonstige Arbeiter	Durchschnitts- verdienst
Oberschlesien	7,60	5,29	6,56	4,54	5,75
Dortmund .	8,71	7,75	8,62	5,89	7,86
Niederrhein	9,03	7,97	8,92	5,51	8,01
Westfalen .	8,74	7,77	8,65	5,89	7,88

Diese Ziffern haben keinen Augenblickswert, auch wenn sie heute durch neue Schiedsprüche verändert sind und in Zukunft verändert werden. Der Unterschied des Lohnniveaus im Revier zu den übrigen Bergbaubezirken Deutschlands ist, von unwesentlichen Schwankungen abgesehen, der gleiche seit Friedenszeit. In ihm prägt sich die ungünstige wirtschaftliche Lage des Bergbaus mit allen seinen Schwierigkeiten aus, mögen es nun die erwähnten geologischen und Absatzverhältnisse oder die Folgen des Friedensdiktats sein. Mit einem Durchschnittslohn von etwa 140 RM. monatlich bleibt den Arbeitern kaum etwas übrig, um neben Kleidung, Wäsche und Miete die dringendsten Kulturausgaben machen zu können. Die Folgen äußern sich in einem Stande der Lebenshaltung, wie er kaum tiefer in irgend einem Bergbaubezirk des Reiches unterschritten werden kann. Das Nähere wird später ausgeführt werden, doch muß schon hier auf die Tatsache hingewiesen werden, daß in der seit altersher über das Existenzminimum nur kurz herausragenden Lohn-

¹⁾ Unter Verdienst wird Leistungslohn zuzüglich aller Zuschläge für Überarbeiten, sowie des Hausstandsgeldes und Kindergeldes verstanden. In ihm sind die Versicherungsbeiträge der Arbeiter enthalten.

spanne die Erklärung für den körperlichen und kulturellen Tiefstand des nieder-schlesischen Arbeiters zu finden ist, der durch die unglaubliche Wohnungseuge, dem niedrigeren Leistungsvermögen gegenüber Arbeitern anderer Bezirke, der weiten Verbreitung von Tuberkulose, sowie früher Invaliddität gekennzeichnet ist. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß von diesen Durchschnittslöhnen noch ein Abzug von etwa 74 Pf. je Schicht für soziale Beiträge erfolgt, der somit den Lohn auf etwa 120 RM. im Monat je Durchschnitt herabdrückt.¹⁾

Wollte man bei der Schilderung der Industrie historisch vorgehen, so wäre der Textilindustrie, der zweitwichtigsten Industrie des Kreises, der Vorrang einzuräumen, da sie die älteste Industrie unseres Gebietes, wie überhaupt Schlesiens ist. Sie gliedert sich in zwei räumlich und auch der Art nach getrennte Gebiete. Das eine wird durch die Stadt Friedland gebildet, in der hauptsächlich die Leinen- und die Halbweberei ihren Stand hat — es laufen dort in 6 Webereien etwa 1450 Webstühle —; das andere durchfließt die Weistritz, die von ihrer Quelle nahe der böhmischen Grenze bis zur Kreisgrenze bei Rynau den Sitz der Baumwollindustrie kennzeichnet.) Von Wüstegiersdorf ab, wo die Firma Meyer Rauffmann A. G. ihre bedeutende Baumwoll-Buntdruckerei und Wollweberei betreibt, reihen sich ohne sichtbare Trennung in ununterbrochener Reihe die Textilindustriegemeinden des Kreises Dörnau, Blumenau, Tannhausen, Erlenbusch, Hausdorf, Bärtsdorf. Typisch für diese Siedlungen, die seit altersher die Weberdörfer waren, ist die sich dicht an die Bergflüsse anschmiegende Bebauung. Sie verraten, wie wichtig von der Gründung ab bis heute für diesen Industriezweig das Wasser ist. Am Anfang des bei Hausdorf einmündenden Eulebaches liegt der älteste und früher bedeutendste Leinenhandelsplatz Wüstewaltersdorf, wo die Firma Webstky, Hartmann u. Wiesen A. G. noch heute den guten Ruf schlesischen Leinens rechtfertigt. Im ganzen sind im Kreise Waldenburg 28 Webereien mit rund 4300 Webstühlen vorhanden.

Zu diesen Webereien treten eine Fülle von Industriezweigen, die mit ihnen in engstem Zusammenhange stehen. Einmal sind das 2 Flachs-

¹⁾ Lohntabelle im Anhang S. 120

Die sozialen Lasten (Beiträge der Arbeitnehmer und der Werke für die gesamte soziale Versicherung) werden vom Bergbaulichen Verein je Tonne Nutzungsförderung berechnet:

für das Jahr 1913	mit	0,94	RM.,	
" "	"	1925	"	1,98 "
" "	"	1926	"	2,74 "

(Auswirkung des Reichsnahrungsgesetzes).

garnspinnereien, von denen sich die größte in Ober Waldenburg befindet und die andere in Blumenau. Während die erste ein Garn bis zu Nr. 60 spinnst, erreicht die zweite die für Deutschland sehr seltene Garnfeinheit Nr. 80. Eine darüber hinausgehende Feinheit, wie sie in England bis zu Nr. 120 erreicht wird, ist in unserer Gegend wegen der klimatischen Verhältnisse unmöglich.

Das in diesen Spinnereien gewonnene Rohgarn wird sodann den Garnbleichen zugeführt, von denen wir in Dittersbach eine besitzen, die gleichzeitig eine der größten Leinengarnhandlungen des deutschen Ostens ist. In dem weiteren Produktionsprozeß der Textilgewerbe nehmen einen besonders wichtigen Raum die Appretur- und Veredelungsanstalten ein, von denen eine Reihe in verschiedenster Größe zerstreut im Kreise liegt. Diese Anlagen dienen nicht allein der Appretur einheimischer Erzeugnisse, in ihnen werden auch von auswärts, z. B. aus Süddeutschland zuge sandte Gewebe veredelt. Als eine der modernst eingerichteten Bleichen ist die Kramsta-Bleiche in Polsnitz zu nennen.

In dem reizvollen Reinsbachtale, einem Seitentale der Weistritz, liegt bei Donnerau eine Spinnspulensabrik, die die größte ihrer Art in Deutschland ist und durch die Güte ihrer Fabrikate sogar mit den englischen Erzeugnissen in Indien zu konkurrieren vermag.

In diesem Zusammenhange muß auch noch des Industriezweiges gedacht werden, der die Wurzel der modernen Textilindustrie gewesen ist, nämlich der Handweberei. Vor hundert Jahren klapperten in allen Tälern unseres Kreises die Webstühle. Heute ist die Zahl der Handweber auf 50—60 herabgesunken, meistens alte Frauen, die kümmerlich ihr Brot sich mit diesen schon ein gewisses historisches Interesse erweckenden Hand-Webstühlen verdienen. Während der Erwerbslosenkrisis des Jahres 1926 ist es dann noch vorgekommen, daß der und jener in Erinnerung an verschollene Hungerzeiten wieder zu „webern“ anfing. Doch ist der Untergang dieses Erwerbszweiges endgültig besiegelt.

Aber die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie etwas zu sagen, ist eine äußerst undankbare Aufgabe, da jede Schilderung dieses sehr häufigen Erschütterungen ausgesetzten Industriezweiges nur den Wert eines kleinen Zeitausschnittes hat. Wenn man die Geschichte des Leinen- und Baumwollhandels betrachtet, so wird man finden, daß sie der getreueste Spiegel aller europäischen und außereuropäischen Wirrnisse ist, die jemals gewesen waren. Von einer „Blütezeit“ stürzt sie jählings in Krisen und Ruin, um sich schon nach kurzer Zeit wieder zu erholen und den schicksalsvollen Lauf fortzusetzen. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß die Textilindustrie vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat auf einen ruhigen und stetigen Welt handelsmarkt angewiesen ist. Schlechte

Baumwollernten in Amerika, protektionistische Handelspolitik der Staaten, Flachsausfuhrverbote, Seekriege, ungünstige Handelsverträge gleichen Riesenwellen, die ihre Brandung vom Ausgangspunkt mit unverminderter Wucht bis in die entferntest gelegenen Fabrikationsstätten tragen. Kurzum, die Textilindustrie gleicht einem empfindlichst reagierenden Seismographen wirtschaftlicher Erschütterungen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Textilindustrie erhellt aus der Tatsache, daß allein 6- bis 7000 Arbeiter in normalen Zeiten hier ihr Brot finden. Das ist die zweitgrößte Belegschaftsstärke in der Provinz Schlesien. Den ersten Rang nimmt mit 13 000 Arbeitern der Nachbarreis Reichenbach ein, dessen Kreisstadt den Beinamen das „Schles. Manchester“ führt. Sechzig Prozent sind weibliche Kräfte, wie überhaupt die moderne Textilindustrie eine ausgesprochene Frauenbeschäftigung hat. Die Bergarbeiterfrau und das erwachsene Mädels müssen bei dem geringen Einkommen des Hausvaters nach Arbeit sich umsehen, und gerade dieses Angebot billiger Arbeitskräfte wird von der Textilindustrie aufgesaugt. Die dort gezahlten Wochenlöhne schwanken zwischen 15 bis 18 RM. Erwähnenswert ist noch, daß die Arbeit eine äußerst ungesunde ist und in ihr neben der menschenunwürdigen Wohnungseinge eine der Wurzeln der Verbreitung der Tuberkulose zu finden ist. Garnspinnereien, wie Appreturanstalten bedingen einen überheizten dunstigen Raum, dessen stickige und staubige Luft trotz der guten Entlüftungsapparate die Lungen verweichlicht und den Keim zu schweren Erkrankungen legt¹⁾.

Eine weitere Industrie, in der hauptsächlich die Frau arbeitet, ist die in ihrer Bedeutung an dritter Stelle stehende Porzellanindustrie. In der Dichte der Fabrikanlagen und der Belegungstärke — es sind im ganzen 5 Porzellanfabriken mit etwa 3400 Arbeitern — übertrifft unser Gebiet die bayerische, thüringische und sächsische Gruppe. Gerade in Waldenburg sind wichtige, für die Porzellanindustrie umstoßende Neuerungen zum erstenmal angewandt worden. In der Kristerischen Manufaktur in Waldenburg wurde zum erstenmal in Deutschland im Jahre 1840 mit Steinkohle Porzellan gebrannt und von der bisherigen Holzfeuerung abgegangen; und in jüngster Zeit führte die C. Zielsche Porzellanmanufaktur in Altwasser den ersten Gastunnelofen ein. Vier der Porzellanfabriken beschäftigen sich mit der Herstellung von Gebrauchs- und Tafelgeschirr, das künstlerisch auf anerkannter Höhe steht. Die Verbindung zweier Unternehmen mit dem Rosenthal-

¹⁾ Lohntarif vom 3. März 1927 nach Angabe des deutschen Textilarbeiterverbandes. Anhang S. 121.

Konzern, bzw. Hutschenreuther deutet dies zur Genüge an. In der fünften Fabrik, die in Sophienau bei Charlottenbrunn liegt, wird Porzellan für die Elektroindustrie, Isolatoren usw. hergestellt. Alle Unternehmungen führen bis zu 50 % ihrer Produktion ins Ausland und stärken somit die deutsche Volkswirtschaft.¹⁾

Mit dieser Industrie ist die Abziehbilderfabrikation eng verbunden. Nur die teuersten Stücke sind handgemalt, das übliche Porzellan trägt ein Abziehbild. So haben wir in Altwasser die größte Fabrik des Kontinents dieser Art, die wegen ihres starken Auslandsabfahes auch in der krisenreichsten Zeit vollauf Beschäftigung hatte. Anschließend ist die Glasindustrie zu nennen, deren bedeutendste Anlage die Spiegelhütte in Sandberg ist. Diese steht in enger Verbindung mit der französisch-belgischen Glasindustrie und beliefert als einziges Unternehmen dieser Art den deutschen Osten mit Spiegelscheiben und Drahtglas.²⁾

Nicht weit von ihren Mauern hat die Eisenindustrie ihren Standort, die sich hier in Sandberg mit der Wilhelmschütte und Carlschütte angesiedelt hat. Sie liefert Bergbaumaschinen, Aufbereitungs- und Wäscheanlagen. Ihre normale Belegschaft ist etwa 1300 Mann. Merkwürdigerweise ist ihr Absatzgebiet nicht das heimatische Gebiet, sondern Sachsen und das Ausland. Doch spielen heute derartige unrationelle Vertauschungen der Absatzplätze gerade in der Eisenindustrie keine ungewöhnliche Rolle. Wenn Unternehmungen wie Krupp nach ihrer Umstellung um den Inlandsmarkt zu kämpfen haben, nimmt es nicht Wunder, das bis nach Schlesien sich erstreckende Ringen hier beobachten zu können.³⁾

Zu dieser bunten Folge gesellen sich noch Draht-, Pappen-, Papier-, Zündholz-, Ofenfabriken und große Baufirmen mit eigenen Ziegeleien, Sägewerken und Bautischlereien. Bervollständigt wird dieses Bild eines regen und bedeutsamen Industriekreises durch eine eigene Überlandzentrale und eine Ferngasversorgungsanlage, die außer den Ortschaften des Kreises die Städte Freiburg und Schweidniz beliefert.

Um zum Schluß einen Gesamtüberblick über die Bedeutung des Waldenburger Industriereviers zu geben, ist es am besten, wenn man sich die Zahl der Arbeiterschaft und ihre Verteilung auf die einzelnen Gewerbezweige vor Augen führt. Sie lehrt eindringlicher als alle schwankenden Produktionsziffern, welch seltene Fülle verschiedenster Industrien sich

¹⁾ Lohntabelle im Anhang S. 127.

²⁾ Dieses Werk hebt sich außerdem durch günstige Löhne hervor. Lohntabelle im Anhang S. 128.

³⁾ Lohntabelle im Anhang S. 130.



Am Rotsöfen

auf so engem Raume zusammendrängt, um unserem Gebiet das Gepräge des Kreises der Arbeit zu geben¹⁾).

Die Bergarbeiterschaft steht, wie schon ausgeführt, mit
22 095 Köpfen an der Spitze.

Ihr folgen:

als die nächst wichtigste die Textilindustrie mit	4 834 Arbeitnehmern, davon 2 820 Frauen,
die Industrie der Steine und Erden mit	4 515 Arbeitnehmern, davon 1 787 Frauen,
davon sind in der Porzellan- Industrie tätig	3 103 Arbeitnehmer, darunter 1 760 Frauen.
die Eisen- und Maschinen- industrie mit.	1 512 Arbeitern,
das Baugewerbe mit.	4 580 Arbeitern.

Insgesamt sind in 272 Betrieben mit fünf und mehr Arbeitern im Landkreis, ausgenommen die Bergarbeiterschaft, 11 703 Arbeitnehmer tätig. Davon entfallen 6 433 auf Arbeiter, 3 925 auf weibliche Arbeiter, auf Angestellte 1 345, darunter 302 weibliche Angestellte. Hinzu kommen 709 Betriebe mit 1 bis 4 Arbeitern, in denen 1 291 Arbeiter und 28 Angestellte beschäftigt werden.

Der Stadtkreis zählt 220 Betriebe mit 5 und mehr Arbeitern mit 7 900 Arbeitern und 1 830 Angestellten, also 9 730 Arbeitnehmer (1836 Arbeiterinnen und 656 weibliche Angestellte). Außerdem befinden sich im Stadtkreise 167 Betriebe mit 1 bis 4 Arbeitern, die 406 Arbeiter und 16 Angestellte zählen.

Zählen wir diese Summen zusammen, so beläuft sich die Zahl der Arbeiterschaft für das Kreis- und Stadtgebiet auf rund 42 000 Köpfe. Man geht nicht fehl, die Arbeiterschaft des gesamten niederschlesischen Industriegebiets mit Familienangehörigen auf 150 000 Menschen zu schätzen.

Will man zu einem abschließenden Urteil über die gegenwärtige Lage unserer Industrie gelangen, so muß man feststellen, daß sie, von erfreulichen Ausnahmen abgesehen, im großen und ganzen nicht besonders günstig ist. Dies muß sich notwendigerweise am schwersten in der wirtschaftlichen Stellung der Arbeiterschaft äußern, die zum überwiegenden Teil in dürftigen Verhältnissen lebt. Ja, in manchen Bezirken herrscht ein Elend, wie es anderswo kaum erreicht werden kann. Aber man würde

¹⁾ Gewerbezahltablelle im Anhang S. 116—119.

unrecht handeln, wollte man hieraus schließen, daß unser Revier zum Untergang verdammt sei. Es ist ein billiger Ruhm, den Unglückspropheten zu spielen, wenn gerade so viele ungünstige Momente der Nachkriegszeit sich heute unheilvoll zusammendrängen. Man mißachtet damit nicht allein den Fleiß und die Energie der Wirtschaftsführer, wie der Arbeitnehmer, die zäh an dem Wiederaufbau unseres Reviers arbeiten, sondern man schadet auch Land und Leuten durch derartige Feststellungen, die leicht an maßgebender Stelle den Eindruck erwecken können, es sei zwecklos, für ein so rettungslos verlorenes Gebiet etwas zu tun. Darum sollen hier zum Schluß einige Betrachtungen folgen, die sich nicht anmaßen, zutreffend zu sein, die aber sicherlich richtiger sind als das übliche Kassandrageschrei.

Die Geschichte der Nachkriegswirtschaft unseres Gebietes zu schildern, hieße einen Miniaturausschnitt der deutschen Gesamtwirtschaft überhaupt geben. Wir verfügen, wie oben auseinandergesetzt wurde, über eine so mannigfaltige Industrie, daß in den 26 Spalten der amtlichen Gewerbezählformulare nur die der Hochseefischerei, der Kautschukindustrie und der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie unausgefüllt bleiben. Das mag für ruhige Zeiten einen stolzen Besitztitel bedeuten, mußte sich aber in der Krisenzeit der nach dem Kriege zusammengebrochenen Weltwirtschaft geradezu verhängnisvoll auswirken. Wenn in dem einen Jahr der Bergbau durch das Überangebot englischer und ausländischer Kohle am Rande des Zusammenbruches stand, so erfreuten sich die Spiegelglas- und Porzellanindustrie guter Absätze, und wenn in dem nächsten Jahr die Textilfabriken ihre Betriebe fast gänzlich schlossen und die Arbeiter auf der Straße saßen, half der englische Bergarbeiterstreik, die unertragbar hohe Zahl der Erwerbslosen aufzunehmen. So folgte eine wirtschaftliche Erschütterung der anderen, gleichsam wie Fieberschauer, die über den Leib eines Kranken dahinjagen. Und so geht es noch heute auf und ab. Denn wie wir mit den Fäden der deutschen Wirtschaft inniger als irgend ein anderes Gebiet verknüpft sind, so spüren wir auch jede Störung in dem feinmaschigen Gewebe auf das empfindlichste. Für uns ist der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsabkommens eine Lebensfrage. Wir sind an den Zollmaßnahmen der tschechischen Regierung genau so interessiert wie an dem Ausfall der lettländischen Flachsernte. Die Drohungen des Außenhandelskommissariats der Sowjetunion können wir nicht als bloße Worte achten, genau wie uns politische Stimmungen Erfolge bringen, wie z. B. der Nationalhaß der Irländer gegen England unseren Eisenwerken einen der größten Aufträge brachte. Nicht anders ist es mit den Problemen der Innenpolitik. Sie haben für irgend einen unserer Gewerbezweige eine lebenswichtige Bedeutung. Man denke

allein, was für den Bergbau die Frage des Mittellandkanals bedeutet. So mag es erklärlich sein, daß die Lösung aller innen- wie außenpolitischen Wirtschaftsfragen an der Kurve unseres Arbeitsmarktes und in dem Ausgabeposten der Fürsorgelasten abzulesen ist. Es läßt sich eben der Zusammenhang unserer vielverästelten Industrie mit der Wirtschaft des kriegsaufgeregten Europas nicht ableugnen, das heute mit der Fülle seiner Zollmauern, schlechten Währungen und dem unverhüllten Protektionismus seiner Neustaaten noch immer nicht zur Ruhe kommen kann ¹⁾.

Daß diese dauernden Erschütterungen auf die Vielzahl der Arbeiter, die ein bewegliches Temperament auszeichnet, nicht ohne Einfluß sein konnten, ist ohne weiteres klar. Das Reichsschiedsgericht mag bei seinem Urteil vom 29. 9. 1924 diese Zustände im Auge gehabt haben, als es den Waldenburger Kreis als eines der unruhigsten und schwierigsten Gebiete Preußens kennzeichnete ²⁾.

Was unserem Gebiet hauptsächlich den Charakter des Notstandes gibt, ist das harte Ringen des Bergbaues um seine Existenz. Seine Feinde sind mächtiger Natur. An erster Stelle ist es die Hartnäckigkeit, um nicht zu sagen Verständnislosigkeit, mit der die Reichsbahn die Tariffragen behandelt. An zweiter Stelle steht drohend die rapide anwachsende Braunkohlenförderung, die in Deutschland seit 1913 von 87 Millionen Tonnen auf 160 Millionen Tonnen im Jahre 1925 answoll. Zu ihr gesellt sich die weiße Kohle — die Wasserkraft —, deren wachsender Einfluß frühere Kohlenabsatzgebiete für immer verschließt. Und nicht als geringster Gegner kämpft die Wärmewirtschaft, d. h. die Rationalisierung des Kohlenverbrauchs. Dank gründlicher wissenschaftlicher Forschung ist heute die Lehre vom richtigen und sparsamen Verbrauch der Feuerungstoffe Allgemeingut geworden. Das gilt von dem 20 Prozent Einsparen der Kesselfeuerung großer Betriebe beginnend bis herab zum Sparherd der Hausfrau. Diese immer mehr fühlbaren Einschränkungen des Absatzmarktes erschweren den Kampf mit den mächtigeren Gegnern des Westens und Oberschlesiens bedeutend und schmälern die Gewinnquote des Rohkohlenhandels erheblich.

In diesem dunklen Bilde fehlen aber auch nicht die guten Farben, und das sind die Bestrebungen des Wiederaufbaues unserer deutschen Wirtschaft, die unter dem Kennwort Rationalisierung zusammengefaßt werden. Gerade der Bergbau bietet hierfür ein großzügiges Beispiel.

¹⁾ Der Engländer Layton berechnete auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf die Zahl der Arbeitslosen Europas auf 10 Millionen, die Länge der Zollmauern auf 11 000 Kilometer und die Höhe der Militärkosten auf 2 Milliarden Dollars.

²⁾ AltENZEICHEN III S, 189/23.

Ganze Schachtanlagen, die nicht bauwürdige Flöze aufweisen, sind zusammengelegt, ein durchgreifender Abbau der Belegschaft und Angestelltenschaft ist vorgenommen worden. Neue Maschinen wurden eingestellt, Kohlen- und Wäscheanlagen umgebaut und moderne Kofereien errichtet. Alle diese Maßnahmen haben sich am schärfsten nach unten ausgewirkt, und Tausende von Arbeitern fielen der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last, ehe sie in andere Berufe abströmen konnten. Hinzukam, daß unsere Landwirtschaft zum Unterschied vom Rheinland, wo ein gesunder Zwergbesitz vorherrscht, nicht in der Lage ist, wie dort Arbeitslosen für die erste Zeit Unterkunft und Brot zu geben. Die magere Scholle reicht hier kaum aus, um ihre Besitzer selbst vor Not zu schützen. Ebenso ist die Abwanderung nach anderen Bergbaubezirken unmöglich. Die Warnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen im Jahre 1926, nicht dorthin zu kommen, weil man selbst nichts zu beißen habe, war eindeutig genug. Infolgedessen bieten alle Krisen in unserem Gebiet das unerquickliche Bild eines enormen Anschwellens der Wohlfahrtsausgaben der öffentlichen Hand und verstärken nach außen hin den Eindruck eines dauernden Notzustandes, der leicht auch der Kreditwürdigkeit unserer Industrie und damit allen Einwohnern zum Verhängnis werden kann.

Betrachtet man aber alle diese Verhältnisse als einen schwierigen Umstellungsprozeß, und ein objektiver Beobachter wird dies tun müssen, so muß man sich doch sagen, daß ein Gebiet, das der drittgrößte Steinkohlenproduzent Deutschlands ist, dessen Kohlenvorräte auf Jahrzehnte hinaus einen Abbau lohnen und dessen gewonnene Kohle Qualitäten aufweist, die gerade für einen Veredelungsprozeß besser geeignet sind als irgend eine andere Kohle in Deutschland, einen Zukunftswert haben muß. Diese Zukunft wird durch die Revolutionierung der Kohlenwirtschaft gekennzeichnet. Immer mehr wird die Kohle als ein Rohstoff behandelt, dessen Verbrennung, ohne ihn aufgeschlossen zu haben, geradezu Raubbau bedeutet. Es ist richtig, daß die Verölung der Kohle ein Zukunftsproblem ist, das über das Gebiet des Experiments vorläufig noch nicht herausgekommen ist. Auch hier im Revier hat man sich in Neurode mit Versuchen dieser Art eingehend beschäftigt. Was aber näher liegt und einen greifbaren Wert hat, ist die Schaffung einer Ferngasversorgung von hier nach Berlin, bzw. nach Breslau oder Dresden. Gerade weil die niederschlesische Kohle sich auszeichnet zur Verkokung eignet, ist unser Revier, das eine der ersten Ferngasversorgungsanlagen überhaupt errichtet hat, wie geschaffen für eine derartige Anlage. Die Vorteile, die für die Kommunalwirtschaft der beteiligten Städte Frankfurt a. O., Guben, Sagan und Liegnitz dabei herauspringen,

bestehen in einer außerordentlichen Verbilligung des Gaspreises, die durch den Fortfall der kommunalen Gasanstalten mit ihrem teuren Verwaltungsapparat und den hohen Transportkosten entsteht. Für unser Revier würde aber der ewige und zermürbende Kampf um die Bahntarife, den es seit seinem Entstehen führt, an Schärfe bedeutend verlieren und es würde durch die Garantie des Absatzes, den eine Millionenstadt naturgemäß bietet, an Stetigkeit und Gleichgang der Wirtschaft erfreulich gewinnen. Die Widerstände, die uns diese Zukunft rauben wollen, sind nicht gering. Ganz abgesehen davon, daß die auf 40 Millionen RM. geschätzten Kosten der Berliner Anlage nicht ohne Beihilfe aus Staatsmitteln aufgebracht werden könnten, meldet sich auch schon wie immer die Konkurrenz des Westens. Das Ruhrgebiet trat mit neuen Projekten an die Berliner Stellen heran, und diese Bestrebungen fanden in der Gründung der Kohlenverwertungs-A.-G. in Essen ihren sichtbarsten Ausdruck. Die Behandlung dieses Problems, dessen Lösung für das Leben von zweihunderttausend Menschen von größter Wichtigkeit ist, zeigt aber auch, wie verhängnisvoll die Unbekanntheit des niederschlesischen Industriereviers sich auswirken muß. Man hat nichts davon gehört, daß an leitender Stelle eine hilfreiche Hand sich geregt hätte, um die Wünsche Niederschlesiens gegen den immer bevorzugten Westen durchzusetzen. Es ist gewiß zu verschmerzen, Briefe mit der Aufschrift „Waldenburg in Oberschlesien“ von Stellen zu erhalten, bei denen man immerhin einige geographische Kenntnisse voraussetzen gewohnt ist. Gefährlich kann es aber werden, wenn man bei leitenden Stellen statt auf Entgegenkommen und Verständnis auf völlige Unkenntnis stößt. Diese schädliche Unkenntnis ist wohl selbst verschuldet. Anstatt an eine lebhaftere und wirkungsvolle Propaganda zu denken, wie sie z. B. der Westen schon im Frieden von sich zu machen verstand, und wie sie Oberschlesien nach dem Kriege geschickt nachahmte, hat das Revier sich aus falscher Bescheidenheit mit dem Blühen im Verborgenen zufrieden gegeben. Auch fehlt heute noch die einheitliche Zusammenfassung aller Industriezweige, die die Gesamtinteressen des Reviers nach außen wirkungsvoll vertreten hätte. Statt dessen leistet man sich die historische Liebhaberei, die Industrie- und Handelskammer in Schweidnitz, der gewesenen Hauptstadt der „Fürstentümer Schweidnitz und Jauer“, zu belassen und verzichtet darauf, sie in das Herz des Industriereviers nach Waldenburg zu verlegen, um sie durch Namen und Standort innigst mit den Interessen unseres Gebietes zu verschmelzen. Nicht minder zopfig und wirtschaftlich ungerechtfertigt muß es dünken, daß in dem weit verkehrsärmeren Schweidnitz die Reichsbankhauptstelle stationiert ist, während sich Waldenburg mit einer Nebenstelle begnügen muß.

Ein weiteres Anzeichen dieser inneren Uneinigkeit ist auch die Vielzahl der Grubenverwaltungen, ein Moment, das auf die Gestaltung des Problems der Ferngasversorgung entscheidend eingewirkt hat und auch in Zukunft eine große Rolle spielen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaues ging Hand in Hand mit dem Verschwinden der kleinen Gewerke. Erst der Zusammenschluß zu größeren Gewerkschaften führte den Bergbau aus dem Stadium der Schatzgräberei zum wirtschaftlichen Grubenbetriebe. In diese Richtung weist auch heute wieder der Gang des Fortschritts! Wir haben zu viele Gegensätze im Revier, sei es wirtschaftlicher, sei es persönlicher Art. Ein engerer Zusammenschluß muß kommen, wenn wir nicht bei der Lösung der großen Zukunftsfragen stets den Kürzeren ziehen wollen. Die Rationalisierung, soweit sie bisher durchgeführt wurde, trug der entlassene Arbeiter in ihrer ganzen Schwere. Die Rationalisierung, die jetzt kommen muß, verlangt auch an leitender Stelle Opfer, und daß sie bald gebracht werden mögen, ist unsere Hoffnung. Wird der Zusammenschluß erreicht und verwandelt sich die bisherige Gleichgültigkeit maßgebender Stellen gegen das Revier in ihr Gegenteil, so ist die Zukunft des Waldenburger Industriereviers gesichert.

Diese Andeutungen mögen genügen, um einem Außenstehenden einen kurzen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Sorgen und Hoffnungen des Waldenburger Reviers zu geben. Sie zeigen, daß wir es hier mit einem Kreis der Gegensätze zu tun haben. In diesen Tälern die weiten Anlagen des Bergbaues, in jenen die unter anderen Verhältnissen arbeitende Textil- und Porzellanindustrie. Ein geschäftiger und rühriger Gewerbestand an der Spitze und darunter die unabsehbare Masse der Arbeiter von einer Kulturanspruchslosigkeit, die das beschämende Ergebnis eines seit Jahrhunderten in engen Verhältnissen zugebrachten Lebens ist. Reizvolle Badeorte wie Charlottenbrunn und Salzbrunn streifen mit ihren Weichbildern an das Elend grauer Proletariertafelnen, und die schwarze Kohlenabwässerflut mischt sich mit dem klaren Quellwasser rauschender Forellenbäche, die anmutige Waldtäler durchheilen. Hier das Gebiet eines der größten Großgrundbesitzer Deutschlands und die hochragenden Felsenschlösser Fürstenstein und Rynau, dort die magere Scholle des in mühseliger Fellachenarbeit sich quälenden Gebirgsbauern, dem eine windschiefe Strohkate Obdach gibt. Doch alle diese Menschen, so verschieden sie Bildung, Besitz und Lebensverhältnisse in Sein und Denken gestalten mögen, vereint das gemeinsame Schaffen und Wirken in fleißiger wertvoller Arbeit zum Nutzen der Allgemeinheit und zum Besten des Reviers, ihrer Heimat.

2. Kapitel.

Die Weberzeit.

„Man kann nicht scharf genug betonen, daß in der Gegenwart die Bergleute und Industriearbeiter des Waldenburger Reviers die Nachkommen von Webern sind, was man ihrer Körperbeschaffenheit noch heute anmerkt. Ferner, daß die tausend geschäftigen Hände, die seit den vierziger Jahren die schlesischen Eisenbahnen, vor allem die Linie nach Freiburg und Schweidnitz bauten, vorher den Webstuhl bedient hatten, daß mit dem Beginn des Baues der Linie zwischen Hirschberg und Dittersbach das Geklapper der Webstühle in den an dieser Linie gelegenen Dörfern verstummt ist.“
Ziekursch (Seite 304).

§ 1.

Ursachen und Beginn.

Die Zeit der Weber und Spinner im Waldenburger Kreise ist mit der Geschichte der Entwicklung der Leinenindustrie in Schlesien überhaupt so innig verbunden, daß es nicht allein schwierig wäre, sondern auch den Gesamteindruck des Bildes verzerren würde, wollte man eine gesonderte Darstellung geben. Daher hielt ich es für richtig, den Rahmen dieses Kapitels weiter zu spannen und nur dort Angaben zu machen, die sich auf unser Gebiet beziehen, wo ein Allgemeininteresse vorausgesetzt werden durfte.

In dem Sinne dieser Schrift kann es natürlich nicht liegen, die Anfänge des Leinenhandels, die in Schlesien bis in das Mittelalter reichen, darzustellen, sondern für uns ist erst die Zeit des 18. Jahrhunderts von Interesse, als nach dem Urteil des zeitgenössischen Historikers Schloezer kein Schiff über den atlantischen Ozean fuhr, das nicht schlesisches Leinen an Bord gehabt hätte. An diesem internationalen Ruhme Schlesiens hat unser Gebiet in hervorragendem Maße teilgehabt. Damals gab es hier kein Dorf und keine Stadt, in dem nicht von früh bis spät in die Nacht hinein die Webstühle geklappert hätten. Warum aber gerade unser Gebirgsland zu einem Schauplatz dieser regsamen Hausindustrie wurde, die in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung damals führend war, läßt das erste Licht auf die Entwicklungsrichtungen

unseres wirtschaftlichen Werdens fallen und muß daher näher auseinandergesetzt werden.

Die Standorte der schlesischen Leinenindustrie waren in ältester Zeit die Städte der Ebene und der Oderniederung gewesen. Der Dreißigjährige Krieg, dieses das Wirtschaftsleben Deutschlands völlig umstülpende Ereignis, war über sie hinweggebraust, hatte ihre Tore zererschlagen, die Handelshäuser geplündert, und was an Menschen der Feind nicht erschlug, hatten Pest und andere Seuchen hinweggerafft. Zu alledem kam noch in Schlesien das Übel der Gegenreformation, die zu dem leiblichen Elend noch die schlimmsten geistigen Qualen hinzutat. Man floh die Städte, die als Beutequartiere den Feind anlockten, oder in denen die „seligmachenden“ Liechtensteinschen Dragoner hausten, und rettete sich auf das Land, wobei die unwegsamen Gebirgsgegenden bevorzugt wurden. Hinzukam, daß eifernde Gläubige die protestantische Bevölkerung vertrieben und so damals Tausende gewerbesleißige Menschen in das benachbarte Kursachsen und die Kurmark auswanderten, bzw. dorthin abgeschoben wurden. Damals ging Jauer, der Hauptsitz der schlesischen Leinenindustrie, zugrunde, und der Abt von Grüssau verjagte 1685 allein 1800 Damastweber aus seinem Gebiet¹⁾. In jener Zeit füllen sich die Gebirgsdörfer der Sudeten mit geflüchteten Protestanten, die hier in der Abgelegenheit der Berge mit ihren „Buschpredigern“ eine schwer auffindbare Friedensstätte zu finden hofften, wobei sie die Duldsamkeit der Grundherren, die in unserem Bezirke wie die Czettrize und Grafen Hochberg protestantisch waren, unschwer voraussetzen durften.

Zusammen mit diesen rein geistigen Beweggründen waren es auch sachliche Überlegungen, die den Leinenhandel aus den Städten der Ebene zur Abwanderung in die Gebirgsgegenden veranlaßten. Nachweislich waren die Waldvorräte in der Ebene erschöpft, und bei dem Fehlen der Kohle und der Mangelhaftigkeit des damaligen Transportwesens mußte die Leinenindustrie den Fundstätten des unerseßlichen Betriebsstoffes, nämlich dem Holze nachziehen. Dieses war in der vorläufig unerschöpfbar dünkenden Vorratsquelle des weit dichter als heute bewaldeten Sudetengebirgszuges vorhanden. Hinzukam, daß die Leinenherstellung vor der Entdeckung des Chlors und anderer chemischer Erzeugnisse an das Vorkommen von reichlichem klaren und fließenden Wasser gebunden war. Alle diese natürlichen Voraussetzungen einer Leinenindustrie fand man in unserem Gebiete in reichstem Maße vor. An den klaren Gebirgsbächen, die damals kein Kohlenstäubchen trübte, entwickelte sich in Wüstewalters-

¹⁾ Grünhagen, Band II. Fechner, Seite 4.



Weberkolonie Neu Friedersdorf

dorf und Waldenburg wie in den übrigen Städten und Dörfern unseres Kreises ein lebhafter Leinenhandel. Die Wälder lieferten den Kesselheizstoff zum Betriebe der Bleichen und das einzige damalige Bleichmittel, die Pottasche, und für die Rasenbleiche dienten genügend Wiesen und Berghänge, die wegen ihrer Dürftigkeit für die Landwirtschaft entbehrt werden konnten.

Zu diesen Antrieben gesellte sich noch ein weiterer nicht unwichtiger Grund, der den Aufbauprozess des Leinenhandels beschleunigte. Das Zunftwesen der Städte, das Handel und Wandel der damaligen Zeit sein Gepräge gab, war im Laufe der Zeit zur starren Schablone geworden und hemmte mehr als Privileg glücklich Besizender die Entwicklung, als daß es sich nach dem großen Kriege den sich regenden Neuerungen irgendwie angepaßt hätte. Dieser schließlich zu einem Abdruck für jede wirtschaftliche Regung ausartende Gewerbezwang verursachte einen gewaltigen Abstrom nichtzünftiger Städter auf das Land, um hier auf zwar ungesellige, aber nicht gehinderte Weise ihren Geschäften nachzugehen. Diesen Abbruch ihrer Monopolstellung bekamen die Städte sehr bald empfindlich zu spüren. Da sich aber damals kein Agrippa fand, der das aufrührerische Volk zurückgeführt hätte, so blieb es bei beweglichen und nutzlosen Klagen an den Landesherrn. Die ländlichen Grundherren dagegen hielten es nicht für geboten, Abhilfe zu schaffen, weil jede Vermehrung ihrer Untertanen für sie einen willkommenen Vermögenszuwachs in Form von Diensten, Robotten, Spinngeldern und sonstigen Gefällen mit sich brachte, die damals von jedem Bewohner herrschaftlichen Bodens entrichtet werden mußten.

Mit diesen Tatsachen sind im wesentlichen die Unterlagen für die Entwicklung des Leinenhandels im schlesischen Gebirge gezeichnet. Sie sind eine Erklärung dafür, warum dieses in der schlesischen Kolonisation des Mittelalters schwach besiedelte, durch dichte Wälder unzugängliche und mit kärglichem Boden ausgestattete Land im Laufe des 18. Jahrhunderts zu einem eng bewohnten Industriegebiet werden konnte, dessen wirtschaftliche Bedeutung es in dem erwerbenden preussischen Staat bald an die erste Stelle setzen sollte. Nur dieser gewaltige Zustrom von Menschen macht die Tatsache verständlich, daß in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in dem Grenzstreifen Schlesiens, der die 10 Kreise Löwenberg, Bunzlau, Goldberg, Hirschberg, Volkenhain, Landeshut, Schweidnitz (Waldenburg inbegriffen), Reichenbach, Glas und Leobschütz umfaßt und den vierten Teil der Provinz ausmacht, 38,5 Prozent der gesamten Bevölkerung lebten. „Die Bevölkerungsdichtigkeit entsprach nicht der Dorfzahl. Während in dem übrigen Schlesien der Prozentsatz der Dorfzahl größer als der Prozentsatz der Bevölkerung war, herrschte

hier in dem Grenzstreifen das umgekehrte Verhältnis, nämlich 24,9 zu 38,5 Prozent. Die Massen drängten sich in den Dörfern ¹⁾."

Daß diese Massen nicht von der Landwirtschaft leben konnten, leuchtet jedem ein, der den noch heute schwer bestellbaren Boden dieses Gebietes kennt. Sie waren also von vornherein auf eine Gewerbetätigkeit angewiesen und fanden diese in der Leinenindustrie, die schon vorher der bäuerlichen Bevölkerung neben der kargen Ernte einen Nebenverdienst geboten hatte. Es genügte daher diesen Webern und Spinnern, wenn sie im besten Falle eine Zwergstelle ihr Eigen nennen oder ein Haus mit einem Garten (Häusler) bewohnen oder schließlich als sogenannte Einlieger bei den Bauern zur Miete unterkommen konnten. Der Zuwachs durch die Fülle dieser Heimarbeiter sollte sich gar bald in der Bevölkerungszusammensetzung wirksam ausprägen. Zum Unterschied von Mittelschlesien, wo die Häusler nur 12,8 Prozent, in Nordschlesien 13,7 Prozent der Bevölkerung ausmachten, war ihr Anteil im Grenzstreifen 63,3 Prozent der Einwohnerzahl ²⁾. Es nimmt nicht Wunder, daß die Zahl der im Besitz noch schlechter gestellten Einlieger mit der Zeit wächst, so daß es 1786 schließlich ebensoviel Einlieger wie Bauern in Schlesien gibt ³⁾. Es fand also schon im 18. Jahrhundert eine weitgehende Verproletarisierung der Landbevölkerung statt, die ihre Quelle in der Weber- und Spinnerbevölkerung des schlesischen Gebirges fand.

An dieser Stelle muß auf die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Vorfahren unserer jetzigen Berg- und Industriearbeiter eingegangen werden, umso mehr, als in ihr auch der eigentliche Grund der Blüte der Leinenindustrie zu finden ist.

Im Anfang des 18. Jahrhunderts war der Entrechtungsprozeß des deutschen Bauern längst zu Ende geführt worden. Die Übertragung des Sklavenbegriffes aus dem römischen Recht in das deutsche Recht hatte ihn schon seit Jahrhunderten zum unfreien Knecht herabsinken lassen. Wer nicht als adliger Grundherr auf eigener Scholle saß, verfiel dem Knechtsbann, den alles Herrschaftsland wie einen Giftlauch auszuströmen schien⁴⁾. Daß diese Unfreiheit juristisch feine Unterschiede

¹⁾ Ziekursch, Seite 130.

²⁾ Ziekursch, Seite 135.

³⁾ Ziekursch, Seite 70.

⁴⁾ Der Staatsminister von Schön schrieb 1797 als Ergebnis einer Studienreise in Schlesien: „Auf dem Lande waren nur Edelleute und Erbuntertanen. Die Luft machte erbeigen, und das auf dem Rittergut geborene Kind von unadligen Eltern war erbuntertan. Der gebildete Sohn des reichsten Kaufmanns auf dem Lande oder in einer Mediastadt konnte kraft der Gesindedienstpflicht zu Diensten als Sauhirt oder Stallknecht gesetzlich gefordert werden. Wo solche Grundtöne in einem Lande vorwalteten, kann von Kultur wenig die Rede sein.

zwischen Hörigkeit, Leibeigenschaft und Schutzuntertanenschaft kannte, darf uns heute gleichgültig sein, da wir die Verhältnisse lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten haben. Hierfür genügt es uns feststellen zu können, daß der Weber und Spinner mit Haut und Haar seinem Herrn angehörte, auf dessen Lande er ein Anwesen hatte oder bei dessen Bauern er zur Miete wohnte. Wie dieser konnte er von seinem Herrn bis zu 15 Peitschenhieben ausgeteilt bekommen und darüber hinaus noch einige Prügel durch den Gerichtshalter zubiktiert erhalten, der als Angestellter des Grundherrn den Hort der Gerechtigkeit zu verwalten hatte! Daß es eine Freizügigkeit nicht gab, ist selbstverständlich, vielmehr war sein Herr berechtigt, ihn und seine Kinder auch ohne den Grund und Boden verkaufen zu dürfen, wie der erste friderizianische Landrat unseres Kreises, der Freiherr von Zedlitz, auf Grund einer amtlichen Anfrage schriftlich bestätigen durfte. Vergeblich sucht man nach Rechten für diese Menschen, umso größer ist dagegen die Liste ihrer Pflichten. Ziekursch hat davon eine Zusammenstellung gegeben, die man heute kaum ohne bitteres Empfinden durchzulesen vermag. In seiner Jugend hatte der schlesische Leinenweber jahrelang Zwangsgesindedienste zu verrichten. Kaufte er sich hiervon frei, so hatte er für das Auswärtssdienen ein Schutzgeld zu zahlen, ebenso, wenn er sich oder seine Angehörigen aus der Untertänigkeit freikaufte. Bei einem etwaigen Verkauf seines Hauses hatte er das Laudemium, einen Abzug vom Käuferlös zu entrichten, der sich beim Erbfall wiederholte. Doch nicht lange hatte er sich seiner Freiheit zu erfreuen. Schon der Ankauf einer neuen Stelle anderswo brachte ihn wieder in die Hörigkeit eines neuen Grundherrn. Als Häusler hatte er Grundzins zu zahlen, Frondienste zu leisten. War er Einlieger, so hatte er als Schutzuntertan Schutzgelder zu entrichten. Ob aber nun Häusler oder Einlieger, beide mußten den Weberzins zahlen. Zu diesen grundherrlichen Gefällen kamen die nicht unerheblichen Staatssteuern in Form von Nahrungsgeld und Salzsteuer¹⁾. Kurzum, es nimmt einen Wunder, daß bei diesen Abgaben von den verhältnismäßig niedrigen Löhnen etwas zum Leben übrig blieb. So lebte denn die Menge der kleinen Leute, die sich hier in drangvoller

Ein von der Landespolizeibehörde gefertigter Küchenzettel für das untertänige Gesinde bestimmte, daß jeder Knecht oder jede Magd jährlich 4 Pfund Fleisch bekommen sollte, und das Brot war auch so sparsam bemessen, daß die Beköstigung mit der im Magdeburgischen in grellestem Gegensatz stand. Die Folge davon sprang in die Augen, denn die Arbeiter waren so schwach, daß man auf einem Gute in Schlesien etwa 32 Prozent mehr Menschen haben mußte, als man auf einer gleichen Wirtschaft im Magdeburgischen hatte.“ Jacobi, Seite 208.

¹⁾ Ziekursch, Seite 110 ff.

Enge zusammenfanden, ohne die elementarsten Rechte, mit Pflichten reich gesegnet, in dumpfer Gebundenheit. Für sie gab es keine noch so persönliche Angelegenheit, in der sie einen eigenen Willen hätte bekunden dürfen. Die Erziehung ihrer Kinder bestimmte die Gutsheerrschaft, und selbst die Heirat war an eine Genehmigung des Herrn gebunden, der sogar noch ungeseglicher Weise den Trauschein zu besteuern versuchte.

Zu dieser Rechtsstellung, ein Wort, das auf die Weberbevölkerung angewendet, fast ironisch klingt, gesellte sich noch eine wirtschaftliche Schwachheit, die über kurz oder lang zum Elend auswachsen mußte. Die gezahlten Löhne waren gering, doch mögen sie bei der Wohlfeilheit der Getreidepreise der vorprenussischen Zeit zum Leben ausgereicht haben. Weit übler waren die Folgen des damaligen Arbeitsprozesses, den wir uns an dieser Stelle kurz vor Augen führen mögen. Der Spinner kaufte vom Bauern und Gärtner den Flachs in einzelnen Kloben, den dieser geröstet, geschwungen und gebrochen hatte. Das hieraus vom Spinner fertiggestellte Garn wurde von ihm an den Garnhändler verkauft, der es an den Weber weiterverkaufte. Dieser nun fertigte das Leinwandstück an, verkaufte es roh oder ließ es auf eigene Kosten bleichen, um es dann an den Leinenhandelsmann zu veräußern. Der Letztere ließ nun entweder beim Rohverkauf die Ware bleichen und appretieren oder brachte das fertige Stück zum Versand. Der Leinenhandelsmann, wie er sich nannte, übernahm den Transport des Leinens auf eigene Rechnung und Gefahr nach den Binnenstädten oder den Seestädten, wobei er häufig als Kommissionär für die Exportfirmen tätig war. Also ein äußerst umständliches Verfahren, bei dem sich zwischen Käufer und Produzenten der Flachshändler, der Garnhändler und Leinenkaufmann als verdienende Zwischenglieder einschoben. Bei dem Mangel an Aufsicht, der Achillesferse jeder Hausindustrie, wie es Frahne bezeichnet, und der wirtschaftlich schwachen Lage der Weber und Spinner konnte es nicht ausbleiben, daß diese Verhältnisse schon sehr bald zu Mißständen führten. Da der Flachs nicht nach Gewicht verkauft wurde, bemühte sich der Bauer, die Kloben möglichst schwach ausfallen zu lassen, worauf der Spinner seinerseits weniger Fäden spann und schließlich der Weber sich durch minderwertiges Leinen schadlos hielt. Die Vergeltung der Händler war Lohnverweigerung oder Kürzung, wobei sicher anzunehmen ist, daß bei all diesen gegenseitigen Betrügereien die Weber und Spinner als der wirtschaftlich schwächste Teil auch die Leidtragenden gewesen sind. Diese Produktionsverhältnisse, die schon in der österreichischen Zeit¹⁾ zur Androhung von Prügel,

¹⁾ Leinwand- und Schleyerordnung im Herzogtum Ober- und Niederschlesien vom Jahre 1724.

Pranger und Landesverweisung geführt hatten, sind dann bis herauf in die vierziger Jahre wie ein schleichender Krebschaden beibehalten worden¹⁾. Der Arbeiter war gewissermaßen kleiner Unternehmer ohne Kapital und bei den damaligen Schulverhältnissen ohne Bildung und Kenntnis von Schreiben und Lesen. Er trug das Risiko der in der Textilbranche noch heute so häufigen Preisänderungen des Roh- und Fertigfabrikates und war bei dem Fehlen jeglicher Organisation schonungslos den Schlichen eines skrupellosen Händlertums ausgesetzt, das ihn auch oft mit geringwertigem Gelde bezahlte. Dem Kaufmannsstande auf der anderen Seite blieb einmal die Leinentchnik völlig fremd, und weiter fehlte ihm ein persönliches Verhältnis zu den Arbeitern, die er meist garnicht kannte und sah. Sein Hauptmittel für die Verbesserung des Arbeiterstandes bestand darin, schlechte Ware mit schlechten Preisen zu lohnen²⁾.

Mit diesen wenigen Tatsachen mag die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Weber und Spinner gekennzeichnet sein. In ihr ist der Schlüssel zu dem Verständnis für die „Blütezeit“ des Leinenhandels und seines späteren Zusammenbruchs zu finden. Diese rechtlose Menge, die aus dem Bauernstande zum Häusler und noch tiefer herab allmählich zum Landproletarier gesunken war, gab eine derartig billige Arbeitskraft ab, durch die enorme Verdienstmöglichkeiten eröffnet wurden. Hier gab es keine Arbeitsunwilligkeit, hier keinen Streik und kein Unterbieten durch die Konkurrenz; diese wirklich „eigenen Leute“ liefen niemals fort, sondern webten Tag und Nacht bis zum Umfallen für einige Groschen Arbeitslohn. Diese unglaubliche Billigkeit der Arbeitskraft der unfreien Leute, ihr ständiger Zuwachs auf natürlichem wie künstlichem Wege ist die Wurzel der Blüte des Leinenhandels in Schlesien. Insofern ist zwischen der schlesischen Leinenindustrie des 18. Jahrhunderts und der Blütezeit des Baumwollhandels der amerikanischen Südstaaten zur Zeit des Sklavenhandels eine innere Verwandtschaft unleugbar.

¹⁾ Über den Produktionsvorgang finden sich wertvolle Aufschlüsse in dem Buch von C. G. Kries.

²⁾ Das ganze Elend einer derartig unrationellen Heimindustrie mit ihren verderblichen Auswirkungen für die Arbeiterschaft konnte wohl nicht zartfühlender ausgedrückt werden, wie es der Regierungsrat A. v. Minutoli getan hat. Er schrieb 1850 (Seite 65): „Die Existenz der meisten schlesischen Leinenarbeiter hängt lediglich von einem Kaufmannsstande ab, dessen Vorteile die Existenz eines wohlhabenden Weberstandes, der seine Ware für zu geringe Gebote nicht zu veräußern braucht, nicht überall entspricht, und der dagegen bei dem größten Angebot mittelloser Weber der Natur der Sache nach auch das Wohl und die Erleichterung seines Geschäftes findet.“ Welch eine Tragödie steckt in diesem verhüllenden Altendeutsch!

Die Blütezeit.

Diese Verhältnisse fand Friedrich der Große vor, als er Schlesien zur preussischen Provinz machte, und auf ihnen weiterbauend schuf er sein merkantilistisches Wirtschaftssystem, in dem der moderne Kapitalismus mit allen seinen zukünftigen Fortschritten und Schrecknissen seine Wiege finden sollte. Von nun ab bis zu dem Tode dieses Fürsten im Jahre 1786 erhält das Dasein des schlesischen Industriegebietes einen unverrückbaren Sinn und Zweck. Dieses Land war nicht des Kriegsrühmes wegen erworben worden, es sollte das „preussische Peru“ werden, aus dem das Silber in hellen Mengen zum Ausbau der Staatsmacht Preußens herausgeholt werden sollte. Es war daher die kühle Überlegung eines großen Rechners, die Friedrich veranlaßte, sofort nach der Eroberung für die Weberbezirke Militärdienstfreiheit zu bestimmen. Ein fleißiger Weber brachte immerhin Zins für drei preussische Soldaten, die man billig auch im Auslande kaufen konnte. Diese Maßregel hatte geradezu eine Wunderwirkung. Alles was den preussischen Korporalstock fürchtete, und das waren nicht wenige, flüchtete sich in das freimachende Gebirge, um hier durch Weben und Spinnen sich zu ernähren. Damit aber noch nicht genug. Getreu dem Grundsatz Friedrich Wilhelms I. „Menschen halte vor den größten Reichtum“ wurden durch Kolonisationsedikte Menschen nach Schlesien gelockt. Das erste Edikt dieser Art erging schon am 6. November 1742. Es wurde darin Freiheit von Militärdiensten, vierjährige Personalsteuerfreiheit, zweijährige Verbrauchssteuerfreiheit, Gratisüberlassung von wüsten Bauernstellen usw. versprochen. Der schlesische Prov.-Minister Graf Hoym rühmte sich, während seiner Dienstzeit allein 30 000 Ausländer in Schlesien angesiedelt zu haben¹⁾. Es war ein richtiges Kolonisationsfieber, das nicht gerade immer zur Blutverbesserung der schlesischen Bevölkerung viel beigetragen hat, da außer guten Elementen auch viel Gesindel aus aller Herren Länder in die neue preussische Kolonie zugelaufen kam. Auch die Grundherren hatten es dem König bald abgesehen, aus diesem Menschenhandel auf ihre Art Profit zu schlagen. Ein Typ hierfür ist der erste preussische Landrat unseres Bezirks, Freiherr v. Zedlig, der auf seinem Gut in Wüstenwaltersdorf Weberkolonien wie Zedligheide, Eckartsberg und Friedrichsdorf gründete. Sie liefen alle mehr oder weniger auf eine unverfälschte Bereicherung hinaus, obwohl sie sich nach außen den Mantel staatsfördernder Kolonisation umhingen. Jacobi hat sie im Auge gehabt, wenn er schreibt: „In Niederschlesien am Rande des

¹⁾ Fexner, Seite 142.

Gebirges rechnete man darauf, daß die Kolonisten sich durch Weberei ernähren würden. Jetzt sind daraus Hungernester geworden, in denen eine hoffnungslose, unbrauchbare Weberbevölkerung ihr jämmerliches Dasein fristet.¹⁾ Noch im Jahre 1860 zählte der Kreis Waldenburg 22 Kolonien aus jener „fridericianischen Gründerzeit“. Sie sind heute als völlig unbrauchbare blutlose Gebilde von den größeren Nachbargemeinden aufgenommen worden.

Was der preussische Staat von seinen Untertanen für die geschenkte Militärfreiheit verlangte, besagt das preussische Reglement vom Jahre 1765 wegen Vermehrung und Verbesserung der Leinengarnspinnerei auf dem Lande deutlich genug. Es bestimmt die Einrichtung von Spinn- schulen, in denen die Kinder vom 8. Lebensjahre Unterricht zu nehmen haben; Knechten sollte das Heiratsattest nur gegeben werden, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie spinnen können. Aber eigentlich war dieses Reglement völlig überflüssig, denn von den kleinen Kindern ab bis zum Greise spann und webte längst schon die ganze Bevölkerung in den Dörfern unseres Bezirks. Wovon hätte sie auch sonst zu leben gehabt? Die landesväterliche Fürsorge wandte sich aber auch den Fabrikanten und Unternehmern zu und spornte sie zu Großtaten auf dem Gebiete des Gewerbefleißes an. Der sonst so sparsame König gab Darlehen in reichlicher Menge zu niedrigstem Zinsfuß für die Anlagen neuer Fabriken, und gar mancher Schwindler hat es verstanden, Tausende von Talern für eine angebliche Erfindung einzuheimsen. Wenn es aber nicht mit Zuckerbrot in Form staatlicher Prämien ging, mußte die Peitsche herhalten, wie es z. B. den Wüstewaltersdorfer Kaufleuten erging, denen militärische Einquartierung angedroht wurde, bis sie die nach ihrer Meinung unrentable Damastweberei bei sich eingeführt hatten²⁾. Es ist interessant, beobachten zu können, wie der Sinn nach Geldverdienen, der so außerordentlich charakteristisch für die kommende Wirtschaftsweise sein sollte, in dem damaligen Unternehmerstande gar nicht vorhanden war, sondern ihm erst aus Gründen der Staatsraison eingepflegt werden mußte. Das ging sogar nicht ohne Kämpfe ab. Man wehrte sich gegen die weitreichenden Pläne des Königs, lehnte sie als zu risikvoll ab und war über die vorteilhaften Darlehensanbietungen und Prämien des schlesischen Prov.-Ministers mehr mißtrauisch als erfreut. Die damalige Anschauung verbot eben aus moralischen und christlichen Gründen, das Geldverdienen zum Selbstzweck zu erheben, und so unglaublich es uns heute klingen mag, es wurde auch danach gehandelt und gelebt.

¹⁾ Seite 92.

²⁾ Gottwald, S. 70.

Ganz anders die Auffassung des Königs und seiner Diener. Für sie gab es nur das eine Endziel, Schlessien zu dem reichsten Lande der Krone zu machen und danach mit allen Mitteln zu streben. Eine rücksichtslose Handelspolitik, die mit Zollerhöhungen, Ausfuhrverboten und einer durch keinen wirtschaftlichen Grundsatz gerechtfertigten staatlichen Subventionierung privater Unternehmungen arbeitete, erzwang eine künstliche Industrialisierung des Landes, an deren Folgen wir heute noch zu leiden haben. Vom Hubertusburger Frieden bis zum Tode des Königs wurden in Schlessien allein in der Textilindustrie errichtet: 43 Leinwandfabriken, 29 Damastfabriken, 100 Tuch- und Wollfabriken, 74 Fabriken für weißgarniges, bunt- und rotgestreiftes Leinen, 169 Fabriken ordinärer Leinwand, 74 Garn- und Leinwandbleichen¹⁾. Zu ihrer aller Entstehung mag dies das Motiv gewesen sein, das in so klassischer Form in der Konzession des Leinwand- und Garnmarktes von Wüstewaltersdorf vom 12. 3. 1765 seinen Ausdruck fand, nämlich „daß dieses das einzige Mittel sei, wodurch die dortigen Inwohner, welche sämtlich die Weberey treiben und durch den letzten langwierigen Krieg fast gänzlich ruiniert wurden, in den ehemaligen Flor und contributionsfähigen Stand gesetzt werden könnten“²⁾. Alle diese Fabrikanlagen erfreuten sich einer rechtlichen und wirtschaftlichen Bevorzugung, die in einem Lande, in dem die Freiheit seiner Einwohner so knapp bemessen war, geradezu ungerecht anmutet. Sie wurden z. B. mit einer 20 jährigen Akzise- und Zollfreiheit für ihre Waren privilegiert, außerdem waren sie frei von den drückenden Lasten der Enrollierungs- und Nutzungsgelder und genossen Untertanenfreiheit für ihre ausländischen Arbeiter.

Für diese großzügige Wirtschaftspolitik konnte der Lohn in Gestalt klingender Münze nicht ausbleiben. Die Zahlen der schlessischen Leinwandausfuhr sprechen eine deutliche Sprache dafür, daß die Eroberung dieses Landes sich gelohnt hatte. Im Jahre 1751/52 betrug der Wert der Ausfuhr 4 691 709 Reichstaler, die Einfuhr anderer Waren nach Schlessien 2 109 000 Taler. Im Jahre 1759/60 und 1760/61 erklomm die Ausfuhr die bisher und auch später niemals erreichte Höhe von 4 954 000 und 5 402 000 Talern. Doch schon im nächsten Jahre 1761/62, dem gefährlichsten Jahre des Siebenjährigen Krieges, stürzte diese Zahl auf 1 123 000 Taler herab³⁾. Nach dem Siebenjährigen Kriege kann sich der Leinenhandel nicht mehr richtig erholen. Die

¹⁾ Fechner, Seite 145.

²⁾ Gottwald, Seite 237.

³⁾ Fechner, Seite 491 ff.



Weber in Friedersdorf.

Prohibitivzölle gegen Oesterreich und Sachsen werden damit beantwortet, daß beide Regierungen ihrerseits die Leinenindustrie gewaltsam fördern. Der Seekrieg zwischen England und Frankreich und die überhandnehmende Piraterie verhindern eine Wiederkehr der früheren Ordnung. Allerdings die Exportziffern schnellen weiter an, und das Jahr 1785/86, das die Beendigung des nordamerikanischen Krieges bringt, läßt die Exportzahl den Höchststand von 7 545 000 Thalern erreichen. Jedoch hat Fechner hier mit Recht darauf hingewiesen, daß es irreführend wäre, wenn man hieraus auf eine Steigerung der Produktion schließen wollte, weil inzwischen eine 35 %ige Verteuerung des Leinens mit der Verschlechterung der Währung eingetreten war. Nach der Produktionsmenge gemessen, deren Zahlen wir nicht kennen, wird die Zeit von 1760/61 — übrigens die Zeit des Bündnisses mit England! — nie wieder erreicht.

Wie dieser industrielle Aufschwung sich in unserem Bezirk ausgewirkt und welche Stellung unser Gebiet im Rahmen der schlesischen Leinenindustrie eingenommen hat, können wir aus einigen Zahlen ersehen, die uns aus einem staatlichen Kreditantrage des Jahres 1799 erhalten sind¹⁾. Im Jahre 1799 betrug der Wert der schlesischen Leinenausfuhr etwa 7 Millionen Thaler. Davon entfielen auf Hirschberg 1201700 Reichsthaler, auf Schmiedeberg 696677 R.-Th., auf Landeshut 920873 R.-Th., auf Liebau 140887 R.-Th., auf Friedland 110421 R.-Th., auf Gottesberg 227381 R.-Th., auf Waldenburg 1019486 R.-Th., auf Charlottenbrunn 282659 R.-Th., auf Wüstewaltersdorf 319452 R.-Th., auf Ober Wüstegiersdorf 221804 R.-Th., auf Schweidnitz 93495 R.-Th. Insgesamt entfällt somit auf den Kreis eine Exportziffer von 2181203 Reichsthalern. Wenn auch diese sehr interessanten Daten aus einer verhältnismäßig späten Zeit sind, so lassen sie doch immerhin die Ausfuhrquote auch der früheren Jahre der einzelnen Ortschaften unseres Kreises an der Gesamtproduktion erkennen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man den Anteil des Waldenburger Gebiets an der schlesischen Gesamtausfuhr vorsichtig auf ein Viertel der Gesamtmenge schätzt.

Betrachtet man nun die genannten Zahlen, die für Schlesien eine durchschnittliche Gesamtausfuhr im Werte von etwa 5 Millionen Thalern ergeben, so hatte sich der Plan Friedrichs des Großen, Schlesien zu seiner reichsten Provinz zu machen, glänzend erfüllt. Er konnte sie nicht mit Unrecht die Perle in der Krone Preußens nennen. Ein Ausdruck, der heute gern zitiert wird, ohne sich der historischen Bedingtheit bewußt zu sein. Hand in Hand mit diesem Reichtum war der Menschenüberfluß

¹⁾ Gottwald, Seite 78.

der Provinz unaufhaltsam weitergewachsen. Nach den Tabellen Zimmermanns zählte die Provinz im Jahre 1740 992000 Einwohner, 1770 waren es schon 1327000 und 1797 1745000 Menschen, bis dann am Anfang des 18. Jahrhunderts die zweite Million überschritten wurde¹⁾. Nach den Berechnungen von Zierkursch²⁾ war Schlesien am Ende des 18. Jahrhunderts das dichtbesiedelteste Land Preußens. Im Breslauer Bezirk, zu dem der Kreis Waldenburg gehört, war in den Jahren 1774 bis 1807 eine Bevölkerungsvermehrung von 45,5 % eingetreten.

Hatte sich nun an der Rechtsstellung und der Wirtschaftslage des Landvolkes und der Weber und Spinner, deren Menge immer mehr answoll, irgend etwas geändert? Die liberalen Tendenzen des Königs, der sich mit Stolz einen Bettlerkönig — *roi des gueux* — nannte, sind genugsam bekannt. Unter seiner Fürsorge bekam das Volk einen Hauch davon zu spüren, daß es nicht ungestraft geschuhriegelt werden durfte, sondern daß auch für sie eine Gerechtigkeit schon auf dieser Welt zu finden war. Die Instruktionen, die er an das Generaldirektorium gab, atmeten den Geist der Freiheit und der Aufklärung, und der Mann, der ihm dabei half, sie durchzuführen, der Minister von Schlabrendorff, ein Verwaltungsmann von so eigenem Format, wie ihn die Provinz nie wieder gesehen hat, erwarb sich bald durch sein rücksichtsloses Vorgehen gegen den Adel den ominösen Namen der „Bauernprotector“³⁾. Aber es blieb bei verwaltungsmäßigen Befehlen, in denen ein gerechter Grimm gegen die Unterdrücker des armen Volkes in zornigen Worten sich Luft machte, ohne daß eine gesetzgeberische Tat die Wurzel des Übels — die Unfreiheit — mit Stumpf und Stiel ausgerottet hätte. Die Unfreiheit blieb nicht nur, sie wuchs zur unerträglichen Qual, als sich noch zu allem die Willkür der Grundherren mit der Rücksichtslosigkeit des neuen Unternehmertums verbündete. Mit dem forcierten Fabrikenbau war die Zahl des Landproletariats zu einer unheimlichen Höhe angewachsen. Die Lohnverhältnisse waren gleich schlecht geblieben, obschon die Getreidepreise seit 1740 von Jahr zu Jahr infolge des Anwachsens der Bevölkerung sich steigerten. Nur durch die in weiser Voraussicht der kommenden Dinge angelegten staatlichen Kornmagazine wurde das Schlimmste verhindert. Auch mag hier und dort schon die Kartoffel den ärgsten Hunger gestillt haben, die seit 1756 auf Grund höherer Bestimmung zwangsweise in Schlesien eingeführt worden war. Ohne diese

¹⁾ Fehner, Seite 720.

²⁾ Zierkursch, Seite 61 ff.

³⁾ Schlesien des 18. u. 19. Jahrhunderts. Aufsatz von S. v. Petersdorff.

Frucht kann man sich die Entwicklung der späteren Weberzeit gar nicht denken; sie ist gewissermaßen das Weberbrot geworden und war wohl auch als solches gedacht. Die amtliche Instruktion, die den Landwirten den Anbau befahl, enthält das kurze und bündige Rezept: „Arme Leute kochen sie lediglich mit Wasser, ziehen die Haut ab und tunken sie in Salz, ohne Brot und Fleisch dabei zu haben und sind dabei gesund“¹⁾. Allerdings mögen die armen Leute anders darüber gedacht haben. Die Löhne und der Arbeitsverdienst der großen Massen der Arbeiter in Stadt und Land ließen nur das Notdürftigste zum Leben zu. Man darf sich deshalb über Auflehnungen, Meutereien in dieser Zeit nicht wundern²⁾. Diese aus Hungergefühlen geborene Aufrührerstimmung sollte zum ersten Mal im Jahre 1785 zum Ausbruch kommen, als die vom Könige eingesetzten Urbarientkommissionen ihr Werk begannen. Diese Kommissionen, die die gutsherrlichen Lasten und Verpflichtungen, die bisher uferlos unbegrenzt gewesen waren, urkundlich schwarz auf weiß zum ersten Mal festlegen sollten, wurden vom Volke als ein erstes Fanal der Befreiung mit Begeisterung aufgenommen. Nunmehr glaubte man, daß der König, an dem die Menge geradezu mit einer abgöttischen Liebe hing, der eines simplen Bauern wegen das höchste preußische Gericht in corpore nach Spandau in die Festung hatte bringen lassen, das Ende der Lasten diktiert hätte. Am 23. Juni 1785 zeigte die reichsgräfliche Vormundschaft zu Fürstenstein an, daß die Gemeinden Reimswaldau, Langwaltersdorf und Alt Friedland widerseßlich seien. In Reimswaldau hätte man sich gegen die Gerichtspersonen vergangen, in Langwaltersdorf verweigerte man die Dienste. Bald darauf mußte gemeldet werden, daß auch die Gemeinden Schmidtsdorf, Neudorf und Steinau sich widersetzten. Scholz und Gericht von Reimswaldau meldeten, es sei das Gerücht ausgesprengt worden, der König wolle alle Dienste aufgehoben wissen, die Gemeinde hätte gegen sie Verbalinjurien gebraucht, die Dienste verweigert und andere verleitet, mitzumachen³⁾. So grollte überall der Aufruhr und bald wurde der Ruf nach Militär laut. Der General von Tauenzien gab den Rat, sich im Bedarfsfalle an die nächste Garnison zu wenden. So bat der Herr von Mutius in Altwasser um militärische Hilfe gegen seine aufrührerischen Untertanen, und als diese in Gestalt von 2 Unteroffizieren und 12 Mann aus Schweidnitz von der Menge zurückgedrängt und verhöhnt wurden, mußten 160 Mann Ordnung schaffen, um einen Haufen von 600 bis 800 Mann „völlig besoffener und in

¹⁾ Jacobi, Seite 69.

²⁾ Fechner, Seite 708.

³⁾ Fechner, Seite 436.

Rebellion begriffener Leute“ auseinanderzutreiben. Diese Zustände, so belanglos sie immerhin erscheinen mögen, zeigten aber doch dem Einsichtigen, wohin der Weg ging. Das wachsende Elend konnte auch dem König nicht entgehen, der mit seinem Reiserwagen alljährlich am Riesengebirge entlang durch unser Gebiet fuhr. Die von Jahr zu Jahr anschwellende Menge der Supplikanten, worunter ganze Gemeinden waren, die sich bittend an seinem Wege aufstellten, wurden ihm immer unleidlicher. Er änderte in den letzten Jahren seine Reiseroute und vermied die Gegend von Schmiedeberg, Hirschberg, Landeshut und Waldenburg. Das letzte Mal, als er diese Leute sprach, ist ein in seiner chronikartigen Kürze so erschütternder Vorfall, daß er wohl verdient, bekannter zu werden. Als die Bauern aus Herzogswaldau ihn fragten: „Wenn Sie uns nicht mehr anhören, wo sollen wir dann hingehen?“ antwortete der König: „Nach Hause und arbeiten. Wartet, ich werde Euch schon bezahlen!“¹⁾ In diesem Rat lag eine ganze Welt. Das Merkantilsystem hatte den Proletarier geschaffen, der, von der Erde entwurzelt, nur auf die Kraft und die Gesundheit seiner Glieder angewiesen, ein Spielball jeder Wirtschaftskonjunktur geworden war. Rechtlos und pflichtenüberbürdet hungerte er sich mit kargem Lohne durch, auf die Gnade staatlicher Kornmagazine angewiesen, die ihn vor dem elenden Hungertode schützten. Hilflos stand der Staat dieser heischenden Menge gegenüber, die er als Arbeiter schätzte, auf lästige Fragen nach dem Wozu und Wofür aber nur barsch nach Hause schicken konnte. Drei Stände kannte das Allgemeine Landrecht, dieser Niederschlag der fridericianischen Welt in Rechtsfäßen, Adel, Bürger und Bauern. Den vierten Stand, der durch sie ins Leben gerufen worden war, erwähnte kein Wort.

Die Wetterzeichen, die am Ende der Regierung des großen Königs aufgeflammt waren, sollten sich zum Gewitter verdichten. Zu der wachsenden Not und den steigenden Kornpreisen traten außenpolitische Schwierigkeiten hinzu. Der Beginn der französischen Revolutionskriege zerstörte den Frieden des Auslandsmarktes. Die Garnpreise stiegen, und der Preis des Leinens sank. Das waren Vorgänge, die der Weber und Spinner nicht verstehen konnte, und die seinen zur Verzweiflung gesteigerten Haß gegen das Händlertum und die Kaufmannschaft zur Entladung brachten. Das Jahr 1793 wurde durch den ersten allgemeinen Weberaufruhr denkwürdig. Auch in Schömburg, Liebau, Landeshut, Volkshain, Waldenburg und Friedland kam es zu Revolten. Es lag nahe, bei diesen Vorgängen an eine Ideenverbindung mit den Zielen der französischen Revolution zu denken. Es ist auch sicher, daß die Leute

¹⁾ Fechner, Seite 439.

trotz Analphabetentums und Mangels an Zeitungen durch jene Ereignisse tief beeinflusst worden sind. Am Waldenburger Rathhaus prangte damals ein Aufruf, der dies bestätigt: „Wir Weber wollen in Frieden leben, wenn dieses uns Webern verwillfertigt wird, so aber dies nicht, so geht es immerfort, so geht es wie in Frankreich!“ „In Waldenburg brachen am Ostersonabend 1793 die Unruhen aus. Die Weber suchten sich an den Kaufleuten zu rächen. Diese hoben den Markt auf, und es hörte fast jeder Handelsverkehr auf. Die unruhige Menge ließ sich durch keine Zureden beeinflussen, sondern ihr Schreien und Toben wurde immer größer. Der Landrat von Czettritz wurde mißhandelt. Er sah sich genötigt, die härtesten Mittel zu ergreifen. Zu dem Zwecke langte ein Kommando Militär aus Schweidnitz an, das mehrere Monate das Gebirge besetzte. Die Räubersführer wurden hart bestraft.“²⁾ Das gleiche berichtet die Chronik aus Friedland, die außerdem noch von Plünderungen erzählt.³⁾

Die angedeutete Verbindung mit den Ideen der französischen Revolution sollte der Bevölkerung teuer zu stehen kommen. Der Minister Graf Hoym, wie alle seine Zeitgenossen durch die Pariser Vorgänge recht nervös geworden, sah sich veranlaßt, diesen Funken schleunigst auszutreten, bevor er hätte gefährlich werden können. Er nahm die Sache so ernst, daß er sich berechtigt fühlte, durch ein Dekret die Aufrührer dem Arme der Justiz zu entziehen und sie unter Militärgerichtsbarkeit zu stellen. Dieser gewissermaßen den Belagerungszustand verhängende Befehl bedeutete in dürren Worten nach dem Geschmack jener Zeit sechsmaliges Gassenlaufen durch 200 Mann! Nach dem bei Ziekursch abgedruckten Schreiben des Ministers an das Breslauer Kriminalkolleg⁴⁾ versprach man sich dadurch eine recht wirkungsvolle Abschreckung für die übrigen Tumultuanten, wenn die Bestraften „mit aufgehauenen Buckeln in die Heimat entlassen würden, damit sich die übrigen an den Spuren der erlittenen Strafen umsomehr zu spiegeln vermöchten! Ein umständliches Avertissement an das Publikum, wie die Bestrafung geschehen sei, sollte alsdann von größtem Nutzen sein und einen abschreckenden Terreur bei den übrigen Ruhestörern im Gebirge verursachen!“ Daneben hagelte es Zucht- und Arbeitshausstrafen. Außerdem wurde durch allgemeine Verordnung Spießrutenlaufen für den angedroht, der öffentlich im Kretscham oder auch in Privathäusern die unglückliche

¹⁾ Ziekursch, Seite 230.

²⁾ Schroth, Seite 175.

³⁾ Werner, Seite 507.

⁴⁾ Seite 232.

französische Revolution beloben oder damit die Domänen bedrohen würde, nicht minder den Hauswirten, in deren Behausung dergleichen Reden mit ihrem Wissen geführt würden, wenn sie selbige nicht sogleich der Obrigkeit anzeigten. Bei gesetzwidrigen Vereinbarungen der Gemeinden aber sollte auf königlichen Befehl das Los über die Gemeindeglieder geworfen werden und aus jeder Klasse dasjenige Gemeindeglied, welches das Los treffen würde, mit Spießruten belegt werden¹⁾.

Man brauchte sich gewiß nicht mit diesen unerquicklichen Zuständen abzugeben, wenn sie nicht unbedingt in das Bild der Rechtsstellung der Vorfahren der heutigen Berg- und Industriearbeiter hineingehörten. Diese nur in den Akten lebenden und sonst klügerweise totgeschwiegenen Vorgänge sind aber aus einem anderen Grunde für uns deshalb so wertvoll, weil sie den Bericht über die erste ärztliche Untersuchung enthalten, die an der Weber- und Spinnerbevölkerung vorgenommen wurde. Sie gibt immerhin ein kleines, aber schlaglichtartiges Bild über die Gesundheitsverhältnisse am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Von den 38 Verhafteten waren nämlich nur 18 gesund. Die übrigen litten an Schwindsucht, Kurzatmigkeit, Epilepsie und Leistenbrüchen²⁾. Es konnte daher an den meisten die Spießrutenstrafe nicht vollstreckt werden, ebenso mußte ihnen der Willkomm und Abschied bei ihrer Abwanderung ins Zuchthaus erlassen werden, worunter man eine gehörige Quantität Prügel verstand, die beim Kommen und Gehen dem Sträfling als Vor- und Nachgeschmack des Genusses irdischer Gerechtigkeit üblicherweise verabreicht wurde. Epileptiker und Schwindfüchtige, Leute mit den typischen Weberkrankheiten, das waren die Freiheitshelden dieses hungernden Volkes, gegen das monatelang preussisches Militär aufgebracht wurde, um die Bevölkerung zu „beruhigen“³⁾.

Mit diesen empörenden Zuständen schloß das 18. Jahrhundert. Sie kennzeichnen scharf den Abstand dieser entarteten Regierung, die mit Knüppeln und Bajonetten Hungerrevolten niederschlug, von der menschlich vornehmen Art des großen Königs, der solche Ungerechtigkeiten aus tiefstem Herzen verabscheut hätte. Sie beweisen aber auch, daß sich jetzt, als eine beschränkte Reaktion am Staatsruder war und die Kornmagazine sich nicht mehr öffneten, das Fehlen einer freiheitlichen Gesetzgebung bitter rächen mußte.

¹⁾ Jacobi, Seite 182.

²⁾ Ziefursch, Seite 140.

³⁾ Nicht wenig soll nach Fechner zu dieser Beruhigung beigetragen haben, daß die über die drückenden Lasten der Einquartierung erbitterten Bauern gar manchen Weber als schuldige Ursache durchprügelten. (Seite 718.)

Der Zusammenbruch.

Das Merkantilssystem, hinter dessen schützenden Mauern die Textilindustrie Schlesiens zu einer hypertrophischen Größe erwachsen war, mußte abbröckeln und schließlich zerfallen, als die Stellung Preußens in dem veränderten Bilde Europas sich von Grund auf verschob. Das britische Reich war zur Kolonialmacht ersten Ranges herangewachsen. Am Ende des 18. Jahrhunderts war die Entscheidung gefallen, daß Amerika ein englisches Gesicht bekam, nachdem es vorher lange geschiene hatte, als sollte es eine Dependance Frankreichs werden. Damit fielen aber die ungeheuren Naturschätze dem strebsamsten und am kapitalistischsten denkenden Lande Europas in die Hand. Gegen die amerikanischen Baumwollplantagen und ihre Produktion sollte der Leinenhandel Schlesiens zur zwerghaften Kleinheit zusammenschrumpfen. Die Baumwolle — der *king cotton* — schlug auf dem Weltmarkte das schlesische Leinen nieder. Mit diesem Gegner verbündete sich die Maschine als furchtbarste Waffe im Konkurrenzkampfe, die jahrzehntelang das Monopol Englands blieb¹⁾. Es ist hier nicht angebracht, die einzelnen Phasen des Untergangs der schlesischen Leinenindustrie zu schildern. Sie werden genugsam erklärt durch den gigantischen Kampf Frankreichs gegen die Vormachtstellung Englands, in den Preußen zu seinem Unglück hineingezogen wurde und wirtschaftlich durch das Wort „Kontinentalsperre“, die ein völliges Zerreißen aller Auslandsverbindungen und eine Abschnürung von sämtlichen Auslandsmärkten bedeutete²⁾. Aus jener Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs wissen wir nur von einigen Unruhen in unserem Gebiet, die in Schwarzwaldau und Seitendorf 1807 von französischem Militär niedergeschlagen wurden. Ebenso besitzen wir eine recht drastische Schilderung des Hungerjahres 1805 aus Friedland³⁾.

¹⁾ 1768 erfand Rich. Arkwright in Preston den ersten Baumwollmaschinen-spinnstuhl, 1785 Cartwright den mechanischen Webstuhl und 1793 Withney die Egreniermaschine.

²⁾ Es war mir eine persönliche Freude, in den Akten des Geheimen Staatsarchivs zu Breslau feststellen zu können, daß mein Uelternvater Jean Balthasar Henry in jener kritischen Zeit von 1805—1812 als preussischer Geschäftsträger in Madrid die schlesischen Leinenhandelsinteressen wahrzunehmen hatte. Vor Antritt seines Dienstes hatte er den Waldenburger Kreis, wie die übrigen Weberbezirke Schlesiens bereift. (M. N. VI. 17.)

³⁾ Bei dem rapiden Ansteigen der Getreidepreise liefen die Leute scharenweise betteln und suchten den Hunger auf alle mögliche Weise zu stillen. Ebenso war es in Böhmen. Ganze Trupps kamen täglich nach Friedland und unterzogen die Ausgänge und Rinnsteine einer gründlichen Revision, ja sie fingen sogar aus

Als die Wogen der Sintflut verlaufen waren und England mit seinem Golde und dem Blute der europäischen Hilfsvölker seinen letzten und mächtigsten Gegner, Napoleon, geschlagen hatte, hatte sich in diesem fast zwanzig Jahre dauernden Ringen unbemerkt und im stillen der Weltmarkt völlig verschoben. In jener konkurrenzlosen Zeit hatte der Engländer die irländische Leinenindustrie hochgepeitscht, die dank der außerordentlich günstigen klimatischen Verhältnisse einen Leinenfaden von noch heute unerreichbarer Feinheit zu spinnen vermochte, und die mit diesen Geweben die gröbere schlesische Leinwand mit Leichtigkeit dort aus dem Felde schlug, wo verwöhntere Ansprüche gestellt wurden. Hand in Hand damit war ein von der Regierung mit allen Mitteln begünstigter Ausbau des Maschinenwesens erfolgt. Die Vorzüge der Verbilligung, Vertausendfachung und der durch Eraktheit des Gewebes überlegenen Güte der Produktion flossen diesem Lande allein zu. Vergeblich hatte Napoleon I. eine Million Frank für die Erfindung einer Spinnmaschine ausgesetzt. Das Geschäftsgeheimnis wurde mit drakonischer Strenge gehütet. Lange Zeit stand Todesstrafe auf die unerlaubte Ausführung von Maschinen. Dieser ungeheure Vorsprung, den England damals über Europa gewann, konnte bis in die jüngste Zeit nicht eingeholt werden. Noch im Jahre 1902 besaß England 46700000 Baumwollspindeln gegen 33500000 Spindeln des gesamten europäischen Kontinents¹⁾. In der weiter zurückliegenden Zeit war die Monopolstellung Englands noch unbefrittener. Im Gebiete des preussischen Zollvereins wurden 1861 38 Spinnereien mit 158000 Spindeln gezählt, England besaß dagegen 1865 schon 1781000 Spindeln²⁾. Zu der Massenproduktion der Baumwolle, gegen die das schlesische Leinen nicht anzukämpfen vermochte, gesellten sich die Wohlfeilheit des Fabrikats und die geringeren Gesehungskosten. Frahne berechnet, daß noch heute die Baumwolle billiger als der Flachs zu verarbeiten ist, dessen Faden zäh und schwer lösbar sei. Eine Flachsmaschinenspinnerei koste das Dreifache einer Baumwollspinnerei³⁾. Es war daher nur eine natürliche Folge, daß die schlesische Leinwand von dem „king cotton“ auf dem Weltmarkte verdrängt wurde und ihre Stellung als begehrter und notwendig gebrauchter Bekleidungsstoff endgültig abgeben mußte.

den Häusern der wohlhabenderen Leute das ausgegoffene Gespüle auf, wobei sie nicht allein öfters mit den Armen, sondern selbst mit den Handwerksleuten der Stadt in Konflikt gerieten. Es wurden damals Kräutersuppen und Brot aus Gebirgsmoos gegessen. (Werner, Seite 523.)

¹⁾ Frahne, Seite 69.

²⁾ Frahne, Seite 214.

³⁾ Frahne, Seite 74.



Wüfsteigersdorf, Weberei und Spinnerei

Es war ein nationales Unglück, daß diese Verschiebungen des Weltmarktes von der preussischen Regierung teils absichtlich ignoriert, teils in ihrer Auswirkung verkannt wurden. Zu spät sollte es ein Erwachen geben, das etwa an die schmerzliche Überraschung erinnert, die das englische Mutterland nach Beendigung des Weltkriegs mit der aus Kriegsgründen bewirkten Industrialisierung seiner Kolonialländer erlebte. War diese unbeabsichtigte Nebenwirkung weniger Jahre schon groß, wie viel sicherer mußte die damals jahrzehntelange sorgfältige Vorbereitung des wirtschaftlichen Wettkampfes das durch Kriegskontributionen überlastete Europa zerschmettern. Dazu kam, daß die die Wirtschaftspolitik Preußens bestimmenden Männer den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus huldigten und sich peinlichst jeder Einmischung und jeder Einengung der Wirtschaft enthielten. Es war verpönt, auch nur irgend etwas zu tun, was an die Gamaschenpolitik des Merkantilsystems erinnert hätte. Wie man sich bemühte, den Geist der englischen Selbstverwaltung den Kommunen einzuhauchen, und trotzdem durch eine reaktionäre Gesetzgebung das Werk der Bauernbefreiung Steins zerschlug, so war man stolz darauf, die Zollmauern abzutragen und sich zum Programm des Freihändlertums zu bekennen. Man begriff nicht, daß eine künstlich erzeugte Industrie auch nur mit den gleichen Mitteln gehalten werden konnte. Als am 24. Mai 1823 die berühmte Warenniederlagenakte des englischen Parlaments ergangen war, durch die endgültig das Prinzip des Freihandels, d. h. die abgabefreie Einfuhr zum Gesetz erhoben wurde, träumte die Reichenbacher Regierung, die damals unser Gebiet verwaltete, von der Eröffnung des Weltmarktes für Schlesien und der Benutzung des englischen Kapitals. „Alles kommt darauf an, daß der hiesige Fabrikant diese Gelegenheit auch so benutzt, wie es die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, also dafür sorgt, daß auf jenem Weltmarkte stets preiswürdige Muster in den rechten Händen zu finden sind, und daß er sich durch die beliebten Phrasen, mit England sei es nicht möglich zu konkurrieren, nicht abschrecken läßt, sondern vielmehr dem Beispiele der dortigen Fabrikanten folgt, die, wenn ihnen ein Markt geschlossen ist, sich sofort einen anderen aussuchen und in der Regel durch Fleiß und Anstrengung auch finden.“⁴⁾ Unwillkürlich erinnert man sich beim Lesen dieser Ausführungen an das Wort: „Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit.“

Wie sah es nun mit den Gründen aus, die von der Reichenbacher Regierung als phrasenhaft bezeichnet wurden?

4) Akta des Landratsamts Waldenburg, „Fabriken und Handel“.

Das Maschinenzeitalter hatte auch in Preußen begonnen. Im Jahre 1818 hatte der Kaufmann Alberti in seiner Spinnerei in Ober-Waldenburg die erste Flachsspindelmaschine des europäischen Kontinents aufgestellt. Diese Erfindung, die in früheren Zeiten mit energischer Hilfe des Staates weiter ausgenutzt worden wäre, blieb als angestauntes Wunderwerk ohne jeglichen Einfluß auf die Wirtschaft. Kennzeichnend dafür ist, daß trotz ihrer Bewährung die zweite Maschine in Schlesien erst im Jahre 1832 bei Kramsta in Freiburg aufgestellt wurde.

Fragt man nach den Gründen, warum die Entwicklung zum Maschinenbau so schneckenartig vorwärtstoch, so liegen diese darin, daß dem Gewerbestand das nötige Kapital und geeignete Maschinenfabriken fehlten, die den technischen Ausbau der Erfindung und ihre Vervollkommnung ermöglicht hätten. Außerdem kam aber auch der Widerstand aus den Reihen der Unternehmerschaft selbst. Man fragte sich, wozu man sich in Unkosten stürzen solle, wenn man die Arbeitskräfte so billig habe, sodas die Maschinenmehrproduktion durch Senkung der Arbeitslöhne und Vermehrung der Arbeitszeit ausgeglichen werden könne. „Das scharenweis verfügbare Weberproletariat bot dem Fabrikanten so billige Arbeitskräfte, daß ein schneller Übergang zum Kraftstuhl sich von selbst verbot.“¹⁾ Auch führten Fehler der ersten Maschinen, wie sie jeder Neuerung zunächst anhaften, zu der Behauptung, das Maschinengarn sei minderwertiger als der handgesponnene Faden. Mit dieser von ernster fachmännischer Seite vorgetragenen Meinung wuchs die Abneigung gegen die Maschine überhaupt, anstatt daß man auf Verbesserungen sann. Zu dem gleichen Irrglauben verführten auch die ersten Proben mit Chlor, die das bisherige Bleichverfahren ablösten. Da sie ungeschickt und von chemischer Sachkenntnis nicht getrübt angewandt wurden, führten sie zu Verbrennungen des Gewebes und bestärkten damit die grundsätzliche Opposition gegen jede Neuerung. So konnte es kommen, daß die beiden Kinder der Leinenindustrie, die Maschine und die moderne Chemie, in ihrem Heimatlande stiefmütterlich behandelt wurden und, unwillig davongejagt, ihre Wunderkräfte der englischen Weltmacht zur Verfügung stellten. Bis in die vierziger Jahre hinein versuchte die schlesische Leinenindustrie, auf traditionellem Wege mit England und dem sich auf Baumwolle umstellenden Westen zu konkurrieren. An der alten extensiven Bearbeitungsweise wurde festgehalten, die mit Rosz- und Wassermangeln, mit Rasenbleiche, Handpresse, Farbkufen und primitivem Druckverfahren gekennzeichnet ist. Während in England die kapitalistische Wirtschaftsweise mit der Maschine ihre ersten Triumphe

¹⁾ Frahne, Seite 116.

feierte, konnte hier noch ernsthaft die Frage erörtert werden: „Wollen wir ein Fabrikstaat werden?“ und darüber die merkwürdigsten Reflexionen angestellt werden¹⁾. Und Kries schrieb 1845 mit dem Anflug einer gewissen Romantik: „Es hat etwas Schmerzliches und Unbefriedigendes, zu dem Resultat zu gelangen, daß das gesellige Schnurren des Spinnrades den betäubenden Geräuschen der Maschine weichen und der selbständige Webermeister sich in einen abhängigen Lohnweber verwandeln sollen.“

Indessen, als Staat, Gemeinden und Kaufmannschaft in der Biedermeierstimmung eines legitimen Optimismus nicht müde wurden, auf bessere Zeiten zu hoffen, obschon ein Absatzmarkt nach dem andern verloren ging, verschlechterte sich die Lage der Arbeiterschaft zusehends²⁾. Die Reformgesetzgebung des Freiherrn vom Stein hatte eine erhebliche Abwanderung der freigewordenen Weber und Spinner aus dem Gebirge zur Folge gehabt. Nach der Berechnung von Ziekursch verlor der Schweidnitzer Kreis, zu dem Waldenburg gehörte, in den Jahren 1807 bis 1817 fast 6% der Bevölkerung. Die abströmende Menge wandte sich hauptsächlich dem Kreise Reichenbach zu, wo damals die neu aufkommende und rasch hochblühende Baumwollindustrie bessere Löhne gewährte, als sie die von Jahr zu Jahr an Absatz verlierende Leinenindustrie bieten konnte³⁾. Doch sollte diese Abwanderung nur einen kleinen Augenblick Luft schaffen. Mit der Agrarreform war die bisherige Anteilbarkeit der bäuerlichen Landstellen aufgehoben und die nunmehr einsehenden Erbteilungen brachten auf dem Lande in den Grenzgebieten in dem Zeitraume von 1817 bis 1849 eine fast 40%ige Bevölkerungs-

¹⁾ „Die Zivilisation des Fabrik- und Maschinenwesens, welche meist auf Unkosten der gleichen Verteilung des Eigentums und der Moralität erkaufte wird, bietet sich in England in ihrer Höhe dar. Aber dieser Zustand ist ein künstlicher und krankhafter. England ist durch die eigentümlichen Verhältnisse seiner Bodenverteilung und des mächtigen Einflusses seiner Aristokratie in die wirbelnde Bahn gedrängt worden, auf welcher es sich nur durch immer neue Eroberungen erhalten kann. In jenem Eldorado der Industrie leben mehr Unglückliche und Elende als in irgend einem anderen Staate Europas. Der Staat, der nur eine Richtung vorzüglich begünstigt, ein Fabrikstaat, ein Militärstaat, ist ein kranker Staat. Dem Beispiel Englands nachzueifern, dürfte wohl nur derjenige anraten, der es mit seinem Lande nicht wohl meint.“ (Schneer, Seite 86.)

²⁾ In einer sehr temperamentvollen und für die Entwicklung der kapitalistischen Denkweise äußerst lehrreichen Streitschrift kommen Magistrat und Kaufmannschaft Landeshut 1827 zu dem Resultat: „Der Zustand des schlesischen Leinwandhandels sei noch nicht grundlos hoffnungslos, wie man ausschreie. Er sei vielmehr als eine Silbergrube auf Hoffnung neu bescherten Glückes zu betrachten.“

³⁾ Ziekursch, Seite 302 und das Lebensbild des Fabrikanten Sadebeck in „Schlesien des 18. und 19. Jahrhunderts“.

vermehrung¹⁾. Da der Ertrag des unrationell bestellten, minderwertigen Ackers durch eine Zersplitterung kaum eine Steigerung erfuhr, so vermehrte sich die Zahl der Weber und Spinner bedeutend. Die Kaufmannschaft benutzte ihrerseits das Überangebot von Arbeitskräften, um durch niedrigere Löhne den Schaden auszumergen, den ihr die ausländische Konkurrenz schlug²⁾. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch den Mangel an Fabriken im heutigen Sinne. Nach wie vor wurde im Hause gesponnen und gewebt, dazu nach alter Technik und auf veralteten und schlechten Webstühlen. Ein eigentliches Arbeitsverhältnis zum Unternehmer gab es nicht, obschon sich hier und dort Ansätze zur Lohnweberei zeigten; auch hatten manche Weber einige Spinner im Lohne.

Fassen wir noch einmal die Hauptpunkte zusammen, durch die die Lage des Leinenhandels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet wird. An der Spitze ein Unternehmerstand, der durch die napoleonischen Kriege sein Kapital verloren hatte und bar jeder technischen Kenntnis gegen das Maschinenzeitalter mit Hungerlöhnen ankämpfte. Unter ihm ein geistig und körperlich verkommener Arbeiterstand, der nach veralteter Technik eine minderwertige, oft betrügerische Ware herstellte. Dazu eine staatliche Verwaltung, die auf dem Lande mit der Aufrechterhaltung der Gutsgerichtsbarkeit neben der wirtschaftlichen auch die rechtliche Unfreiheit bestehen ließ und mit einem kümmerlichen Apparat für Recht und Ordnung sorgte. (Der Kreis Waldenburg, schon damals einer der bevölkerlichsten Kreise Preußens, wurde 40 Jahre lang nach seiner Gründung im Jahre 1818 durch einen ehrenamtlichen Landrat verwaltet, dem ein Sekretär und zwei Landgendarmen zur Seite standen.) Sieht man diese ganze klägliche Wirtschaft im Kampfe gegen die billige Baumwolle und die wachsende Handelsmacht Englands, so begreift man die ganze Ahnungslosigkeit der preussischen Freihandelswirtschaft, die die schlesische Industrie aus doktrinären Erwägungen zugrunde gehen ließ und Warnungen ernsthafter Sachverständiger als Phrasen in den Wind schlug³⁾. Bei dem Wettlauf zwischen Postkutsche

¹⁾ Ziekursch, Seite 363.

²⁾ „Die Löhne wurden immer mehr und mehr herabgesetzt, die Indolenz, der Eigensinn und das Kleben am Alten, welche die eigentümlichen Charakterzüge des schlesischen Arbeiters bilden, ließen die Weber und Spinner bei der großen Zahl der Bewerber um Arbeit mit dem Notdürftigen und endlich mit dem Notdürftigsten des Lebensunterhaltes sich begnügen.“ (Schneer, Seite 9.)

³⁾ In den Preussischen Jahrbüchern wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß man, um England nicht zu verstimmen, jede Förderung der mechanischen Leinengarnspinnerei durch höheren Schutz abgelehnt habe! (Jahrgang 1891, Seite 173 ff.)

und Lokomotive hatte der preußische Bürokratismus das erste Beförderungsmittel gewählt.

Die Fahrt ging aber nicht in das Land der Romantik, sondern in das des Schreckens und Grauens. Der Langenbielauer Weberaufstand im Jahre 1844, der seine unsterbliche Schilderung in „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann gefunden hat, lenkte nicht nur die Aufmerksamkeit Deutschlands, sondern auch die Augen der gesamten gesitteten Welt auf Schlesien.) Die neuerrungene Pressfreiheit stürzte sich mit wahrer Gier auf diese Fundstätte von Skandalen, um sich in geschmacklos breiten und rührenden Schilderungen zu ergehen. All diese Schauermärchen fanden den lebhaftesten Widerhall bei dem liberalen Bürgertum, das, von der Mitregierung ausgeschlossen, eine hämische Freude an diesen Sensationen hatte, für die in erster Linie die Regierung verantwortlich gemacht wurde. Hinzu kam die damals sich schon regende Vorliebe an literarischen Schilderungen über soziales Elend. Die ungeheure Verbreitung des zeitgenössischen Romans von Eugène Sue „Les Mystères de Paris“ hatte den Boden für die Leserschaft vorbereitet, die später an den noch dunkleren Farben eines Zola und seiner Nachahmer ein geradezu pervernes Behagen empfand. Man muß daher bei der Fülle der Berichte über die Verhältnisse der Weber- und Spinnerbevölkerung außerordentlich vorsichtig sein, um nicht unter der Patina des Alters Tendenz und Lüge mit der sachlichen Wirklichkeit zu verwechseln. Deswegen habe ich die nachfolgenden Auszüge aus Veröffentlichungen von Personen gewählt, die teils im amtlichen Auftrage unser Gebiet bereist haben, teils als Beamte selbst jede Unsachlichkeit vermeiden mußten. Diese Schilderungen geben allerdings ein erschütterndes Bild über die damaligen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung und zeigen, zu welcher körperlichen und geistigen Verwahrlosung die ewige Hungerleiderei die Menschen hatte herabsinken lassen.

Der Regierungsassessor Schmeer, der im Jahre 1844 die Gebirgskreise bereist und auch Waldenburg, sowie einige Ortschaften des Kreises eingehend untersucht hatte, gibt eine Lohntabelle der Weber und Spinner. Danach verdiente der Weber 10 bis 20 Silbergroschen die Woche, der Flachspinner 5 bis 12 Sgr., der Puzelspinner 2 bis höchstens 4 und 6 Sgr. die Woche. Tausende dieser unglücklichen Familien hatten einen täglichen Erwerb von 9 Pfg. bis 1,30 Sgr., der oft für 6 Köpfe ausreichen sollte. Kries stellte fest, daß der Verdienst eines Spinners nicht mehr als 1 bis 1,30 Sgr. täglich betrage, eine Summe, die zur selbständigen Ernährung eines kräftigen Arbeiters offenbar nicht ausreiche. So niedrig sei zwar der Lohn des Webers nicht, aber immerhin doch so kärglich, daß dieser weder leistungsfähig sei, noch einen Notpfennig

erübrigen könne. Der Wochenlohn stelle sich für den Weber auf 15 bis 20 Sgr. Die Familie erwerbe wöchentlich einen Taler und 32 bis 36 Sgr. Bei besonders angestrengtem Fleiß aller Familienmitglieder könne ausnahmsweise ein Wochenverdienst von zwei Talern erreicht werden. Schneer kommt zu dem vernichtenden Urteil: „Das, was in den Strafanstalten den Gefangenen an Kost und Unterkunft geboten wird, müßte ohne übertriebene Ansprüche gewiß als Existenzminimum betrachtet werden, aber nicht eine kleine Zahl der Bewohner der Provinz, die man die Perle in Preußens Krone nennt, lebt materiell bei weitem schlechter, als die Sträflinge in den Zuchthäusern“¹⁾. Seit sieben und mehr Jahren haben sich die Unglücklichen nicht mehr irgend ein Kleidungsstück beschaffen können. Ihre Bedeckung besteht aus Lumpen, ihre Wohnungen sind verfallen, da sie die Kosten der Herstellung nicht aufbringen können. Die mißratenen Ernten der Kartoffeln haben sie auf die billigeren wilden oder Viehkartoffeln und auf das Schwarz- oder Viehmehl zur Nahrung angewiesen. Fleisch kommt nur bei einigen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten ins Haus und dann für eine Familie von 5 bis 6 Personen ein halbes Pfund! Schenkt der Bauer ihnen ein Quart Buttermilch oder tauschen sie es für die Kartoffelschalen bei ihm nach langem Auffammeln ein, so ist dies ein Festtag. — Den Kirchenrock haben schon viele lange verkauft oder verfest; sie schämen sich in ihren Lumpen zur Kirche zu gehen, und so entbehren sie auch noch des geistigen Trostes bei diesem Elend. — In dem Winter der Hungersnot haben sich nach der Angabe des Bürgermeisters von Schömberg die Weber von der Schlichte — sauer und stinkig riechende gekochte Stärke — genährt. Zur Anzahl traf Schneer Kinder nackend in der Stube an.

Die Wohnungen werden von ihm als baufällige Hütten beschrieben. Als Zeichen des Wohlstandes gilt ein Hund. Denn kann der Weber einen müßigen Hund füttern, so kann er etwas von seiner eigenen Nahrung missen! In den Dörfern sieht man selbst an schönen Tagen wenig spielende Kinder. Der sehr geringe Lohn der Eltern nötigt diese dazu, die schwachen Kräfte der Kinder schon mit vier Jahren für die leichteren Arbeitsverrichtungen in Anspruch zu nehmen. Die zu frühe Beschäftigung der Kinder in den Fabriken sei zwar durch Gesetze verboten, doch könne sich bis in das Innere der Familie eine inquisitorische Fürsorge kaum erstrecken. Die Kinder, welche bei dem Mangel an schützender Bekleidung im Winter zum Schulgang anzuhalten eine Grausamkeit wäre, die oft mit vier Jahren von den Eltern an das Spulrad gesetzt werden, wachsen bei mangelhaftem Unterricht ohne Verkehr mit der Außenwelt und ohne

¹⁾ Schneer, Seite 32.

das bildende Ferment eines öffentlichen Lebens in dem geisttötenden Einerlei ihrer Beschäftigung auf. Die Entwöhnung von der freien Luft und das Einschließen in überheiße Stuben macht trotz des gesunden Klimas die Körper siech. Von schwächlichen Eltern entsprossen und denselben schwächenden Ursachen verfallen, nimmt unter dieser Volksklasse Hinfälligkeit und Schlaffheit von Generation zu Generation zu und muß endlich zu einem erblichen Kretinismus, wie schon jetzt in einzelnen Ortschaften, ausarten. Wenn man in den Schulen die vielen geisteschwachen Kinder sieht, so muß man die Lehrer bewundern, welche trotz des geringen Erfolges ihrer Anstrengungen bei kümmerlicher Besoldung ihren schweren Beruf erfüllen¹⁾.

Es ist außerordentlich interessant, daß nach Schneers Ansicht der Aufstand in Langenbielau von den Baumwollwebern ausgegangen sei, denen es viel besser als den Leinenwebern ginge, und denen es wegen ihrer einheimischen Fabrikationsweise nie schlecht ergangen sei, und die als ein munteres und sogar leichtsinniges Völkchen in der Provinz bekannt und berüchtigt seien. Der Umstand, daß in preussischen Strafanstalten die Sträflinge zum Weben als einer leicht zu begreifenden Arbeit angelehrt wurden, bewirke, daß sich eine Menge von Menschen aus der letzten Kategorie in der Langenbielauer Gegend angesammelt habe. Die Vorgänge in Peterswaldau seien aus Hunger nicht zu erklären. Dagegen in den Hungerbezirken des Waldenburger und Landeshuter Kreises äußerte sich ein Verwalter der Ortspolizei dahin: „Die Not habe die Unglücklichen nur deshalb nicht zu allerhand Verbrechen getrieben, weil die lange Gewohnheit des Elends sie körperlich und moralisch deprimiert habe, und es ihnen bereits an der zum Verbrechen nötigen Tatkraft fehle.“

Diese Feststellung erklärt auch die Tatsache, warum zum Unterschied zu den Vorgängen von 1793 die Bevölkerung beim Langenbielauer Aufstand völlig teilnahmslos blieb und auch in der 48iger Zeit sich nur zu einer Deputation in das Ministerium aufraffen konnte. Die Energie war durch den ewigen Hunger zerbrochen. Auch die übrigen Eigen-

¹⁾ Die Besoldung der Schullehrer betrug im günstigen Falle damals: 1. freie Wohnung; 2. zur Feuerung sieben preuß. Klafter Holz; 3. einen Gartenfleck mit einem Scheffel Ausfaat; 4. fünfzehn Scheffel Roggen und an Gerste, Erbsen und Hirse zusammen drei Scheffel; 5. die Freiheit, unter das Gemeindevieh zwei Stück Rindvieh und ein Schwein unentgeltlich zu treiben; 6. fünfzig Thaler bares Geld. Ergibt zusammen den Wert von etwa 80—90 Thalern. Der Jahreslohn eines Landknechts betrug 12 bis 30 Thaler bei freier Kost. Kinder, die regelmäßig die Schule besuchten, wurden unter Namensnennung im Kreisblatt durch den Landrat öffentlich belobt! (Kreisblatt 1836, Seite 11.)

schaften der Bevölkerung tragen die Spuren der Körper und Seele häßlich machenden Armut. Kries spricht von einer völligen Entsittlichung des Arbeiterstandes, der aus dem entmutigenden Stande des Lohnes zu erklären sei. Schlimmer als alle Lohnverhältnisse sei die seit Jahren bestehende physische und geistige Verkümmernng, ja im hohen Grade die sittliche Verwahrlosung. Es würde von Jahr zu Jahr schlechter gewebt und gesponnen und die Betrüglichkeit der Arbeiter verschulde die absichtliche Ungleichförmigkeit der Stärke des Fadens und die absichtliche Lockerheit des Gewebes. Anfleiß, Arbeitscheu und Alkoholismus wären die Folgen geistiger Verstumpfung und zögen den Schaden der Fabrikanten und den Rückgang des Handels nach sich.

Man wird nach dieser Schilderung, deren Objektivität nicht anzuzweifeln ist, fragen, was nun der Staat veranlaßt hat, um dieses ungeheuerliche Elend Tausender seiner Bürger zu lindern. Wir suchen aber vergebens nach einer rettenden Tat! Wir finden nicht einmal den Willen, auch nur einen Finger zu regen. Der Grund ist ganz einfach der, daß getreu den Grundsätzen einer freien Wirtschaft so wenig wie dem Unternehmer, ebensowenig dem Arbeiter geholfen werden sollte. Infolgedessen blieben diese Unglücklichen auf das Mitleid der Öffentlichkeit angewiesen oder fielen den Gemeinden zur Last, die überhaupt keine ausreichenden Mittel zur Armenfürsorge besaßen. Schmeer konnte daher schreiben: „Im allgemeinen wage ich es dreist auszusprechen, daß sich eine geordnete Armenpflege in den meisten Ortschaften der Provinz gerade nur auf dem Papier vorfinde. Die Gesetze, wie sie liegen, sind unter den obwaltenden Verhältnissen unausführbar und in den meisten von mir besuchten Ortschaften wird die Armenpflege nur durch die an bestimmten Tagen, gewöhnlich Mittwoch und Sonnabend freigegebene Bettelei gehandhabt!“ Diese für jene Zeit außerordentlich kühne Feststellung muß für unser Gebiet als wahr bestätigt werden. Eine Armenfürsorge konnte bei der Dürftigkeit der Gemeinden nicht stattfinden. Man beschränkte sich daher darauf, die Bettelei zu organisieren. Der Magistrat Waldenburg gründete z. B. einen Verein gegen die Hausbettelei¹⁾. Außerdem faßten viele Gemeinden den Beschluß, „ihre Ortsarmen hinreichend zu unterstützen, so daß dieselben nicht nötig haben, sich anderweitig Almosen zu erbitten“²⁾. Es wurden Bettelwögte eingesetzt, die die Aufgabe hatten, fremde Bettler nicht zu dulden, und die nun je nach dem Grade der zu vertretenden Nächstenliebe am Dorfeingang, bzw. Ausgang mit einem anständigen Knüttel Wache hielten, um ein Verwässern der

¹⁾ Kreisblatt 1847, Seite 21.

²⁾ Vgl. Kreisblätter 1840—1847.



Weber

mageren Armensuppe durch ungebetene Gäste zu verhindern. Trotzdem, Not bricht Eisen, und der damalige Landrat, Freiherr v. Ende, beklagte sich bitter, „daß das Betteln, gegen welches in der Zeit der drückenden Teuerung nicht mit der vollen Strenge des Gesetzes eingeschritten werden konnte, leider noch immer in sehr beunruhigendem Maße fortbauere, so daß sehr traurige Folgen für den Kreis und dessen Bewohner zu befürchten seien“. Er nennt den ganzen Vorgang einen Krieg der Bagabunden und besitzlosen Klassen gegen den noch etwas besitzenden Teil der Bevölkerung¹⁾.

§ 4.

Das Ende.

Vergeblich hatte der erste Landrat des Kreises, Graf Reichenbach, um Unterstützung der notleidenden Bevölkerung gebeten, zum mindesten um Linderung der drückenden Salzsteuer. Der 1828 ergangene ablehnende Bescheid der Regierung besagte in einem Wortschwall höflichsten Altendeutsches, daß der Waldenburger Kreis noch lange nicht als einer der ärmsten des Regierungsbezirks angesehen werden könne und daß man eine Unterstützung nicht gewähren wolle, um Berufungen zu vermeiden²⁾. Auch anderswo in Preußen hätte in jener Zeit auf noch so dringliche Vorstellungen hin keine Notstandsaktion des Staates eingesetzt. Man war eben der festen Überzeugung, daß es niemals Sache des Staates sein könne, bei wirtschaftlichen Notständen helfend einzuspringen. Ja, man hielt es sogar wirtschaftlich für verkehrt und unverantwortlich, eine Industrie mit künstlichen Mitteln über Wasser zu halten, von deren Absterben man vielleicht innerlich fest überzeugt war³⁾. Die bei einem Zusammenbruch entstehende Not sah man zudem für ein wichtiges Regulativ des Arbeitsmarktes an, indem man hoffte, daß die hungernden Weber und Spinner sich bald nach lohnenderer Beschäftigung umsehen

¹⁾ Kreisblatt vom 16. September 1847.

²⁾ Acta Armenpflege des Landratsamtes von 1819.

³⁾ Diese Auffassung fand auch die Billigung der obersten Staatsstellen. Ein ministerielles Gutachten vom 23. Januar 1819 besagt, daß von einem außergewöhnlichen Notstand in Schlesien nicht die Rede sein könne, da dort immer Not geherrscht habe. Die Ursache der vorausgehenden Arbeitslosigkeit sei lediglich die schlechte Technik der Leute und die fehlerhafte Leitung des Exporthandels. Die Konkurrenz Englands sei für Schlesien ungefährlich. Die schlesische Leinwandfabrikation werde bestehen, so lange die Welt Leinwand bedürfe. Materialienpreise, günstige Verhältnisse des Arbeitslohnes (!), die Neigung, die Genügsamkeit und der Fleiß des Arbeiters weisen Schlesien den ersten Rang in der Leinenfabrikation an, wenn es will. (Preuß. Jahrbücher 1891, Seite 173.)

würden. Auswüchse der Not überließ man der privaten Wohltätigkeit zu lindern. Damals entstanden zahllose Weberhilfsvereine, die in öffentlichen Sammlungen Almosen für die hungernde Bevölkerung zusammenliefen. Von amtlicher Seite hielt man sich nach wie vor im Hintergrund und unternahm nur zögernd und vorsichtig einige Hilfsmaßnahmen. Ein von der Regierung ernanntes General-Kommissarium erging sich in Erwägungen und Empfehlungen über eine Reform der Flachsendustrie, die, mit der Zucht des Flachses beginnend, sich auf eine Verbesserung der Spinnerei-, Weberei- und Appreturmethode erstrecken sollte. Kurzum, man übte sich in Belanglosigkeiten, um nach außen den Schein zu wahren, daß etwas getan würde.

Es hatte auch nicht ausbleiben können, daß die graufigen Vorgänge eines langsamen Hungertodes Tausender von Menschen einen zündenden Agitationsstoff für die sich regende politische Opposition abgaben. Sicher ist, daß die Entstehung der sozialdemokratischen Bewegung in einem inneren Zusammenhang mit den schlesischen Weberzuständen steht und aus ihnen reiche Nahrung für ihre Werbung gezogen hat. Ebenso wird es einem verständlich, warum die Verbreitung dieser neuen Gedankengänge mit einer so unheimlichen Schnelle erfolgen konnte. Gab doch die Menge der notleidenden Arbeiterbevölkerung und all derer, deren Gerechtigkeitsinn über das übliche Maß von Mitleid hinaus zu einer befreienden Tat drängte, einen ungeheuren Resonanzboden für den Alarmruf zum Kampf gegen den Kapitalismus ab. Diese Elendszustände im Auge, zu denen die neue Wirtschaftsweise Tausende von Menschen herabgewürdigt hatte, konnten die ersten Streitschriften und namentlich das kommunistische Manifest von dem Pathos sittlicher Empörung widerhallen, ja sie mußten auf die zertretene Menschheit in ihrer Not wie eine messianische Heilsbotschaft wirken. Jedoch diese Verquickung mit der Politik machte erklärlicherweise alle Berichte über das Weberelend und Vorschläge zu seiner Besserung an amtlichen Stellen vollends ungenießbar. Der Oberpräsident von Merckel, ein alter Vorkämpfer der Stein-Hardenbergschen Reformgesetzgebung, ließ sich verleiten, alle Notberichte für übertrieben und als das Werk politischer Störenfriede hinzustellen³⁾. Er erwog sogar, gegen die privaten Weber-Hilfsvereine vorzugehen. Als dann aber 1844 zum ersten Mal in der preußischen Geschichte auf Hunderte von eigenen Bürgern durch Militär geschossen werden mußte, setzte ihn ein Sturm der Entrüstung von seinem Posten. Schlesien genoß für eine Zeitlang den zweifelhaften Ruhm, das Land eines europäischen

³⁾ Sein Lebensbild von Viktor Loewe in „Schlesien des 18. und 19. Jahrhunderts“.

Skandal zu sein. Nunmehr blickten die Augen der Welt voll Erwartung auf die Entwicklung der Dinge, und das erwachte Weltgewissen drängte die amtlichen Stellen aus ihrer Passivität, die sie bisher aus theoretischen Erwägungen einzunehmen für gut befunden hatten, zum Handeln.

Von der Fülle der Vorschläge, die damals von amtlicher wie privater Seite zur Behebung der Webernot gemacht wurden, verdienen einige dem Dunkel der Vergessenheit entrissen zu werden. Schneer hatte den Rat gegeben, der uns heute recht bekannt anmutet, nämlich den der Umsiedlung. Er schlug vor, man solle die Weber- und Spinnerbevölkerung allmählich zum Ackerbau überführen und sie zu diesem Zwecke in der Provinz Posen ansiedeln, womit außer wirtschaftlichen, zugleich auch nationalen Belangen gedient sei, weil auf diese Weise die Provinz verdeutscht würde. Dieser großzügige und seiner Zeit weit vorausseilende Vorschlag mußte aber an vielfachen Umständen scheitern. Unter den Gegen Gründen, die Minutoli aufzählt, erscheint mir nach der Kosten-, Sprachen- und Religionsfrage der wichtigste und ausschlaggebendste zu sein „die große Körperschwäche der Gebirgsbewohner und ihre Heimatliebe“. Die ewig sitzende Lebensweise in dumpfen, überhitzten Stuben und das nun schon Generationen hindurch andauernde Hungern hatte die Bevölkerung derart erschlaft und degeneriert, daß sie zur Arbeit mit Hacke und Spaten nicht mehr fähig war. Das bewies auch die mangelhafte Beteiligung an den Wegebauten, die als Notstandsarbeiten nachweisbar seit 1799 in unserem Gebiete vorgenommen wurden, obschon der dort gezahlte Lohn den Arbeitsverdienst weit überstieg. Auch hatte man mit der Umsiedlung schon einen praktischen Schritt getan, der zu einem völligen Fiasko geführt hatte¹⁾. Das säkularisierte Kloster Grüssau im Kreise Landeshut war nämlich in den zwanziger Jahren parzelliert und 3800 Morgen an 1896 Familien in Erbpacht gegeben worden. Die für eine Bewirtschaftung zu kleinen und für eine Nebenbeschäftigung zu großen Stellen ließen die Siedler nicht auf einen grünen Zweig kommen, und sie waren sehr bald davongelaufen. Da war es schon praktischer, wenn der Landrat offiziell im Kreisblatte die Weber und Spinner zur Auswanderung aufforderte und nebst Reisekosten ein gutes Zehrgeld versprach²⁾. Die Beteiligung wird nicht nennenswert

¹⁾ Ein Vorschlag, der schon damals praktischen Wert gehabt hätte, blieb unbeachtet, bis er heute seine Wiederauferstehung feiern sollte, nämlich die Einführung der Grünlandwirtschaft. Bei der Besprechung der Lage der Landwirtschaft empfahl Minutoli (S. 84) für die höheren Lagen eine Art Sennerwirtschaft. Seine weiteren Ausführungen decken sich genau mit dem, was heute unter der Grünlandbewirtschaftung zu verstehen ist.

²⁾ Kreisblatt 1845, Seite 63.

gewesen sein, schon, da man sich ausgerechnet Ostpreußen zum Ziele gewählt hatte. Aber auch bei verlockenderen Angeboten hätte man aus der Masse dieser völlig verstumpften Menschen kaum einen Funken Energie heraus schlagen können. Jetzt war es zu spät geworden; der halb vertierte Mensch hatte sein Elend lieb gewonnen¹⁾. Ja, selbst als ihm in den später neuauftkommenden Maschinenfabriken höhere Löhne geboten wurden, blieb eine nicht unbeträchtliche Zahl dem alten Hungerhandwerk treu und schaute sogar mit einer gewissen Verachtung auf den nach ihrer Meinung unfreien Fabrikarbeiter herab. Es sollten noch Jahrzehnte vergehen, ehe der Handweber in den achtziger und neunziger Jahren allmählich von seinem Gebirgsdorf zur Fabrik herabstieg. Der Spinner war ihm geraume Zeit vorausgeeilt. Es schien, als ob die physische Konstitution der Weberbevölkerung sich auf den Hunger eingestellt habe und nun darin Erstaunliches, wenigstens weit über das normale Maß Hinausgehendes erdulden könnte. Auch mag die verhältnismäßig langsame Entwicklung der Textilindustrie zum Maschinenwesen den Abbauprozess verzögert haben. Erst die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens mit seiner wertvollen mechanischen Baumwollindustrie gab der Existenz der Weber den Gnadenstoß. Von nun ab nur noch auf die private Militärtätigkeit und Aufträge der Militärbehörden angewiesen, begannen sie langsam auszusterben. Doch noch einmal sollten sich die Akten des Landratsamtes mit Berichten füllen, die an die alte Zeit erinnern. Es schien, als ob das Unglück sich bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts heranschleppen wollte. Im Jahre 1876 mußte der damalige Landrat Bitter über den Notstand der Weber- und Spinnerbevölkerung berichten²⁾. Ein Notstand sei unter der Weberbevölkerung, die ihrem Untergange entgegengehe und nach der Natur der Verhältnisse entgegengehen müsse, bald mehr bald weniger immer vorhanden, und es sei unglaublich, in welcher Weise gerade die Weber an Entbehrungen gewöhnt seien. Vielleicht, so schließt er, wird auch dieses Mal noch die Krisis überwunden werden, ohne daß ein Eingreifen von außen her notwendig sei. Bei dieser Gelegenheit bekommen wir eine Nachweisung über die Löhne und Wirtschaftsverhältnisse der im Kreise vorhandenen Weberfamilien, aus der zu ersehen ist, wie langsam der Umstellungsprozess sich vollzog. Der Arbeitsverdienst der Familie pro Woche wird auf 3 bis 4 Mark berechnet! An Weberfamilien zählte der Kreis noch 1807. Rechnet man als arbeitende Familienmitglieder wenigstens drei

¹⁾ Frahne spricht von dem unglücklichen Konservatismus der Weber, ein Zeichen ihrer moralischen Gebrochenheit (Seite 109).

²⁾ Acta des Staatsarchiv Rep. 207 Acc. 24/20 Waldenburg 1753.

Personen, was man bei der sehr frühen Beschäftigung der Kinder tun muß, so erhält man einen Stamm von rund 4600 Webern, eine Zahl von Arbeitern, wie sie erst heute wieder in der modernen Textilindustrie beschäftigt wird¹⁾.

Es ist außerordentlich beklagenswert, daß die Abwanderung in die Fabriken so langsam erfolgte, denn noch heute wirkt diese Tatsache sich in dem hohen Prozentsatz der Fürsorgekosten und Wohlfahrtsausgaben des Kreises und seiner Gemeinden aus. Die Gründe liegen in dem Bildungszustand der Bevölkerung, der trotz wesentlicher Förderung des Schulwesens ein geringer geblieben war. Die völlige Vernachlässigung in dem Anschluß an Eisenbahnen und damit die künstliche Absperrung von dem pulsierenden Leben der Außenwelt verewigte in den Grenzkreisen Schlesiens Zustände, die im Westen des Reiches nur noch aus Museen und Geschichtsbüchern bekannt waren. Sie haben bis in die Jetztzeit den Gebieten den Stempel der Rückständigkeit aufgedrückt, der jedem aus anderen Bezirken unseres Vaterlandes zuwandernden Menschen als eine der ersten Charaktereigenschaften des niederschlesischen Industriegebietes auffällt.

Noch im Jahre 1883 herrschten in den Weberbezirken des Kreises Zustände, die an die 1840er Zeit erinnern, nur daß die Farben weniger grell sind und das Ganze fast einen müden, ich möchte sagen greisenhaften Zug bekommen hat. Wir schöpfen unsere Kenntnisse aus einem sehr ausführlichen Bericht des Kommerzienrats Websky aus dem Jahre 1882²⁾. Die Weberbevölkerung, die hauptsächlich in den Euledörfern noch stark vertreten ist, (Michelsdorf, Heinrichau, Friedersdorf, Tschendorf, Dorfbach, Schles. Falkenberg, Grund und Jauernig), teilt Websky in zwei Klassen. Einmal in Weber, die Grundbesitz haben und die Weberei

¹⁾ Ausgesprochene Weberdörfer sind Göhlenau mit 104 Familien, Altfriedland mit 61, Rosenau mit 25, Raspenau mit 22, Neudorf mit 50, Bärzdorf mit 50, Schenkendorf mit 37, Jauernig mit 34, Rudolfswaldbau mit 111, Dörnau mit 38, Lehmwasser mit 60, Wäldchen mit 43, Dittmannsdorf mit 129, Sorgau mit 38, Donnerau mit 44, Lomnitz mit 40, Friedersdorf mit 62, Heinrichau mit 72, Michelsdorf mit 61, Langwaltersdorf mit 46 Familien.

Die Einwirkungen der Industrialisierung sind schon spürbar: in Rynau 26, Hausdorf 20, Neugersdorf 16, Neuhendorf 24, Steingrund 25, Charlottenbrunn 21, Sophienau 10, Jedlshöhe 18, Wüstewaltersdorf 40, Görbersdorf 10, Schmidtsdorf 16, Nieder Waltersdorf 20, Dittersbach 7, Neuhain 10, Blumenau 7, Tannhausen 18, Erlenbusch 16, Nieder Salzbrunn 19, Ober Salzbrunn 35, Polsnitz 4 Familien.

Die um die Kohlengruben herumliegenden Orte Weißstein, Nieder Hermsdorf, Neu Salzbrunn, Ober Waldenburg, Altwasser, Waldenburg werden schon nicht mehr in der Weberliste geführt!

²⁾ Acta des Staatsarchivs Rep. 207 Acc. 24/20 Waldenburg Nr. 905.

als Nebenbetrieb betreiben, sodann in die eigentlichen Weber. Die letzteren wohnen meist zur Miete oder haben kleine Häuser ohne Land. Daneben gibt es auch Stellenbesitzer als Berufsweber, bei denen die Familie den Acker bestellt. In der ersten Gruppe befinden sich außerdem Maurer, Zimmerleute und Handlanger, die aber nur Grobweberei betreiben können, weil ihre durch die grobe Arbeit schwer gewordenen Hände für die Feinweberei nicht mehr geschickt genug sind. Ihr Wochenverdienst beläuft sich auf drei Mark! Hauptsächlich leben von diesem Nebenverdienst die Maurer, wenn die Sommerzeit und damit das Bauen beendet ist. Die Berufsweber teilt Websky nach der Art der verfertigten Gewebe ein. Erstens in solche, die grobe Handtücher, baumwollene Gewebe und starfkäbige Gewebe herstellen. Hier verdient die Familie wöchentlich 4 bis 6 Mark, doch muß sie dem von ihr beschäftigten Spuler 2 Mark abgeben, falls nicht Frau und Kinder diese Arbeit verrichten. Zweitens in die Weber buntkantiger oder halbkleiner Taschentücher mit 5 bis 7 Mark Familienwochenverdienst. Drittens in Weber von feinen Inletts, Drell und Cöper mit 7 bis 12 Mark Verdienst abzüglich des Spullohns. Die Spuler nun, die also von einem Wochenverdienst von 2 Mark zu leben haben, sind alte Männer und Frauen, zuweilen auch jüngere, körperlich elende oder verwahrloste Menschen. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 14 Stunden täglich. Auch wird der Sonntag miteinbezogen, um mit der Arbeit fertig zu werden. Die Lebensmittel sind teuer wegen der Knappheit der landwirtschaftlichen Produktion. Die Bevölkerung ernährt sich vorwiegend von Milch und Kartoffeln. Kinder unter 14 Jahren werden in fast allen Weberfamilien zum Spulen herangezogen¹⁾. Ebenso müssen die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, wenn der Vater volle 14 Stunden arbeitet, angestrengt mitarbeiten. Aus diesem Grunde findet eine Abwanderung in großem Umfange zur Fabrik statt.

Die Todesstunde der Handweberei hatte geschlagen. Die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Maschinenwebstühle hatte sich das Feingewebe völlig erobert und ließ für die Handarbeit nur das schlecht bezahlte Grobgewebe übrig. Die Arbeiterpresse, der Militärdienst hatten die

¹⁾ Der Amtsvorsteher von Wüstewaltersdorf berichtet 1882 hierzu: „Allerdings müssen die Kinder der Weber außer ihrer Schulzeit spulen. Im allgemeinen ist es gut, daß die Kinder in ihrer freien Zeit noch eine Nebenbeschäftigung haben. Man findet allgemein, daß die Kinder in den Weberdörfern weniger Unfug ausüben, als die Kinder in den Fabrik- und Bergwerkdörfern, wo die Eltern absolut keine Beschäftigung für ihre Kinder haben.“ Diese absonderliche Bemerkung nur zur Illustration dessen, wie die damaligen Ansichten über die Wege zur Volkskraft und Gesundheit von unseren heutigen abweichen!

jüngere Generation gelehrt, daß es lohnendere Beschäftigung gab. Sie zog die weniger mühselige und besser bezahlte Fabrikarbeit vor. Das Weben wurde Sache der alten Männer und Frauen, bis in der Neuzeit mit ganz geringen Ausnahmen das Geflapper des Webstuhles für immer verstummte. Allerdings, die Todesqualen waren furchtbar gewesen. Und noch einmal erklang wie in den vierziger Jahren die erregte Stimme der Öffentlichkeit: „Liegt auch keine rechtliche Verpflichtung für den Staat vor, den Webern zu helfen, so gebietet es doch die nationale Ehre. Existieren doch derartige entsetzliche Zustände kaum in Irland und den entlegensten Distrikten Rußlands. Eine Nation, welche jedes Jahr Millionen für die Bekehrung von Heiden, Erziehung von Chinesenkindern und Unterdrückung des Sklavenhandels übrig hat, muß auch die Mittel besitzen, um solchen Zuständen, wie sie in den schlesischen Weberdörfern eingerissen sind, ein Ende machen zu können. Nichts ist ungerechter als die Art, wie man sie seit langem als eine verdächtige Masse behandelt. In einer Zeit, wo zugunsten der ärmeren Bevölkerung eine großartige soziale Gesetzgebung, die ihresgleichen auf der Welt nicht hat, ins Leben gerufen werden konnte, darf der Überrest einer ruhmreichen Industrie, welche eine Art Vermächtnis des großen Königs bildet, nicht kalttherzig ihrem Unglück preisgegeben werden Diese Zustände sind ein Schandfleck unserer wirtschaftlichen Geschichte“¹⁾.

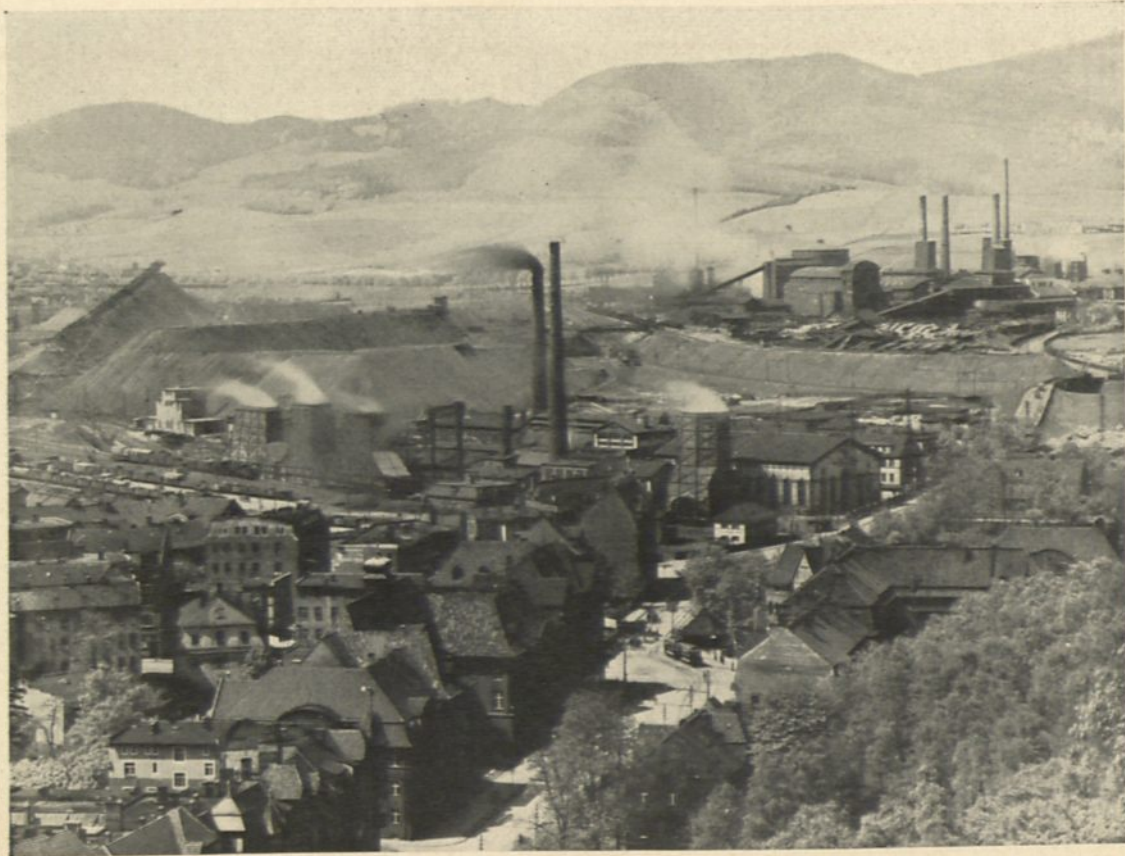
Es wurde aber kein Aufruf zum Handeln, sondern es war der Nachruf für einen Toten. Die Zeit der Weber und Spinner war nach fast 150jähriger Leidensdauer endgültig zu Ende. Doch wie die Taten der Gestorbenen im Lichte noch weiterwirken, so verlosch auch das Leben dieser Dulder nicht gänzlich. Was eine frühere Zeit, die mit der rationellen Erfassung der Oberfläche des Lebens sich begnügte, als Mystik des Blutes belachte, ist heute längst im Lichte ernsthafter Forschung als ein ehernes Gesetz erkannt worden, die Vererbungslehre. Sie löst das Einzel-Ich auf und bewertet den Menschen als Glied einer Kette, von Anfang an mit geistigen und körperlichen Veranlagungen nach der guten und schlechten Seite hin begabt oder verdammt und mit einer ungeheuren Verantwortung bis in unausdenkbare Geschlechterfernen hin belastet. Was der Natur noch nächstehende Generationen dunkel ahnten, als sie den Stammes- und Ahnenkult pfl egten, was später eine unverständlich gewordene Heraldik und ein übertriebener Rassenstolz ins Lächerliche verzerrten, ist heute wissenschaftliches Rüstzeug geworden, mit dem die biologischen Gesetze des Werts und Unwerts einer Bevölkerung erforscht werden können. Aus diesem Grunde war es eine Pflicht, bei einer

1) Preussische Jahrbücher 1891, Seite 173 ff.

Schilderung der sozialen Verhältnisse des Kreises, den Ahnen unserer heutigen Berg- und Industriearbeiter ein Kapitel zu widmen. In ihren Adern fließt Weberblut und bei dem verhältnismäßig geringen Zuzug aus anderen Provinzen leider wenig verdünnt. Es sind die gleichen Namen, die wir in den verstaubten Notstandsakten des Landratsamtes zu lesen bekommen und die wir heute hören. Hier haben wir den Schlüssel zu dem Verständnis des niederschlesischen Industriearbeiters, dem eine geringere Leistungsfähigkeit vorgeworfen wird, der kleiner und schwächer gebaut ist, anfälliger und früher Invalide wird, als der Arbeiter anderer Bezirke. Aber nicht das lebende Geschlecht allein trifft die ererbte Verdammnis. Schlesien marschiert in der Liste der Säuglingssterblichkeit und der Totgeburten an der Spitze in Preußen, und der Kreis Waldenburg steht im ersten Gliede. Als Todesursache bestimmt sehr häufig die Diagnose „angeborene Lebensschwäche.“ Es ist nur zu wahr, die Vererbungslehre hat für uns die furchtbare Bedeutung einer alttestamentlichen Heimsuchung bis in das dritte und vierte Glied.



Waldenburg um 1800



Waldenburg 1927

3. Kapitel.

Die hochkapitalistische Epoche.

§ 1.

Die Industrialisierung.

Unter den Mitteln und Versuchen, die man in den vierziger Jahren anwandte und vorschlug, um die Webernot zu beseitigen, sollte eines von dem größten Erfolge begleitet sein und bis in die Jetztzeit für unser Gebiet von lebenswichtiger Bedeutung werden, nämlich die Industrialisierung. Daß hierin der Ausweg zu suchen war, um der Menge der brotlosen Arbeiter Verdienst und Arbeit zu verschaffen, hatte die Praxis früh erkannt, und so gut und schlecht wie es mit ihren geringen Mitteln ging, hierin vorgearbeitet. Die häufigen Störungen auf dem Auslandsmarkt des Leinenhandels, das allmähliche Versanden des Außenhandels überhaupt hatten ein Überangebot billiger, ja billigster Arbeitskräfte erzeugt, so daß bei manchem Unternehmer der Gedanke aufgekommen war, in diesem Gebiet eine Industrie zu betreiben, deren an sich verkehrsmäßig ungünstige Lage durch die Wohlfeilheit der Arbeitskraft nicht bloß ausgeglichen würde, sondern auch eine anständige Rente abwerfen müßte. Daher zeigen sich schon in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts Ansätze zu jener gegenwärtigen Mannigfaltigkeit der Industrie, wie sie im ersten Kapitel dargestellt wurde. In einer Gewerbenachweisung aus dem Jahre 1823 — der ältesten, die wir besitzen¹⁾ — werden schon neben den Leinengarnspinnereien, Leinen- und Baumwollmanufakturen, eine Papierfabrik in Alt-Friedland (Lehmann), eine Glasfabrik in Weißstein (Silgert) und eine Eisengießerei in Altwasser (Trentler) aufgeführt. Später in den dreißiger Jahren kam in Waldenburg die Kristersehe Porzellan-Manufaktur hinzu, zu der sich 1845 die C. Thielsche Porzellan-Manufaktur in Altwasser gesellte. Es war daher nur das Fortspinnen eines schon geknüpften Gedankenfadens, als die von der Regierung mit der Untersuchung beauftragten Kommissare nicht allein eine intensive Förderung des Leinenhandels durch einen Ausbau des Maschinenwesens vorschlugen, sondern auch darauf drangen, daß eine energische Industrialisierung des Gebietes einzusetzen habe. Es

¹⁾ Akten des Landratsamts „Fabriken und Handel“.

sollten die Arbeiter bei dem unaufhaltsamen Verfall der Textilindustrie in andere Gewerbebezüge übergeführt werden, die man mit Hilfe staatlicher Gelder ins Leben zu rufen gedachte. Die Einführung der Purpurglasfabrikation im schlesischen Gebirge und die Gründung der Spiegelhütten ist auf jene Pläne zurückzuführen. Minutoli, ein Mann mit außerordentlicher Begabung für die Lösung praktischer Fragen, schlug die Schaffung einer Eisen- und Steinindustrie vor, ebenso die Errichtung von Töpfereien und Uhrenfabriken. Diese Vorschläge, die nunmehr endlich damit anfangen, den Notstand der Sphäre des unfruchtbaren Mitleids zu entreißen und die kühle Sachlichkeit voranstellten, fanden den Beifall der Staatsregierung. Mit Hilfe von billigen Darlehen wurde den Unternehmern das fehlende Betriebskapital vorgeschossen und die Industrialisierung mit Echnelligkeit betrieben. Der Erfolg zeigte, daß man auf dem richtigen Wege war. Gab es 1830 in ganz Schlesien nur 4000 mechanische Feinspindeln, die ein einziger Unternehmer, nämlich Alberti in Waldenburg, besaß, so konnte man 1849 dank der Aufwendungen der Seehandlung schon 44000 Spindeln zählen. Im Jahre 1854 wurde sodann die erste mechanische Baumwollweberei in Tannhausen von Rauffmann erbaut. Zu der gleichen Zeit errichtete Becker mit Hilfe des Staatskredits die Freiburger Uhrenfabrik, in die die Polznitzer Weberbevölkerung abströmte, wie sie auch heute noch zum überwiegenden Teile dort in Arbeit steht.

Erstaunt wird mancher fragen, warum an dieser Stelle nicht der Bergbau erwähnt wird. Es ist eine im Revier sehr häufig vorgetragene und geglaubte Behauptung, daß die Industrie der Kohle nachgezogen sei, um diesen unentbehrlichen Betriebsstoff in nächster Nähe zu haben. Das hat aber noch niemals zu der Gegenfrage geführt, warum nicht auch in Oberschlesien und dem Ruhrgebiet ein so bunter Kranz von Textilfabriken, Porzellan-Manufakturen und Glashütten sich dort um die weit ergiebigeren Gruben legte, wie in dem niederschlesischen Industrie-revier. Gerade, daß dieser Vorgang nur hier zu beobachten ist, erklärt eben die Tatsache einer besonderen und einzig dastehenden Entwicklung. Als nämlich in den vierziger Jahren die staatlich subventionierte Industrialisierung einsetzte, hatte der Bergbau eine äußerst langsam fortschreitende Entwicklung hinter sich, die seit 1818 bis zum Ende der vierziger Jahre geradezu in einen Stillstand geraten war¹⁾. Es wurden damals nicht mehr als 1500 Bergleute beschäftigt, die eine Jahresproduktion von etwa 250000 Tonnen förderten. Das sprunghafte Vorwärtstürmen des Bergbaues sollte erst mit dem Weiterbau der Freiburg-

¹⁾ Festenberg-Pactisch.

Breslauer Bahn beginnen, die 1854 bis nach Waldenburg geführt wurde, wie überhaupt später Eisenbahn und Kohle untrennbare Begriffe wurden. Es ist daher verständlich, daß in allen amtlichen Notstandsmaßnahmen der Bergbau mit keinem Wort erwähnt wurde, um so weniger als die von ihm beschäftigten Arbeiter in rechtlicher wie wirtschaftlicher Hinsicht eine äußerst günstige Stellung einnahmen. Die Möglichkeit der Anlage größerer Massen Arbeitsloser im Bergbau war damals für jeden Einsichtigen eine völlig indiskutable Angelegenheit. Auch kam hinzu, daß die Kohle für die neuen Gewerbezweige anfangs als Betriebsstoff gar nicht gebraucht wurde. Ein Beweis dafür ist, daß die Benutzung der Steinkohle zur Feuerung, als sie im Jahre 1840 von der Krüsterschen Porzellan-Manufaktur verwandt wurde, als ein umstürzendes Ereignis in der sonst nur Holzkohle verwendenden Porzellanindustrie gefeiert wurde. Ebenso stand die Eisengießerei damals zum Bergbau in keinerlei Beziehungen. Ihre Erzeugnisse waren nach der erwähnten Gewerbetabelle „allerhand Geschirre und Gerätschaften“. Von Maschinenherstellung und sonstigem Bergwerksbedarf war keine Rede, schon weil die Technik des Bergbaues selbst auf noch recht primitiver Stufe stand. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die Kohle allgemein als Betriebsstoff noch nicht die Vorrangstellung sich erobert hatte, die sie in späterer Zeit erreichte, z. B. wurden noch bis zum Jahre 1863 die Lokomotiven mit Holzkohle gefeuert. Als Ergebnis der Untersuchung muß festgestellt werden, daß die Mannigfaltigkeit der Industrie unseres Reviers in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Zerfall der Leinenhausindustrie steht, und daß ihre teils natürlich gewachsene, teils künstlich geförderte Entwicklung aus der Verwendung, bzw. Hilfe für die Masse der brotlosen Weber und Spinner zu erklären ist. Die Auffassung also, daß unsere Industrie der Kohle nachgezogen sei, sollte damit endgültig in das Reich der Fabel verwiesen werden. Selbstverständlich wird damit der Zusammenhang der späteren Entwicklung der Industrie mit dem Bergbau nicht geleugnet.

§ 2.

Die Entwicklung des Bergbaus.

Die vorherrschende Stellung des Bergbaus, der heute als Erbe der Textilindustrie dem niederschlesischen Revier das Gepräge gibt, läßt es notwendig erscheinen, seine Entwicklung in groben Zügen aufzuzeichnen. Allerdings wird darauf verzichtet, die Geister der Volkonenherzöge zu beschwören, obschon zu deren Zeit der Bergbau eines der wichtigsten landesherrlichen Regale war. Die wirtschaftliche Wertlosigkeit jener Schatzgräberei läßt derartige Untersuchungen nur für Alttertumsforscher

Geschmack abgewinnen. Der Grundstein für den heutigen Bergbau legte Friedrich der Große, dessen wirtschaftlicher Weitblick die Gefährdung der Holzvorräte Schlesiens durch den im dauernden Steigen begriffenen Bedarf der Textilindustrie sehr früh erkannte. In einer Holz-, Forst- und Jagdordnung für Schlesien vom 19. April 1756 befahl er, daß ein jeder sich bemühen solle, „zu allerlei benötigten Feuerungen Steinkohle und Torf aufzusuchen und zu gebrauchen, besonders aber zum Kalk- und Ziegelbrennen, ebenso als Betriebsstoff für die Bleichen“¹⁾. Doch gerade von den Bleichern wurde energischer Widerstand geleistet, da sie von der Rußentwicklung eine Schädigung des Leinens befürchteten. Ebenso merkwürdig mutet es uns heute an, daß Ärzte vor dem Gebrauch der Kohle als Heizungsmitel warnten und „Steinkohlenfieber“ und andere gräßliche Dinge mehr als unausbleibliche Folge prophezeiten²⁾. Immerhin mögen tatsächlich die auf Holz eingerichteten Öfen und die Unkenntnis der Feuerungstechnik zu Unglücksfällen geführt haben. Jahrzehntlang mußten der König und die Regierung gegen die Vorurteile des Gewerbestandes und des großen Publikums ankämpfen, ehe der Gebrauch der Steinkohle in langsamster Entwicklung verbreiteter wurde. Doch unbeirrt ging der König, wie so oft, gegen seine Zeit und die öffentliche Meinung vor. In der „Revidierten Bergordnung vor das souveraine Herzogtum Schlesien und vor die Grafschaft Glas“ vom 5. Juni 1769 wurde das Nutzungsrecht und die Rechtsstellung der Bergleute geregelt. In dem gleichen Jahre wurde das Oberbergamt in Reichenbach gegründet, das zehn Jahre später nach Breslau verlegt wurde. In Maltzsch errichtete man auf Staatskosten einen Expeditionsplatz. 1772 erging ein Einfuhrverbot für englische und schottische Kohle. Als dann im Jahre 1780 Graf Reden die Oberleitung übernahm, bestanden in Niederschlesien 26 Gruben mit einer Jahresförderung von 25 300 Tonnen (die Tonne zu 4 Zentnern gerechnet). Die besten Gruben waren damals schon Segen-Gottes mit einer Förderung von 4397, die Fuchsgrube mit 2241 und die Glückhilfsgrube mit 1950 Tonnen. 1791 förderte man bereits auf 30 Gruben 83 540 Tonnen, die Belegschaft zählte 530 Arbeiter. Zur gleichen Zeit begann in Oberschlesien der Bergbau. Der Höhepunkt der Entwicklung, den die damalige Technik vorschrieb, war im Jahre 1818 erreicht, als auf 32 Werken 240 000 Tonnen mit 1500 Arbeitern gefördert wurden. So sollte es, wie schon erwähnt, bis in die vierziger Jahre unverändert bleiben. Diese Jugendzeit des niederschlesischen Bergbaues trägt die für unser Gebiet so seltenen Züge des Glücks. Von staatlicher

¹⁾ Jacobi, Seite 78.

²⁾ Gottwald, Seite 71.

Seite gefördert, der außer dem Hafenplatz Maltzsch 1790 noch die Straße von Waldenburg nach Landeshut und von Freiburg nach Maltzsch ausbaute, war ein stetiger Absatz gegeben, der keine Konkurrenz zu fürchten brauchte¹⁾. Auch der Arbeiter hatte gute Tage. Ihm kam zustatten, daß seit uralten Zeiten die Bergknappen sich wichtiger Rechtsprivilegien erfreuten, die sie weit aus dem übrigen Volke hervorhoben. Es war ein Stück germanischen Rechts, das keine Sklaverei kannte, ja fast ein Überbleibsel des Feudalismus, das sich hier wie eine Insel aus der Sturmflut der römischen Rezeption gerettet hatte. So genossen sie denn auch in der friderizianischen Zeit die am 30. Dezember 1769 festgesetzten Privilegien: Niederlassungsfreiheit, Werbungsfreiheit für sich und ihre Söhne, Freiheit von der Erbuntertänigkeit, Freiheit von Kommunallasten und Einquartierung, Freiheit von der grundherrlichen Gerichtsbarkeit, freien Abzug, Krankenlohn auf acht Wochen bei Ausbeutezechen, auf vier Wochen bei Zubußzechen²⁾. Überblickt man diesen Katalog von Rechten, so kann man die damalige Bergarbeiterschaft überhaupt nicht in einem Atemzug mit den Webern und Spinnern nennen. Es waren nicht Arbeiter, es waren, wie der Name „Knappe“ schon besagte, Angehörige eines feudalen Zunftwesens, die sich sozial und rechtlich weit über den Arbeiterstand erhoben.

Hierin sollte erst ein völliger Umschwung eintreten, als mit dem Anschluß an das Eisenbahnetz der Bergbau aus seiner behäbigen Ruhe aufgerüttelt wurde und nunmehr in ständig wachsender Entwicklung der hochkapitalistischen Wirtschaftsweise sich anpassen mußte. Zu der Freiburg-Waldenburger Bahn war 1866/67 die schlesische Gebirgsbahn von Görlitz über Lauban, Hirschberg nach Dittersbach hinzugekommen, die später in den siebziger Jahren als Notstandsaktion für die Arbeiterschaft nach Glas ausgebaut wurde. Im Prager Friedensvertrag, bzw. § 17 des Handels- und Zollvertrages mit Osterreich vom 9. März 1868 hatte die österreichische Regierung ihre Zustimmung zu den Anschlüssen an das böhmisch-mährische Eisenbahnetz geben müssen³⁾. Das weite Absatzgebiet des industriereichen Böhmen bahnte den Weg zu einer glücklichen Zukunft und erschloß ungeahnte Möglichkeiten. Doch schon nahte das Verhängnis. Mit dem Bau der Eisenbahnlinie Breslau—Mittelwalde—Landesgrenze und Rosel—Neisse—Frankenstein verlegte Ober-

¹⁾ 1791 schlug der Oberbergamtsdirektor Graf Reden die Anlage eines Kanals von Freiburg nach Maltzsch vor mit Benutzung des Striegauer Wassers und des Laisebaches. Der ausgearbeitete Plan liegt im Berliner Staatsarchiv. Fechner, Seite 53.

²⁾ Fechner, Seite 430 ff.

³⁾ Feistenberg-Packisch, Seite 5.

schlesien seinen Absatzmarkt bis in das Waldburger Gebiet. 1874 traf sodann der erste furchtbare Hieb der westfälischen Konkurrenz in den bisher ungestört gebliebenen Absatzgebieten von Magdeburg, Hannover und Stettin. Von nun ab ging ein zähes Ringen um Ausnahmetarife der staatlichen Eisenbahnen ununterbrochen bis zur Pforte des Krieges, um sich sodann mit erneuter Heftigkeit heute zu wiederholen. Aber das, was Festenberg über das erste Krisenjahr 1875 schrieb, sollte sich fortan wie ein roter Faden durch die Geschichte des Bergbaues ziehen. „Um die Selbstkosten dem Preisstande entsprechend zu ermäßigen, waren die Grubenverwaltungen genötigt, auf höhere Leistungen der Arbeiter bei verringertem Lohnsatz, sowie auf möglichste Verminderung der Arbeiterzahl hinzuwirken“¹⁾. Diesen Satz mit einzelnen Variationen kann man als das Leitmotiv des Reviers ansprechen, das bis in die Jetztzeit hineinklingt.

Vergegenwärtigen wir uns an Zahlen die Entwicklung des Bergbaus.

Im Jahre	wurden gefördert Tonnen	mit einer Belegschaft von Arbeitern
1852	455 000	3 200
1855	575 000	4 089
1860	780 000	4 465
1865	1 200 000	6 300
1870	1 570 000	8 800
1873	2 290 000	12 200
1880	2 640 000	11 350
1885	2 940 000	13 900
1890	3 200 000	15 800
1895	3 877 000	17 800
1900	4 760 000	22 100
1905	5 300 000	25 500
1910	5 530 000	27 900

Innerhalb von 60 Jahren hatten sich Produktion und Belegschaft verzehnfacht, bzw. verneunfacht.

§ 3.

Bevölkerungsverhältnisse.

Fortschreitend mit der Entwicklung des Bergbaues und der übrigen Industrie war die Bevölkerung schnell gewachsen. Im Jahre 1846 zählte der Kreis 56242 Personen. (1837 waren es rund 50000 gewesen, Kr.-Bl. 1838, S. 1). Die in der Anmerkung wiedergegebenen Zahlen lassen noch sehr gut die Bevölkerungsdichte der Weberdörfer und ihre

¹⁾ Festenberg-Pactisch, Seite 7.

überragende Stellung gegenüber den Bergbaugemeinden deutlich erkennen¹⁾. Heute herrscht genau das umgekehrte Verhältnis.

Mit der Bahneröffnung begann auch der Bevölkerungszuwachs in ein schnelleres Tempo überzugehen. Abgesehen von der nicht unbeträchtlichen Geburtenvermehrung, waren es hauptsächlich fremde Arbeiterfamilien, die schon vor dem industriellen Aufschwung der siebziger Jahre in den Kreis hineinströmten. Der ständig wachsende Arbeiterbedarf des Bergbaues und auch der übrigen industriellen Anlagen übte eine große Anziehungskraft auf die angrenzenden Bezirke und Böhmen aus. 1859 zählte der Kreis schon 69600 Seelen, die sich bis 1861 auf 73816, also in ganz kurzer Zeit um 6 Prozent vermehrten. Allerdings fand ein Andrang der ländlichen Bevölkerung nach den Städten im allgemeinen nicht statt. Einmal verbot dies die Dezentralisation der Industrie, und ferner erhoben die Städte Einzugselder, die nicht unbeträchtlich waren. Waldenburg verlangte sechs Taler, die Stadt Gottesberg vier Taler²⁾. Schon damals setzte eine Entwicklung ein, die noch heute dem Waldenburger Gebiet seine besondere Note gibt. Um einen verhältnismäßig eng gezogenen Stadtring gruppieren sich große aneinanderhängende Industriegemeinden mit städtischer Bebauungsweise, die schon in dem Verwaltungsbericht von 1861 als „fortlaufende Wohnkomplexe“ angesprochen werden, „die dem Anschein nach eine einzige Gemeinschaft bilden, in Wirklichkeit aber aus verschiedenen Gemeinden bestehen und nur im Gemenge liegen“.

Als dann die letzten Beschränkungen der Freizügigkeit gefallen waren, flutete die anwachsende und von auswärts zuströmende Menge

¹⁾ Städte u. Flecken:

Waldenburg	3340
Gottesberg	2617
Friedland	1321
Altwasser	2397
Charlottenbrunn	1012

Die Weberdörfer:

Dittmannsdorf	1883
Ober Wüflegiersdorf	1277
Wüflegiersdorf	1382
Polśnitř	1435
Neußendorf	2033
Rudolfswaldau	1220
Ober Salzbrunn	1825
Seitendorf	1369
Wüfswaltersdorf	1597

Die heutigen Bergbaugemeinden:

Weißstein	1541
Dittersbach	1328
Fellhammer	520
Ober Hermsdorf	164
Nieder Hermsdorf	992
Alt Lässig	573
Neu Lässig	114
Lehmwasser	650
Neuhain	244
Ober Waldenburg	944

²⁾ Statistik u. Verwaltung des Kreises Waldenburg von 1859—1861.

in die Städte und die Bergarbeitergemeinden. Die Weberdörfer erlitten einen bedeutenden Rückgang. 1867 war die Kreisbevölkerung auf 89538 Menschen angewachsen. Die weiter sich günstig gestaltende Lage der Industrie ließ am 1. Dezember 1871 99455 Menschen zählen. (Waldenburg 10313, Gottesberg 4865, die Bergbaugemeinden Dittersbach 4706, Nieder Hermsdorf 5000, Weißstein 4828). Die Gründerzeit brachte innerhalb von vier Jahren den gewaltigen Bevölkerungszuwachs von 20 Prozent! 1875 zählte der Kreis 118375 Einwohner. Die darauf einsetzende Krisenzeit des Bergbaus, der mit Oberschlesien und Westfalen einen verzweifelten Konkurrenzkampf führte, ließ das Weiterwachsen nicht bloß zum Stillstand gelangen, sondern bewirkte auch eine bedeutende Abwanderung. Die Bevölkerungszählung im Jahre 1885 mit einem Ergebnis von 117600 Einwohnern läßt dies deutlich genug erkennen. Doch schon 1890 war dieser Rückschlag überwunden. Der Kreis zählte 121700 Einwohner und war damit zum volkreichsten Landkreis des Regierungsbezirks angewachsen. In Schlesien stand er an zweiter Stelle, nämlich hinter dem Kreise Ratibor. In Preußen waren nur noch größer Niederbarnim, Teltow, Gelsenkirchen, Essen, Solingen und Saarbrücken. Doch unaufhaltsam, in fast amerikanischer Weise sollte das Wachstum fortdauern, trotzdem der Raum längst zu eng geworden war. Nach der Volkszählung von 1900 betrug die Einwohnerzahl 143361 Seelen, 1905 161603 und 1910 168717. Noch immer hatte der Zuwachs angehalten, obschon die Kurve des Geburtenüberschusses seit 1907 sich langsam aber stetig senkte. Der Zuzug aus dem verlorenen Ostgebiete des Reichs und das Anschwellen der Arbeiterbevölkerung während der Inflationszeit erklären dann die heutige Ziffer von rund 180000 Menschen.¹⁾

§ 4.

Arbeiterlohnverhältnisse.

Es ist eine Eigentümlichkeit des niederschlesischen Industriegebiets, daß der Durchschnittssatz der hier gezahlten Arbeitslöhne nur in wenigen Fällen und Zeitabschnitten mehr betragen hat, als zum Notbedarf des Lebens gerade ausgereicht hätte. Es ist natürlich richtig, daß der Begriff des „Existenzminimums“ sehr variabel ist und örtlich und zeitlich verschieden bewertet werden muß. Sicher ist aber, daß er als Gradmesser des Kultur- und Zivilisationsstandes der Arbeiterbevölkerung zu gelten hat. Wer höhere Ansprüche an das Leben stellt und dazu sich berechtigt glaubt, wird nach ihrer Erfüllung streben und, wenn es ihm hier unmöglich gemacht wird, schließlich sich sogar von der Heimat trennen. So ist es

¹⁾ Volkszählungsergebnis 1925 im Anhang, Seite 111—115.



Gesteinsarbeit

eine alte und für uns recht traurige Erfahrung, daß gerade unter den Auswanderern ein sehr strebsamer und zukunftsfroher Teil der Arbeiterschaft von dannen zieht und der deutschen Wirtschaft für immer verlorengeht. Dagegen ist ein Erdulden drückend empfundener Zustände oft ein Zeichen von Gebrochenheit und ein Einschränken im Notwendigsten des Lebens gleichzeitig auch ein Verzicht auf Kultur. Allerdings lassen sich alle diese Dinge kaum auf einen Nenner bringen und werden wohl nur an groben Vergleichen erkennbar, z. B. wenn man den Zuschnitt eines englischen Arbeiters aus guten Bezirken dem eines Italieners gegenüberstellt. Wenn der erstere bei dem Fehlen seines Beefsteaks von Hungersnot spricht, glaubt der zweite sich reich, wenn er zu seinem auf dem Felde gesammelten Salat als Mittagsmahl noch eine Flasche Öl besitzt. Kurzum, vergleicht man den niederschlesischen Arbeiter mit seinen Kollegen aus dem Rheinlande und Westfalen, so ist die Genügsamkeit des Schlesiens der ihn am meisten hervorhebende Charakterzug. Diese Genügsamkeit bei angestrengtestem Fleiß und großer Sauberkeit hat ja auch bekanntlich das niederschlesische Dienstmädchen weit über den engeren Bezirk hinaus begehrt gemacht. Diese Eigenschaft, die ihre guten und schlechten Seiten hat, ist offensichtlich ein Erbe der Weberzeit. Eine Bevölkerung, die länger als ein Jahrhundert mit Hungerlöhnen zufrieden war, ist von vornherein auf einen tiefer liegenden Lebenszuschnitt eingestellt als die Bewohner anderer Bezirke. Zustände, die auf eine solche Dauer zurückblicken können, verlieren durch die Gewohnheit an Schärfe und werden nicht selten kaum noch drückend empfunden. Dies mag die Erklärung dafür sein, warum seit altersher die hiesigen Lohnverhältnisse von denen anderer Bezirke des Reiches abweichen konnten.

Aus der Frühzeit des Fabrikwesens besitzen wir eine Lohntabelle, in dem Verwaltungsbericht des Kreises, die Jahre 1859—1861 umfassend.

„Eine Arbeiterfamilie dürfte jährlich nötig haben

	in Waldenburg, Altwasser und äbnl. Fabrikorten Taler	in den Landgemeinden Taler
1. auf Wohnungsmietzins	14— 20	10 —14
2. „ Nahrungsmittel	80—110	52 —80
3. „ Brennmaterialien	6— 9	4 — 8
4. „ Wäsche, Kleid., Schuhwerk	20— 40	10 —25
5. „ Hausrat und Werkzeug	3— 20	2 — 8
6. „ Abgaben	2— 4	1½— 2
	125—203 T.	79½—137 T.

Der Arbeiter verdient in den Fabriken und Hütten wöchentlich 2 bis 3 Taler Arbeitslohn; in den Gruben täglich 15 Sgr. und mehr. Der Tagelohn in der Landwirtschaft geht bis zu 10 Sgr. Die Lage der arbeitenden Klassen während der Jahre 1859 bis 1861 hat sich entschieden verbessert, da die verhältnismäßig guten Arbeitslöhne und der entsprechende Verdienst hinreichende Subsistenzmittel bieten.“ In dieser „verbesserten Lage“ der Arbeiterschaft, die, wie wohl anzunehmen ist, hier für den günstigsten Fall gezeichnet ist, fällt zunächst auf, daß etwa 60—70 % des Lohnes ausschließlich auf Nahrungsmittel gerechnet sind. Dieser ungewöhnlich hohe Prozentsatz des Lohnes, der ausschließlich für die Leibesnotdurft verzehrt wurde, mußte naturgemäß erheblich auf die übrigen Ansprüche drücken, insbesondere auf den Wohnungsaufwand. Rechnet man in diese Tabelle noch einen Kostenabzug für unvorhergesehene Fälle, insbesondere Krankheit hinzu, (Fehlen einer Sozialversicherung!) so zeigt schon dieses erste Bild den niederschlesischen Arbeiter hart an dem Abgrund des wirtschaftlichen Ruins, in den ihn jeder Tag hinabstürzen konnte.

Über die wirtschaftliche Stellung der Bergarbeiterschaft unterrichtet uns eine Haushaltsberechnung, die Festenberg-Pactisch für die Jahre 1875 und 1885 für eine Bergmannsfamilie zu sechs Köpfen (Mann, Frau und vier Kinder) errechnet hat¹⁾. Sie wird von ihm selbst gegenüber der gedrückten Lage, in der sich seit Jahren ein erheblicher Teil der Werke befand, mit der Note „befriedigend“ versehen. Sie läßt erkennen, daß das Sinken der Lebenshaltungskosten durch eine Senkung des Schichtlohnes nicht bloß aufgewogen wurde, sondern die Lebenshaltung selbst sich sogar noch verschlechtert hatte. Daß in dieser Zusammenstellung Ausgaben für kulturelle Zwecke nicht enthalten sind, bestätigt das oben Gesagte.

Pro Woche: 1875:		1885:	
6 Brote à 54 Pf.	3 Mk. 24 Pf.	6 Brote à 46 Pf.	2 Mk. 76 Pf.
6 Pfd. Mehl à 18 Pf.	1 „ 08 „	6 Pfd. Mehl à 14 Pf.	84 „
2 Pfd. Butter		2 Pfd. Butter	
à 1 Mk. 20 Pf.	2 „ 40 „	à 1 Mk. 10 Pf.	2 „ 20 „
3 Pfd. Fleisch à 50 Pf.	1 „ 50 „	3 Pfd. Fleisch à 50 Pf.	1 „ 50 „
3 Ltr. Milch à 14 Pf.	42 „	3 Ltr. Milch à 15 Pf.	45 „
½ Pfd. Kaffee u. Ci-		½ Pfd. Kaffee u. Ci-	
chorie à 70 Pf.	70 „	chorie à 60 Pf.	60 „
1 Ltr. Petroleum		1 Ltr. Petroleum	
à 28 Pf.	28 „	à 24 Pf.	24 „
5 Ltr. Kartoffeln		5 Ltr. Kartoffeln	
35 Pf.	35 „	35 Pf.	35 „
Seife, Salz u. Soda	50 „	Seife, Salz u. Soda	50 „
	<hr/>		<hr/>
	10 Mk. 47 Pf.		9 Mk. 44 Pf.

¹⁾ Festenberg-Pactisch, Seite 45.

Pro Jahr: 1875:	
Miete	84 Mt. — Pf.
Steuern	6 " — "
Haushalt	572 " — "
2 Paar Grubenhosen	4 " — "
1 Grubenjacke . . .	5 " — "
1 Paar Grubentiefel	14 " — "
1 Paar Sonntags- stiefel.	12 " — "
Für Frau u. Kinder Schuhe	20 " — "
(Kleidung muß sich die Frau selbst verdienen)	
	<hr/> 717 Mt. — Pf.

Dagegen Einnahmen: 1875:	
300 Schichten à 2 Mt. 50 Pf.	750 Mt. — Pf.
Ausgabe.	717 " — "
bleibt	33 Mt. — Pf.

1885:	
Miete	84 Mt. — Pf.
Steuern	7 " 20 "
Haushalt	520 " — "
2 Paar Grubenhosen	3 " 60 "
1 Grubenjacke . . .	4 " 50 "
1 Paar Gruben- stiefel.	14 " — "
1 Paar Sonntags- stiefel.	12 " — "
Für Frau u. Kinder Schuhe	18 " — "
	<hr/> 663 Mt. 30 Pf.

1885:	
300 Schichten à 2 Mt. 30 Pf.	690 Mt. — Pf.
Ausgabe	663 " 30 "
bleibt	26 Mt. 70 Pf.

Auch in den übrigen Gewerbebezweigen herrschte der gleiche dürftige Zuschnitt, wie uns eine Lohnstatistik des Kreises aus dem Jahre 1883 lehrt. (Rep. 207 Acc. 240/20 Waldenburg Nr. 1753).

Danach zahlte die Textilindustrie an Wochenlöhnen

für männliche Textilarbeiter	12—13 Mark
" weibliche	4—8 "
" Spuler	6 "
" Weber	8 "
" Färber	10 "
" Appreteure	12 "
" sonstige weibliche Arbeiter	4,80—5,40 Mark,

die Maschinenfabrikation

für Former, Schlosser, Dreher	25 Mark
" Schmiede und Tischler .	14—19 "
" Tagearbeiter	10,50 "

die Porzellanindustrie

für Porzellanmaler und Dreher	10—25 Mark
" Rapseldreher	10—15 "
" männliche Tagearbeiter .	10—12 "
" weibliche Arbeiter	5,50 "

die Spiegelglasindustrie

durchschnittlich	10—12 Mark.
----------------------------	-------------

Alle diese Zahlen sind hier nicht aus statistischer Liebhaberei wiedergegeben, sondern sollen den Beweis dafür erbringen, daß im niederschlesischen Industrieviertel von Anfang an die Lohnsumme niemals das Existenzminimum bedeutend überschritten hat. Jede ungünstige Wirtschaftslage machte den entlassenen Arbeiter zum vagabundierenden Bettler. Kennzeichnend dafür ist ein Erlaß des Landrats Bitter vom 9. Februar 1878 an die Amtsvorsteher, in der der Satz sich findet: „Scharweise ziehen arbeitslose und arbeitscheue Menschen aus den Nachbarkreisen und aus Böhmen durch den Kreis, um sich durch Einsammeln von Gaben von Haus zu Haus einen bequemen Unterhalt zu verschaffen. Diesem Unwesen muß mit aller Entschiedenheit gesteuert werden.“ Infolgedessen wurde zur Bildung einer Art Ortswehr für jede Gemeinde aufgerufen, die die Aufgabe der Säuberung der Ortschaften von dem „herumstreifenden Gesindel“ hatte. Es war dies scheinbar eine äußerst bequeme und billige Lösung des Erwerbslosenproblems. Nur fragt es sich, ob nicht zuletzt doch der Volkswirtschaft die Rechnungen über die Vergeudung der Volkskraft und Gesundheit präsentiert werden mußten.

Für die Zeitspanne von 1888 beginnend bis zum letzten Friedensjahr besitzen wir eine ausgezeichnete Untersuchung über die Lebenshaltung der Bergarbeiterbevölkerung, die um so einwandfreier ist, als sie von einem Unternehmer und Bergwerksbesitzer selbst geschrieben worden ist.¹⁾ Gaertner stellt zunächst fest, daß der Lohn des niederschlesischen Bergarbeiters gegen den Oberschlesiens und Westfalens durchschnittlich um 51 Pfennig, bzw. um 1,33 Mark je Schicht zurückgeblieben sei. Dabei seien die Lebenshaltungskosten durchschnittlich teurer als in den genannten Bezirken. Diese Tatsache läßt sich noch heute erfahrungsgemäß täglich feststellen. Die unglaublich schlechten Bahnquerverbindungen, die aus der sackartigen Grenzgestaltung Schlesiens herrühren, schaffen den sinnlosen Zustand, daß das niederschlesische Industriegebiet mit seinem agrarischen Hinterlande nicht verbunden ist. Nach Schweidnitz und Bolkenhain sind die denkbar ungünstigsten Bahnverbindungen, obwohl z. B. Schweidnitz von Waldenburg nur 20 km Chausseeweg entfernt liegt. Eine Belieferung mit Gemüse durch die großen Güter ist nur dann möglich, wenn diese Lastautos besitzen. Der Meistbedarf muß daher aus dem weit entfernt liegenden Liegnitz gedeckt werden und verteuert sich bedeutend durch den Aufschlag der Transportkosten.

In dem Prüfungsergebnis Dr. Gaertners interessiert hauptsächlich die Feststellung in der Berechnung der Haushaltsausgaben, daß, wie wir

¹⁾ Die Notlage des niederschlesischen Bergbaues von Dr. Gaertner.

schon aus den früheren Lohntabellen ersehen konnten, fast 74 Prozent des Lohnes allein für Nahrungs- und Genusmittel ausgegeben werden. Auf die Wohnung entfallen nur 6,8 Prozent. Im allgemeinen gelten 60 Prozent für Haushaltungskosten für den deutschen Arbeiter schon als ungewöhnlich hoch. In den 15 Prozent der Ausgaben, die unter „Sonstiges“ geführt sind, liegen die Aufwendungen für Haushaltungsgegenstände, Bekleidung, Steuer, geistige Bedürfnisse, Ersparnisse usw. Aber selbst dies wenige Geld wurde, wie schon an dieser Stelle gesagt werden muß, im Waldenburger Kreise in den seltensten Fällen für geistige und kulturelle Bedürfnisse ausgegeben, sondern meist auf die hohe Kante gelegt. Die Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung, die sich das Nötigste vom Munde absparte, ähnelte in gewisser Hinsicht der Genügsamkeit des italienischen Arbeiters und des chinesischen Kulis. Dieser Vergleich ist keine Übertreibung, sondern wird durch die Haushaltungs-enquete Gaertners beweiskräftig erhärtet. Nach Wärmeeinheiten berechnet betrug der Anteil der wichtigsten Lebensmittelgruppen an der Deckung des Energiebedarfs des eigentlichen niederschlesischen Bergarbeiters in den Jahren

	1891	1912
Brot, Semmel, Mehl	59,6%	42,0%
Kartoffeln, Kraut, Gemüse, Kompott	10,4%	19,4%
Zucker	2,9%	6,4%
Butter, Margarine, Fett	12,5%	19,5%
Milch, Eier, Käse	8,8%	6,9%
Fleisch, Wurst, Speck	5,7%	4,9%
Seringe	0,1%	0,9%

Diese Ernährung wird von Gaertner als ausreichend bewertet. Doch hält sie sich auch nach seiner Meinung hart an der Grenze des Minimums. Die Wahrscheinlichkeit einer gefährlichen Überschreitung sei auch nicht abzuleugnen, da jede Verteuerung der Lebensmittel, Einnahmeausfälle durch Krankheiten und Feierschichten oder ähnliches eine Notlage hervorrufen könne. Das Überwiegen der Kartoffel und Broternahrung sei auf das Bestreben zurückzuführen, die Nahrung voluminöser zu machen, um ein Sättigungsgefühl hervorzurufen. Hierher gehören auch die beliebten und schwer verdaulichen schlesischen Klöße. Heute wird man diesen Bergmannspeisezetteln, der noch in der Gegenwart seine volle Gültigkeit hat, mit anderen Augen lesen müssen. Nach der Quantität gemessen mag der Hunger gestillt worden sein. Nach der Qualität muß die Ernährung als durchaus minderwertig angesprochen werden. Die Lehre der Vitamine hat uns darüber die Augen geöffnet, daß eine noch so reichlich erschei-

nende Kost für die Menschen wertlos, ja krankheitserregend sein kann, wenn die Vitamine, die eigentlichen Lebenskraftherhalter, in ihr fehlen. Vitaminreich wird man aber weder die Brotkost, die Kartoffel, noch das als Gemüse sehr beliebte Sauerkraut bezeichnen können. Es fehlen also in der Ernährung die frischen Gemüse, das Obst und die Milch in nennenswertem Umfange. Es ist daher nicht auffallend, wenn die ärztlichen Untersuchungen in der Regel ein anormales Mindergewicht der Bergarbeiter ergeben. Das schlechte Aussehen, die auffallende Kleinheit, die schlechten Zähne der Bevölkerung, die Verbreitung der Rachitis, Tuberkulose usw. haben neben anderem auch ihren Grund in einer vitaminarmen und unzulänglichen Ernährung. Hinzu kommt auch, daß die Bergarbeiterfrau, die schon als junges Mädchen gezwungen ist, in die Fabrik zu gehen, niemals gelernt hat, gut zu kochen. Infolgedessen wird auch das Wenige noch geschmacklos und unrationell zubereitet, so daß der Kaffee, das Butterbrot und die Wurst die Glanzpunkte in dem Küchenzettel bilden müssen.

Über die heutigen Lohnverhältnisse ein Urteil zu fällen, ist außerordentlich schwierig. Man begibt sich gewissermaßen ohne Deckung in die Zone des Niemandlandes, die zwischen zwei feindlichen Schützengräben liegt. Ich habe daher die Zahlen, soweit ich sie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden erhalten konnte, gebracht, um jedem unbefangenen Leser zu ermöglichen, das Urteil sich selbst zu bilden. Es wird auch jeder Haushaltsvorstand selbst ermessen können, wie weit z. B. die etwa 56%ige Herauffesung des Friedenslohnes im Bergbau die gesteigerten Lebenshaltungskosten aufwiegt und die Lage des Bergmannes günstiger gestaltet. Maßgebend erscheint mir jedoch die Äußerung eines Vertreters des Oberbergamtes, daß eine gute und zureichende Ernährung des Bergarbeiters nicht immer gesichert sei. Man wird kaum fehlgehen, wenn man für alle Gewerbezeige, mit Ausnahme der Bauindustrie und des Facharbeiters, annimmt, daß die Lebenshaltungskurve über den unzulänglichen Friedensstand sich kaum erhebt, ja teilweise sogar durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten noch unter ihn gedrückt ist¹⁾. Allerdings wird man heute den Geldlohn des Arbeiters nicht mehr als sein ausschließliches Einkommen betrachten dürfen. Die sozialen Unterstützungen, die von ihm mit dem Unternehmerstande zusammen gebracht werden, geben ihm für die Fälle der Krankheit und des wirtschaftlichen Notstandes einen Rückhalt, den er früher nicht gehabt hat. Vor allem ist hierbei an die vermehrten Leistungen der Krankenkassen, Knappschafts- und Erwerbslosenunterstützungen zu denken. Auch darf

¹⁾ Tabelle der Lebenshaltungskosten im Anhang Seite 132.

nicht vergessen werden, daß die Gemeinden und der Kreis, abgesehen von den Fürsorgekosten durch die Schaffung guter Turnhallen, Spiel- und Sportplätze, sowie durch den Bau guter Schulen den allgemeinen Stand des Arbeiters zu heben eifrig bemüht sind und durch derartige vorbeugende Maßnahmen für die Erhaltung der Volksgesundheit außerordentliche Aufwendungen machen, die doch in allererster Linie dem Arbeiterstande zugute kommen. Insofern nimmt heute der Arbeiter an den von der Allgemeinheit oft unter schwersten Opfern geschaffenen öffentlichen Einrichtungen und damit an dem Volksvermögen in ganz anderer Weise teil, wie er das früher je hätte tun können.

Bei einem Vergleich der Friedens- und Jetztzeit will es auch scheinen, als ob in der Tat eine wesentliche Besserung des Arbeiters in der Lebenshaltung eingetreten sei. Hierzu verführt vor allem der äußere Anschein des vermehrten Aufwandes für Kleidung, wie überhaupt der gesteigerte Verbrauch für Äußerlichkeiten und Genüsse hauptsächlich bei der jüngeren Generation. Man käme aber zu Trugschlüssen, wollte man ohne weiteres folgern, daß der Arbeiter mehr Geld zu verleben habe als früher und, bzw. oder unwirtschaftlicher geworden sei. In dieser Auffassung könnte möglicherweise auch die oberflächliche Prüfung der Sparer-Berufs-Tabelle bestärken, die nebenstehend gebracht wird. An einer Friedens-Spareinlage der Kreissparkasse im Jahre 1913 von 7650000 Mark war die Arbeiterschaft mit 60% beteiligt. Im Dezember 1926 betrug dieser Anteil nur noch 3,7% und vermindert sich zusehends mit den wachsenden Anteilen aus anderen Kreisen, die monatlich sich um rund 100000 Mark vermehren. (Ende Mai 1927 belief sich die Höhe der Einlagen auf 2300000 Reichsmark.) Siehe Tabelle S. 72.

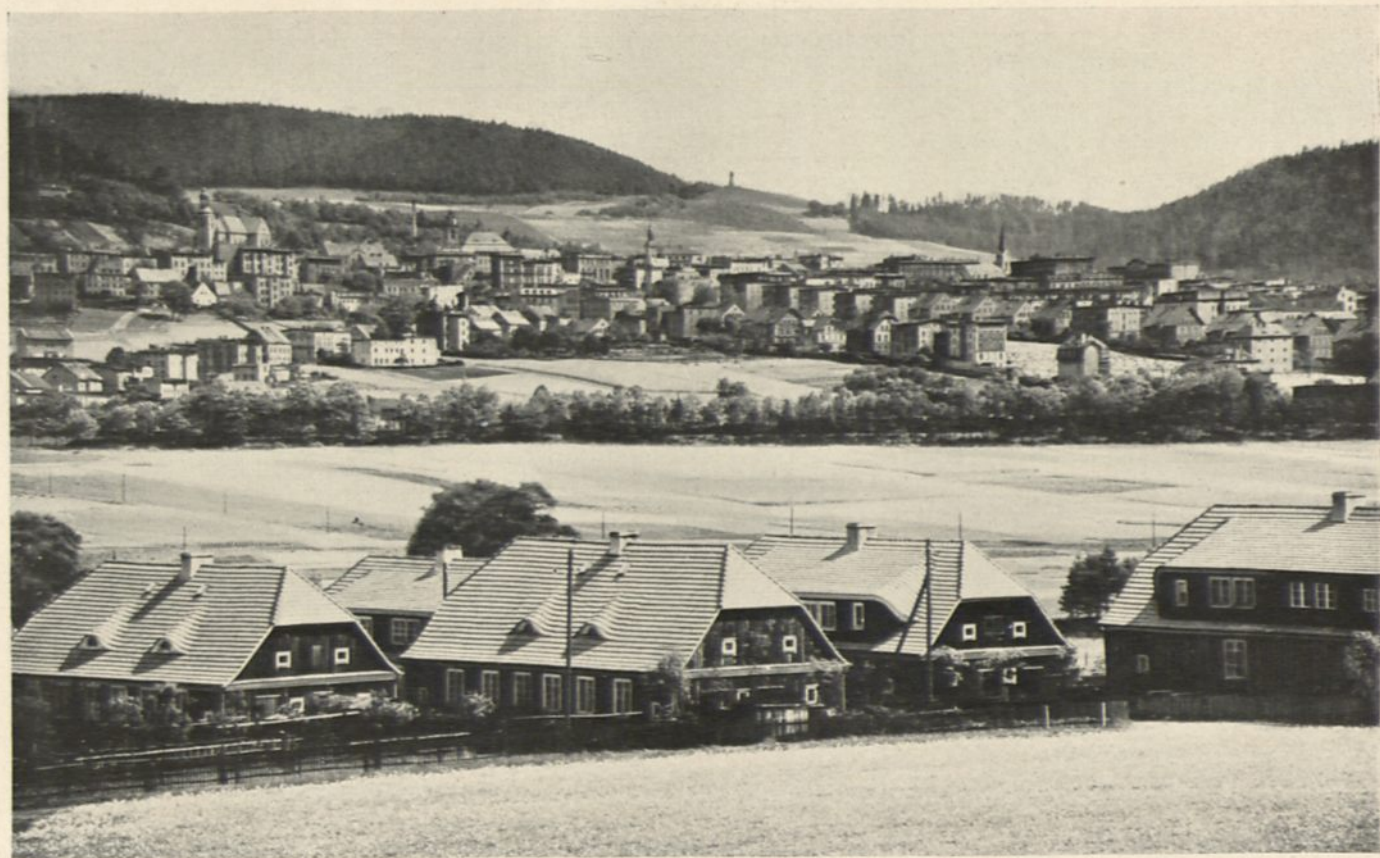
Das Urteil über diese Statistik darf nun weder lauten, der Arbeiter spare nicht, weil er nicht will, noch spare er nicht, weil er nicht mehr kann. Vielmehr wird beides der Fall sein. Das eine aber ist sicher, daß die 15 Prozent für „Sonstiges“, die Gaertner errechnet hatte, mögen sie nun heute mehr oder weniger betragen, nicht mehr wie früher zur Sparkasse gebracht, sondern ausgegeben werden und zwar für gesteigerte Lebensansprüche. Denn man wird feststellen müssen, daß unzweifelhaft in der Nachkriegszeit das Lebenswertgefühl des Arbeiters sich von Grund auf geändert hat. Das Bewußtsein, nicht einzig und allein Objekt einer unverständenen Wirtschaftspolitik, sondern zum Träger eines Gemeinde und Staat beeinflussenden Willens berufen zu sein, mag einen der Hauptgründe abgegeben haben. Aber oft genug wird der Arbeiter von seinen verfassungsmäßigen Rechten tatsächlich sehr wenig gespürt haben. Es sollte erst eine große Lehrmeisterin kommen, die ihn aus seiner knechtischen Anspruchslosigkeit und seinem erzwungenen Kulturverzicht

Sparer-Berufsstatistik

der Kreispar- und Giro-Kasse Waldenburg i. Schlesien
nach dem Stande vom 31. Dezember 1926.

Lfd. Nr.	B e r u f	Zahl der Kon- ten	Prozen- tualer An- teil an der Gesamt- zahl der Konten	Betrag RM.	Prozen- tualer Anteil am Gesamt- betrag
1	Gemeinde und Gemeinde- verbände	33	0,6 %	118 703,98	7,0 %
2	Vereine, Stiftungen und Körperschaften usw. . .	124	2,0 %	113 016,68	7,0 %
3	Arbeiter und sonstige Lohn- empfänger	403	7,4 %	64 959,36	3,7 %
4	Beamte und Behörden- angestellte	243	4,6 %	119 263,86	7,1 %
5	Kaufmännische und gewerb- liche Angestellte	154	3,0 %	49 778,72	2,9 %
6	Hausangestellte	33	0,6 %	12 286,05	0,9 %
7	Landwirte:				
	a) mit einem Besitz unter 500 Morgen	97	1,8 %	53 973,30	3,2 %
	b) mit einem Besitz über 500 Morgen	—	—	—	—
8	Handwerker	169	3,2 %	119 479,81	7,0 %
9	Kaufleute, Händler, Ge- werbetreibende, Industrie	154	3,0 %	142 005,65	8,4 %
10	Freie Berufe	63	1,1 %	43 846,07	2,5 %
11	Rentner und Personen ohne Beruf (Aufwertungs- stock).	3926	72,7 %	849 498,25	50,3 %
	Insgesamt	5399	100 %	1 686 811,73	100 %

emporriss und ihn erzog, das Leben mit anderen Augen anzublicken, die Inflation. Wir erinnern uns ungern jener Zeit, die mit dem materiellen Reichtum zugleich unendlich wertvolle Kulturgüter zerschlug, und doch hat jene Zeit, in der der Arbeiter oft mehr Lohn verdiente, als der Beamte und Akademiker besoldet wurde, weiten Schichten unseres Volkes erst beigebracht, daß es außer Essen und Trinken noch andere und höhere Dinge auf der Welt gibt. Man darf nicht urteilen, daß es eine gereizte Begehrlichkeit war, die sich nun in übersteigerten Ansprüchen überschlug. Das Neue und Ungewohnte mag hier und dort dazu verleitet haben.



Siedlung Alt Lässig und Stadt Gottesberg



Siedlung Konradsthal

Im großen und ganzen war es ein fruchtbares Erkennen, das den Impuls zu einem neuen und besseren Leben gerade für den ärmlichsten Teil der Arbeiterschaft abgab. Konnte man aber nicht innerlich und geistig die neue Welt sich erobern, so wollte man doch auf jeden Fall wenigstens äußerlich gleichgestellt sein. Der deutsche Arbeiter schämte sich seines Arbeitsmittels und seines ärmlichen Aussehens und griff begierig nach dem Schein des Besseren. Über diesen Drang zu spotten ist recht billig, namentlich da es oft der Ealmiglanz einer häßlichen und seichten Großstadt-Zivilisation war, den er für das Wesentliche hielt, weil ihn die erstrebten Schichten trugen. Es liegt an denen, die sich als die geistigen Führer berufen fühlen, das neue Streben des Volkes in die Bahnen der Kultur zu lenken, denn nie wieder wird ein so gesunder und kräftiger Zug nach vorwärts in unserem Volke verspürt werden. Vielleicht kommen wir dann einst sogar dazu, daß der Arbeiter den Staat, von dem ihn bisher eine unüberbrückbare Kluft trennte, lieben lernt, und wir werden endlich eine Nation, was wir bisher nicht waren.

4. Kapitel.

Das Wohnungselend.

§ 1.

Die Wohnungsfrage in der Vorkriegszeit.

Wohnfrage ist Lohnfrage. Das ist der Obersatz, aus dem die Geschichte unseres Wohnungselends zu erklären ist, und in dem zugleich der Hinweis zu seiner Heilung liegt. Solange also die Lohnfrage nicht gelöst sein wird, haben Staat, Kreis und Gemeinden, kurzum die Träger der Wohlfahrtspolitik, mit Hilfe der Wohnungszwangswirtschaft, der Hauszinssteuerhypothek und des Mietszuschusses die Bauwirtschaft in die Hand zu nehmen, bzw. maßgebend zu beeinflussen. Das ist für das niederschlesische Industriegebiet das unumstößliche Gesetz des Lebensdaseins seiner Bevölkerung, an dem keiner rütteln sollte, der ein reines Gewissen behalten will. Den Beweis dafür sollen die nachstehenden Ausführungen erbringen.

Die Geschichte der Wohnungsnot und des Wohnungselends im Kreise Waldenburg ist so alt wie die Geschichte seiner Industrie und die Not seiner Arbeiterschaft. Sie beginnt in der Weberzeit, als nach dem Urteil von Ziekursch¹⁾ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Massen in den Dörfern des schlesischen Gebirges sich drängten, und sie steigert sich fortschreitend mit dem Zerfall des Leinenhandels und der wachsenden Verschlechterung der sozialen Lage der Weber und Spinner. Wir kennen die Feststellungen Schneers und anderer Kommissare, die in den vierziger Jahren unser Gebiet bereift haben und in den baufälligen Hütten der Weberdörfer die dicht gedrängte Schar dieser Unglücklichen in den elendesten Wohnverhältnissen vorfanden. Ich glaube, mir weitere Schilderungen hierüber ersparen zu können, nach dem ich im 2. Kapitel ein Bild jener Zeit zu geben versucht habe. Auch haben wir es garnicht nötig, Akten und alte Chroniken durchzustöbern, um nach Material zu

¹⁾ Ziekursch, Seite 130.

fahnden¹⁾. Jede Wanderung durch die kleineren Ortschaften, insbesondere die Euledörfer unseres Kreises, kann uns täglich eine blutlebendige Vorstellung von der Wohnweise des 18. Jahrhunderts verschaffen. Kleine Fachwerkbauten und Holzhütten begleiten den steil ansteigenden Weg, ohne Bauflucht gegliedert, bald vor- oder zurücktretend schmiegen sie sich ängstlich an die unregelmäßigen Bodenwellen und scheinen mit ihren niedrigen Dächern fast in den Erdboden versinken zu wollen. Denken wir uns in all diese Armut eine doppelte, ja oft drei- oder vierfache Bewohnerschaft hinein, so können wir ein wenig das Elend ermessen, das hier in den vollgestopften Weberdörfern einst geherrscht hatte.

Die neue Zeit des industriellen Aufschwungs sollte keine Besserung dieser Zustände, vielmehr eine Verschärfung bringen. Gewiß, die zu kleinen Fachwerkbuden riß man ab; was aber folgte war die graue und nüchterne Proletariertafel, gewissermaßen ein versachlichtes Wohnelend. Sicherlich hat die Bauwirtschaft der Friedenszeit in allen Großstädten und Industriebezirken überaus traurige Wohnverhältnisse für die arbeitende Bevölkerung geschaffen; doch sollte im Waldenburger Kreise ein Gipfelpunkt erreicht werden, dessen Rekordhöhe einen sehr traurigen Ruhm ergab. Im vorigen Kapitel habe ich auf das überaus schnelle Anwachsen der Bevölkerung schon vor der Gründerzeit hingewiesen. Für diese Tausende von hereinströmenden Arbeitern und den natürlichen Geburtenzuwachs wurde ein genügender Wohnraum nicht geschaffen, so daß sich schon damals Wohnverhältnisse bildeten, die an die heutige Zeit erinnern. Im Verwaltungsbericht des Kreises vom Jahre 1859 besitzen wir eine Schilderung der Wohnungsnot jener Tage, die ein sehr wertvolles Beweismaterial für das behauptete Alter des Wohnungselends ist. „Die Anzahl der Bewohner der einzelnen Wohngebäude anlangend, so kann man in der Stadt Waldenburg auf ein Wohnhaus 30 Personen, in Gottesberg 13 Personen und in Friedland etwa 8 Personen rechnen. In dem Marktflecken Charlottenbrunn kommen auf ein Wohnhaus 11 Personen. Eine ausnahmsweise Stellung behauptet unter den Dorfschaften des Kreises das Bad und Dorf Altwasser, in welchem durchschnittlich auf ein Wohnhaus 24 Personen, wohl auch noch mehr kommen. Ein Wohnhaus mit Zubehör in Altwasser zählt sogar 170 Seelen. Die Ursache dieser großen Bewohnerzahl ist die am südlichen Ende des Dorfes liegende Porzellan-Manufaktur von C. Thielsch

¹⁾ Die erste Notiz bringt Schrodts in seiner Chronik vom Jahre 1837. „Durch, daß sich in Waldenburg so viele Bergleute mit ihren Familien niederließen, wurden die kleineren Wohnungen so besetzt, daß fast gar keine mehr übrig waren, und daß besonders in einigen kleinen Häusern in der Aue 30 bis 40 Menschen gezählt wurden, welche sich in diesen eingemietet hatten.“ Seite 261.

und die Maschinenbauanstalt „Carlschütte“ des Geh. Kommerzienrats Freutler am anderen Ende des Orts mit ihrer Masse von Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie die benachbarten Steinkohlengruben, welche ebenfalls Hunderte von Arbeitern beschäftigen. Im allgemeinen kommen auf dem platten Lande auf ein Wohnhaus 11 Personen.“ Diese Angaben über die Wohnungsdichte müssen wir uns vervollständigen, wenn wir beachten, daß der Typ der vielstöckigen Mietkasernen um das Jahr 1860 herum erst im Entstehen begriffen war und daher nicht allzuhäufig sein konnte. Die Häuser waren damals in überwiegender Zahl verhältnismäßig kleinräumig. Unter der dürren Tatsachensfeststellung des Verwaltungsberichts verbirgt sich deswegen eine geradezu unheilvolle Wohnungsenge, die wir als Wohnungselend bezeichnen müssen. Verbündet mit dieser Not war auch schon damals der Wohnungsmangel, von dem der gleiche Bericht Kunde gibt. „Die Kaufpreise der Grundstücke und die Mietzinspreise der Wohnungen sind besonders in der Kreisstadt und in denjenigen Dorfschaften, wo Fabriken und Grubenbetriebe vorherrschen, fortdauernd im Zunehmen begriffen. Trotzdem herrscht in diesen Dorfschaften ein so bedeutender Wohnungsmangel, daß die Wohnungen eines jeden Neubaus noch vor seiner Vollendung vermietet sind.“ Es kann hier nicht der Raum sein, die spätere Entwicklung im einzelnen darzustellen. Es sollte nur gezeigt werden, wie früh schon Wohnungsnot und Wohnungselend im Kreise Waldenburg ihre Schreckensherrschaft begannen, womit einerseits der heutige Tiefstand des Wohnungswesens erklärlich wird und andererseits die Stumpfsheit und Ergebenheit seiner Bevölkerung ihre Entschuldigung findet.

Wir können heute rückblickend feststellen, daß der Staat des 19. Jahrhunderts einen nur schwer wiedergutzumachenden Fehler beging, als er darauf verzichtete, sich um die Wohnweise der mit der Entwicklung des Hochkapitalismus ungeheuer anschwellenden Industriebevölkerung zu kümmern. Ich möchte dabei ganz unberücksichtigt lassen, wie eng Wohnweise und politische Einstellung verbunden sind, denn es ließen sich genug Tatsachen feststellen, um ihren inneren Zusammenhang zu beweisen. Sicher ist nur, daß mit dieser ablehnenden Stellung ein Raubbau an Volksgesundheit und Volksfittlichkeit getrieben wurde, der so ungeheuer war, daß man heute am Wiederaufbau fast verzagen möchte. Der Staat begnügte sich mit einigen Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, dem Baufluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875 (G. S. S. 561) und den hierzu ergangenen örtlichen Bauordnungen. Es waren rein formale Bestimmungen, in denen das sicherheitspolizeiliche Moment den Ausschlag gab, und von denen schließlich eine mehr oder weniger lässig geübte Dispenserteilung auch auf Wunsch befreien

konnte. Die bauliche Entwicklung unserer Ortschaften zeigte daher unter diesem Leitstern das übliche Bild, wie wir es fast überall im Reiche beobachten können. Der alte organische Siedlungskern sprengte nach allen Seiten auseinander und wuchs sich zu häßlichen Angliederungen aus, gleichwie bei einem Menschen der zu eng gewordene Rock die Glieder nicht mehr zu bedecken vermochte. Bald entstanden Straßen nach dem Lineal gezogen von einer so monotonen Häßlichkeit, daß schon ihr Anblick selbst bei einem Unbeteiligten jede frohere Regung zu zerstören vermag, bald krochen diese Mietskästen die Berghänge hinauf und zerrissen durch ihre unglückliche kubische Figur das Landschaftsbild und schienen durch ihre vereinzelte Lage gleichsam jeden Zusammenhang mit einer menschlichen Siedlung zu leugnen. Aber was sollte wohl einen das Äußere dieser Behausungen kümmern, wenn nur das Innere menschenwürdig war und dem Bewohner genug Luft und Raum zum Leben und zum Schlafen gab. Doch hinter diesen Fassaden, die bald eintönig grau, bald durch aufgeklebte Stilornamente eine verlogene Pracht vorzutäuschen bestrebt waren, herrschte ein Wohnungselend, wie es grauenvoller wohl kaum gedacht werden konnte. In den auf ein Minimum an Raum zugeschnittenen Wohnungen hausten in drangvoller Enge 70 Prozent der Bevölkerung. Über 30 Prozent mußten sich mit einem Zimmer zufrieden geben. In diesem einen Zimmer wurde gekocht und gewirtschaftet. Hier schlief der Mann, der von der Nachtschicht zurückkam, ohne daß auf ihn Rücksicht genommen wurde; in diesem einen Zimmer kam die Frau nieder, ohne daß es möglich war, sie oder die anderen Familienmitglieder anders unterzubringen. Hier mußte der Gesunde mit dem Kranken und dem Sterbenden zusammenwohnen und oft genug mit ihm das Bett teilen.

Man wird fragen, warum so etwas möglich sein konnte. Der Bauplatz lag ausschließlich in der Hand des Privatkapitals. Es liegt mir fern, dem Unternehmerstand, der diese Wohnungen errichtet hatte, die Schuld zu geben. Er hat das getan, was jeder an seiner Stelle zu dieser Zeit im Reich getan hätte. Das Häuserbauen war eben ein Geschäft wie jedes andere mehr, und es wäre wohl recht merkwürdig gewesen, wenn hierbei außer dem Egoismus und dem Geldverdienen noch andere Gesichtspunkte mit berücksichtigt worden wären. Die Begriffe Spekulation und Rente waren richtunggebend für den damaligen Wohnungsbau. Das ließ sich besonders dann scharf erkennen, wenn Zeiten industrieller Hochkonjunktur das Kapital in günstigere Anlagemärkte abwandern ließ. Obwohl in solchen Augenblicken mit dem Anwachsen der Arbeiterschaft eine gesteigerte Nachfrage für Wohnungen entstand, versteifte sich der Hypothekenmarkt und verknappte dadurch bedeutend

die Bautätigkeit. Man hat nun anerkannt, daß das private Bauunternehmertum eine Aufgabe zu lösen versucht hatte, die ihrer Art nach wohl zu den schwierigsten Problemen gehörte, die die kapitalistische Wirtschaft der Welt stellte, nämlich die Unterbringung der Industriebevölkerung in den durch Binnenwanderungen, die an Umfang jede Völkerwanderung in den Schatten stellten, zu riesigen Großstädten, bzw. wie bei uns zu Industriegroßkreisen angeschwollenen Industriezentren. Es muß auch zugegeben werden, daß ihr die Wohnbarmachung quantitativ geglückt ist. Doch sind alle Einsichtigen sich heute darüber einig, daß qualitativ die Wohnfrage nicht gelöst worden war. Mit anderen Worten: untergebracht wurde der Industriearbeiter, jedoch in Räumen, die zum gesunden und sittlichen Leben völlig ungeeignet waren. Diese Feststellung, die selbstverständlich Ausnahmen erleidet, sollte ein gedankliches Gemeingut aller Kreise werden, denn nur die sachliche Anerkennung eines früheren Fehlers kann zu einer Besserung führen und hilft, die neue Wohnungswirtschaft vom unfruchtbaren Parteigezänk zu befreien. Für das niederschlesische Industrieviertel muß allerdings das abschließende Urteil über die vergangene Bauwirtschaft noch anders lauten. Wir können es ohne Klausel unterschreiben, daß qualitativ schlecht gebaut worden ist, d. h. nicht im bautechnischen, sondern im wohnungssozialen Sinne. Ein Gang durch die Straßen Waldenburgs und unsere Industriegemeinden mit ihren vielsenstrigen und lieblos gebauten Mietkasernen und ein Blick in die engen sonnenlosen Wohnungen kann einen noch heute täglich davon überzeugen. Aber auch quantitativ wurde das Wohnungsproblem nicht gelöst. Wenn wir den rechtlichen Unterschied zwischen Wohnung und Obdach beachten, den die Verwaltungssprache kennt — das preußische Oberverwaltungsgericht versteht z. B. unter Obdach auch eine Scheune oder Baracke ohne Kochgelegenheit —, so müssen wir sagen, daß ein großer Teil der Bevölkerung keine Wohnung, sondern nur ein Obdach besaß. Denn wie wollte man derartige Zustände noch unter den Begriff „Wohnen und Wohnung“ pressen, wie sie bei uns als üblich oder wenigstens als nicht ungewöhnlich amtlicherseits eingestanden werden mußten. Dienten doch diese engen Räume nicht nur den Familienmitgliedern, sondern auch den Schlafburschen zur Behausung, und oft genug waren es sogar noch verschiedene Haushaltungen, die sich hier in einem Raum oder einem Zimmer mit Küche zusammendrängten. Es muß daher gesagt werden, daß auch quantitativ die Wohnfrage im Frieden für unser Gebiet ungelöst blieb.

Fragen wir nun nach den Gründen, so bringt uns die Antwort der Eigenart unseres Gebiets wesentlich näher. Das Privatkapital, das

sich im Wohnungsbau investierte, war außerordentlich schwach. Das Fehlen einer stärkeren Schicht eines wohlhabenden Mittelstandes ist noch heute ein charakteristisches Merkmal der sozialen Gliederung unseres Kreises. Infolgedessen waren die Arbeitermietkasernen zum großen Teil in den Händen kleiner Leute, Steiger, Hauer, Gastwirte u. dgl., die auf irgend eine Weise wenige Tausend Mark flüssig gemacht hatten und damit ein Haus kauften, bzw. erbauten. Von diesen Elementen war natürlich ein stärkeres Angebot von Wohnungen nicht zu erwarten; im Gegenteil, es wurde jedem Neubau entgegengewirkt. Auch war die Armut des Hauseigentümers, der wirtschaftlich immer hart am Rande des Abgrunds stand, ein großes Hindernis, um die Instandhaltung des Hauses rechtzeitig und im vollen Umfang vorzunehmen. Der bauliche Zustand vieler derartiger Mietkasernen war daher schon im Frieden außerordentlich beklagenswert und erklärt auch die auffallend hohe Zahl der Verfallshäuser, die heute den Wohnungsmangel noch empfindlich verschärfen.

Das treibende Element auf dem Bauplatz war allein der Bauunternehmer. Aber wie der Regierungsassessor Roth in einem Bericht an den Regierungspräsidenten im Jahre 1912 hervorgehoben hatte¹⁾, belasteten sich diese ungern mit zuviel Arbeiterwohnhäusern. Einmal war die Verwaltung mit erheblichen Umständen verknüpft und ferner der durchschlagendste Grund, die Rentabilitätsgrenze, war immer sehr bald erreicht. Es hat sich hier im Kreise für den Unternehmer selten gelohnt, Arbeiterhäuser zu bauen, weil die Mietaufwendungen des Arbeiters auf einem in keinem Industriegebiete Preußens erreichten Tiefstand sich befanden. Dr. Gaertner hat errechnet, daß die Ausgaben für Mieten in den Jahren 1890 und 1912 5,2 bzw. 6,8 % des Lohnes des Bergarbeiters betragen! Nicht viel anders dürften die Zahlen für die Arbeiter der übrigen Gewerbebezüge gewesen sein. Auch konnte man die Beobachtung machen, daß selbst bei günstigen Lohnverhältnissen der Wohnungsanteil an den Lebenshaltungskosten sich nicht erhöhte, weil in dem Arbeiter das Bedürfnis nach größerem Wohnraum durch die Gewohnheit längst ertötet worden war. Infolgedessen war es ein ungeschriebenes, aber streng befolgtes Wirtschaftsgesetz, daß eine Arbeiterfamilie im Jahre nicht mehr als 100 bis 150 Mk. Miete für ihre Wohnung ausgab. Dieser Verzicht auf Kultur, der mir doch in den meisten Fällen erzwungen erscheint, ging sogar bedauerlicherweise soweit, daß das junge Ehepaar sich besserer Wohnverhältnisse erfreute als kinderreiche Familien. Mit dem Familienzuwachs und den damit

¹⁾ L. II. 16592.

verbundenen steigenden Haushaltsausgaben verringerte sich der Wohnanspruch des Arbeiters. Nicht nur, daß er die gleiche, der vermehrten Kopfzahl nicht mehr entsprechende Wohnung behielt, in den meisten Fällen verschlechterte er sich sogar absolut, indem die Familie in eine noch kleinere und billigere Wohnung umzog. Tat man dies aber nicht, so griff man zu einem noch viel schlimmeren Mittel; man versuchte, durch die Aufnahme von Untermietern, d. h. Schlafburschen, den Mietzins weniger drückend zu gestalten. Man kann sich denken, daß bei einem derartigen Tiefstand des Wohnungsanspruchs in der Arbeiterbevölkerung der Wohnungsmarkt, der von dem Gesetz der Rentabilität beherrscht war, zu einer ungewöhnlichen Kleinheit zusammenschrumpfte. Die enge Verbindung zwischen Wohn- und Lohnfrage sollte sich verhängnisvoll auswirken.

Kann man es also verstehen, daß Privatkapital und Bauunternehmertum schuldblos außerstande waren, die Wohnungsfrage zu lösen, so wendet sich der Blick zu den Werksverwaltungen, die doch in allererster Linie für die Schaffung einer großen Zahl guter Wohnungen zu billigen Preisen berufen waren. Leider hatten diese aber, wie landrätlicherseits 1912 berichtet werden mußte, dieses Gebiet recht vernachlässigt. Es waren zwar Arbeiterwohnungen geschaffen worden, in erster Linie bei der Plessischen Verwaltung, aber der Zahl nach bedeuteten sie nur einen Tropfen auf einen heißen Stein, zudem sie meist für Steiger oder gehobene Arbeiter bestimmt waren. Auch kann man die Mehrzahl der von der Industrie errichteten, bzw. gekauften Wohnungen kaum als vollwertig ansprechen. Es waren die gleichen „Löcher“ wie anderswo, die sich weder außen, noch innen von den Spekulationsbauten privater Hand unterscheiden ließen. Den Ruhm, die ersten anständigen Arbeiterhäuser errichtet zu haben, darf die Spiegelhütte für sich in Anspruch nehmen, deren Leiter, selbst aus dem Westen stammend, 1904 mit ihrem Bau das Beispiel einer hier nicht landesüblichen Arbeiterwohnkultur gab. An dieser schweren Schuld der Industrie, die sich heute bitter rächt, kann keiner vorbeigehen, der eine Schilderung des Werdens der Gegenwartsverhältnisse geben will. Heute ist es zu spät, um das Geschehene wiedergutzumachen, und die Inflationszeit war zu kurz, um trotz großer Anstrengungen, insbesondere von der Plessischen Verwaltung, eine jahrzehntelange Vernachlässigung auszugleichen. Damals hätte sich mit den Erträgen der Werke diese kostspielige, aber volkswirtschaftlich produktive Pflichtaufgabe erfüllen lassen. Heute vermeint die Industrie unter den sozialen Lasten fast zusammenbrechen zu müssen, die nichts anders sind, als die Nachforderung einer ungeheuer aufgelaufenen Schuld mit Zins und Zinseszins für die



Typische Arbeiterwohnstraße (als Abschluß eine Abraumhalde)

Vergeudung des Kapitals der Menschenkraft, das man für unaus-schöpfbar gehalten hatte¹⁾).

Als letzter Grund, der häufig als Hinderungsfaktor für eine ge-steigerte Bauwirtschaft angeführt wird, ist die erhebliche Verteuerung des Bauens selbst zu nennen. Guter Baugrund war und ist noch heute verhältnismäßig selten, weil der Gebirgscharakter des Gebiets nur selten ebene und gutgelegene Bauplätze aufweist und sonst in den meisten Fällen kostspielige Ausschachtungsarbeiten des felsigen Bodens nötig sind. Ebenso wird das Wenige an Baulandvorrat durch die Grubenunsicherheit weiter Strecken verkleinert, bzw. das Bauen verteuert, weil eine besondere Verankerung aller Gebäudeteile vorgenommen werden muß, und ge-wöhnlich das ganze Gebäude auf einer Betonplatte als Untergrund zu stehen kommt. In der gleichen Richtung wirken sich die ungünstigen klimatischen Verhältnisse aus, die die Bauperiode wegen des frühen Einsetzens und späten Aufhörens der Nachtfröste zusammendrängen und wegen der Rauheit der Luft ein bedeutend stärkeres Außen- und Innenmauerwerk beanspruchen, als es bei Wohnbauten der Ebene nötig ist.

¹⁾ Im Eigentum des Bergbaus stehen nach einer im Juni 1927 durch die Gemeindevorstände ausgefüllten Tabelle insgesamt 409 Häuser mit 2983 Woh-nungen. Von diesen sind durch Angestellte bewohnt 417 Wohnungen, von Ar-beitern 1897 Wohnungen, von Wertfremden 668 Wohnungen.

Die Verteilung im einzelnen:

Gemeinde	Anzahl der Häuser	Anzahl der Woh-nungen	Anzahl der Arbeiter	Anzahl der An-gestellten	Anzahl der Wert-fremden
Dittersbach	75	614	380	97	137
Ober Waldenburg	29	318	295	23	—
Nieder Hermsdorf	102	827	429	81	317
Fellhammer	14	112	109	3	—
Ober Hermsdorf	2	31	31	—	—
Gottesberg	38	241	192	46	3
Alt Lässig	8	49	47	2	—
Neu Lässig	13	71	71	—	—
Weißstein	79	534	221	112	201
Ronradsthal	3	11	1	10	—
Ober Salzbrunn	6	10	3	5	2
Neußendorf	17	75	61	14	—
Lehmwasser	19	78	54	16	8
Sophienau	2	4	2	2	—
Steingrund	2	7	1	6	—

§ 2.

Die Not der Gegenwart.

Aus dem Vorangegangenen haben wir das düstere Bild der Wohnweise der Bevölkerung im Frieden kennen gelernt. Der Waldenburger Kreis mit seiner Kreisstadt eingeschlossen übertraf an Elend in so gehäufte Form alle Wohnelendsgebiete Preußens. Und doch sollte es noch eine Steigerung geben, die das bisher Gewesene in den Schatten stellte. Es ist bekannt, wie alle Städte und insbesondere die Großstädte unter der während des Krieges eingetretenen Verödung des Bauemarktes zu leiden hatten, und wie alle die beklagten Mißstände der Gegenwart ihre Wurzel in diesem Zustand finden. Übertragen wir diese Verhältnisse, die den Kreis Waldenburg ebenso hart trafen, so erhalten wir, Friedenselend zur Kriegsnot hinzugezählt, eine geradezu Entsetzen erregende Schlußsumme. Aber damit sollte dieses Unglücksland noch nicht hart genug geschlagen sein. Noch einmal sollte ein künstlicher Zustrom einsetzen, der dieses Elendsgefäß vollends zum Überlaufen brachte. Gewiß, die Einwanderung von Ostflüchtlingen, namentlich aus Oberschlesien, war für die Wohnungsämter ein schwer zu lösendes Problem, doch hätte man, an Schwierigkeiten gewöhnt, es schließlich bewältigen können. Weit schlimmer jedoch war das Anwachsen der Arbeiterbevölkerung, die durch die relativ guten Löhne während der Inflationszeit und der Hochkonjunktur des Bergbaues während des Ruhreinbruchs zu Tausenden und aber Tausenden in das Revier hereingelockt wurde. Damals mußten aus den benachbarten Kreisen Arbeitersonderzüge nach dem Revier geleitet werden, um diesen Massenandrang bewältigen zu können. Die Friedensziffer der Belegschaftsstärke des Bergbaues schwoll von 27 500 Arbeitern bis zum Januar 1924 auf 42 600 angelegte Arbeiter an, um von da ab in jäher Kurve auf den alten Stand zurückzusinken. Es war ein Unglück, daß viele jener Zuwandernden auch nach dem Abflauen der guten Konjunktur sich hier ansässig machten und den zu engen Wohnraum der Bevölkerung in fast grotesker Weise noch mehr zusammenschrumpfen ließen. An Zuwachs erlitten — so muß man wohl sagen — nach der Volkszählung von 1925 gemessen mit der letzten Friedenszählung von 1910, die Standesamtsbezirke Charlottenbrunn 10,5 %, Dittersbach 6 %, Nieder Hermsdorf 3 %, Ober Salzbrunn 19,7 %, Nieder Salzbrunn 5 %, Neuhain und Langwaltersdorf 3 %, Waldenburg und Altwasser 20 %. Daß diese Vermehrung nicht mit einem Anwachsen der Geburtenzahl zusammenhängt, wird später dargelegt werden.

Um nun in dürren Zahlen das Wohnungselend des Kreises beweisen zu können, habe ich zu diesem Zweck im November vorigen Jahres eine

Wohnungsuntersuchung in allen Gemeinden und Städten des Kreises vornehmen lassen, die nach vier Monaten abgeschlossen wurde. Ihr Ergebnis ist graphisch auf der Wohnungstabelle dargestellt (Anhang Seite 141). Die Schlusssumme lautet, daß ausschließlich der Stadt Waldenburg, von der die gleichen Zahlen nicht zu erhalten waren, im Kreise Waldenburg 43658 Menschen, das sind 32,78% der Gesamtbevölkerung, nur in einem Raume haufen und 50610 Menschen, das sind 38%, in einem Zimmer mit Küche leben, und 26597 Menschen, also rund 20%, in zwei Zimmern und Küche wohnen. Größere Wohnungen besitzt nur der geringe Bruchteil von 9,25% der Bevölkerung. 70% der Bevölkerung leben also in zu kleinen Wohnungen! Im einzelnen lassen sich die überfüllten Industriegemeinden unschwer herauslesen.

Die Bergbaugemeinden:

Dittersbach	34%	} der Bevölk. in einem Raum	} der Bevölk. in Zimmer und Küche
Fellhammer	50%		
Gottesberg	36%		
Konradsthal	58%		
Neuhain	35%		
Neu Lässig	58%		
Nieder Hermsdorf	34%		
Ober Hermsdorf	58%		
Ober Waldenburg	42%		
Weißstein	40%		

Die Fertilgemeinden:

Blumenau	40%	} der Bevölk. in einem Raum	} der Bevölk. in Zimmer und Küche
Friedland	23%		
Neugericht	53%		
Neu Wüstegiersdorf . . .	39%		
Ober "	25%		
Polznitz	32%		
Tannhausen	20%		
Wüstegiersdorf	26%		
Wüstewaltersdorf	22%		
Zedlitzheide	78%		

Die Höchstzahlen erreichen außer Fellhammer, Konradsthal, Neugericht, Neu Lässig die früheren Weberdörfer Dörnau mit 51% : 36%, Freuden- burg mit 57% : 27%, Reimsbach mit 51% : 22%, Raspenau mit 56% : 41% und Zedlitzheide als Gipfelpunkt mit 78% : 15%. Auf ein Wohnhaus kommen im Durchschnitt in Ober Hermsdorf 35, in

Ober Waldenburg 34,17, in Fellhammer 29,95, in Dittersbach 29,61, in Neu Salzbrunn 28, in Weißstein 27,37, in Gottesberg 24,1, in Neuhain 23,1, in Neu Lässig 22,32, in Nieder Hermsdorf 22,16, in Polsnitz 17,23 und in Nieder Salzbrunn 17 Personen.

Bei einem Vergleich mit anderen Gebieten können wir feststellen, daß relativ der Waldenburger Industriebezirk mit seinem Wohnelend den schlechten Wohnverhältnissen der Großstadt nicht nur gleichkommt, sondern sie leider weithin übertrifft. Nach einer Übersicht in der Denkschrift des Magistrats Breslau vom Jahre 1927 „Die Wohnungswirtschaft der Stadt Breslau“ sind von 100 bewohnten Wohnungen Wohnungen mit 1 bzw. 2 Wohnräumen vorhanden

in	1 Wohnraum	2 Wohnräume
Riel	0,6	4,2
Hannover	1,0	3,0
Chemnitz	2,4	27,2
Königsberg	2,7	18,5
Stettin	3,0	9,9
Berlin	8,5	23,8
Breslau	17,0	34,4

Im Kreise Waldenburg sind durchschnittlich 41 % aller bewohnten Räume Einraumwohnungen, 36% Zweiraumwohnungen, 13% Dreiraumwohnungen und nur 10% Mehrraumwohnungen. Die im Anhang Seite 142 wiedergegebene Wohnungstabelle zeigt mit völliger Eindeutigkeit die Elendskurve der Einraumwohnung auf einer in fast allen Gemeinden sich gleichbleibenden Höhe. Über den Kreisdurchschnitt gehen hinaus: Alt Lässig, Dittersbach, Polsnitz und Reimsbach mit 42%; Gottesberg, Rudolfswaldau und Tschendorf mit 43%; Weißstein, Rosenau und Wüstegiersdorf mit 44%; Reufendorf mit 45%; Schmidtsdorf mit 46%; Nieder Hermsdorf mit 47%; Ober Waldenburg, Freudenburg und Schenkendorf mit 48%; Lomnitz mit 49%; Blumenau und Seitendorf mit 50%; Donnerau mit 51%; Dörnhau mit 53%; Zedlitzheide mit 54%; Fellhammer mit 56%; Dorfbach mit 58%; Ober Hermsdorf mit 66%; Neu Lässig mit 71%. In der Stadt Waldenburg sind die gleichen Zahlen: 27%, 38%, 16% und 13%.

Bei der Darstellung des Wohnungselends beschränke ich mich ausdrücklich auf die Wiedergabe der Zahlen. Irgendwelche schauerhaften Einzelheiten zu bringen, verzichte ich, obwohl ein riesengroßer Stoff vorhanden ist, und jeder nur einigermaßen mit Phantasie begabte Mensch sich denken kann, welsch grauenvolle Zustände sich in diesen Wohnkasernen,

besonders wenn nicht bloß eine, sondern mehrere Familien in einem Raume haufen, ergeben müssen. Das Bett des Kranken öffentlich auf den Markt zur Schau zu stellen, verbietet der Anstand. Ebenso sind auch keine Bilder und Innenaufnahmen gebracht, da sie, ganz abgesehen von ihrem immer gezwungenen Charakter, mir unwürdig und für die Betreffenden erniedrigend erscheinen.

Die Untersuchung hat sich auch nicht darauf erstreckt, wie viele Betten oder besser wie wenig Betten in diesen Wohnungen vorhanden sind, und wie ihre Zahl sich zu der Kopfzahl der Wohnungsinhaber verhält. Erwähnt sei nur, daß in Nieder Hermsdorf von 1400 Schulkindern 580 das Bett mit anderen Personen teilen, darunter 264 mit Erwachsenen, 50 aber überhaupt kein Bett haben, sondern auf Sofa, Strohsack oder Stühlen schlafen müssen. Unzweifelhaft würde sich bei einer Nachforschung das gleiche Bild auch in den übrigen Gemeinden ergeben, die, wie hier bewiesen wurde, alle unter dem Fluch des Wohnungselends zu leiden haben, ob sie nun Industriegemeinden mit Tausenden von Einwohnern sind oder elende Webernecker, deren Holzhütten an einsamen Berghängen kleben oder versteckt in den Waldtälern liegen.

5258 in den Wohnungslisten der Gemeinden eingetragene Wohnungsfuchende, davon 1820 dringliche Wohnungsfuchende und 1834 unzureichende, ungesunde und feuchte Wohnungen, setzen den Schlußstrich unter das Ergebnis der Untersuchung¹⁾.

§ 3.

Wohnkrankheiten und Wohnverbrechen.

Pestalozzi nannte die Wohnstube des Menschen die Grundlage der Volkskultur. „Nimm dem Vogel sein Nest, verdirb ihm sein Nest, so hast du ihm sein Leben verdorben. Laß dem Volke seine Wohnstuben im Verderben, so lässest du ihm sein Leben im Verderben. Ist seine Wohnstube im Verderben, so ist es nicht mehr Volk, es ist Gesindel und zwar, menschlicher Weise davon zu reden, unheilbares, unrettbares Gesindel.“ Doch noch weiter soll sich die verderbliche Wirkung erstrecken. Wenn die Familie — die Arzelle des Staates — gar keine oder eine

¹⁾ Vgl. Tabelle Seite 134 Anhang.

Wenn in dieser Tabelle bei verschiedenen Gemeinden Wohnungsfuchende nicht aufgeführt sind, so ist dies nur aus der Resignation der Einwohner zu erklären und nicht etwa aus guten Wohnverhältnissen. Der Gemeindevorsteher von Dörnau z. B. konnte berichten, daß die Leute sich nicht mehr in die Wohnungsliste eintragen ließen, weil sie von der Zwecklosigkeit dieses Unternehmens überzeugt seien!

schlechte Wohnung besitzt, wie sollte es dann für das Ganze ohne Wirkung bleiben, wenn die Teile gefährdet sind, verfault und angefressen zu werden? Jenes Wort eines Deutschen „Ich kenne kein Vaterland“ ist als letzte Schlussfolgerung nur zu wahr, weil es das ausspricht, was die Tausende der Entwurzelten und Heimatlosen täglich denken und fühlen müssen. Am Ende einer ungelösten Wohnungsfrage steht die Anarchie.

Jeder Mensch braucht Raum, Luft und Sonne zu seinem Wachsen und Gedeihen. Eine gute Wohnung ist in allererster Linie eine gesunde Wohnung, und eine schlechte wird stets auch Krankheiten hervorrufen, zum mindesten die Dispositionsfähigkeit hierzu verstärken, wie es der Mediziner nennt. Schlechte Wohnungen gleichen der Quelle eines nie versiegenden Infektionsstromes, der die leibliche und seelische Gesundheit des Volkes unterhöhlt und schließlich vernichtet. Es gibt Wohnkrankheiten und Wohnverbrechen, Begriffe, die allerdings weder die Medizin, noch die Rechtswissenschaft in ihrem Wörterbuch führen.

Zu den Wohnkrankheiten gehört die Säuglingssterblichkeit, deren erschreckend hoher Prozentsatz im Waldenburger Industriegebiet in allererster Linie auf die Wohnungsverhältnisse zurückzuführen ist. Natürlich sind auch andere Dinge mitschuldig. Der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundene Mangelhaftigkeit der Ernährung von Mutter und Kind, die grobe Unwissenheit und Fahrlässigkeit der Mütter in der Pflege, das Verweigern der Mutterbrust haben dazu beigetragen, um im Frieden die Ziffer der Säuglingssterblichkeit zu einer unheimlichen Höhe anschwellen zu lassen. Auch pflegte der Arbeiter im Frieden gerade für Kinder sehr selten und oft zu spät einen Arzt zur Beratung heranzuziehen, weil einmal nur wenige Betriebskrankenkassen Angehörigenunterstützung gewährten und ferner „der Tod kleiner Kinder doch sehr häufig nur als Befreiung von einer Last empfunden wurde, der man nicht noch entgegenwirken wollte“. (Bericht des Landrats vom Jahre 1912.) Doch hiervon abgesehen haben die engen, mit Menschen überfüllten und im Sommer oft überheißen Wohnungen todbringend auf die schwachen Körper der Säuglinge gewirkt, die oft, von unterernährten Eltern erzeugt, von Anfang an nicht übermäßig viel Lebenskraft mitbrachten. So ist es zu erklären, daß die Sterblichkeitsziffer weit über das durchschnittliche Maß von Provinz und Staat hinausgehen konnte. Im Jahre 1907 betrug die Sterblichkeitszahl der Kinder unter einem Jahr 2344, das sind 33,9% der Lebendgeborenen! Sehen wir von den außergewöhnlichen Zuständen der Kriegszeit ab, so ist die Höhe der Säuglingssterblichkeitsziffer noch heute schlimm genug. Sie betrug

	im Landkreise Waldenburg	in Preußen	in der Provinz
1922	22,7	12,91	14,89
1923	21,2	13,18	14,55
1924	16,9	10,60	13,28
1925	14,2	10,1	12,8
1926	12,9	—	—

Diese Statistik darf aber nur mit einem Kommentar gelesen werden, der in die Freude, die man anfangs über diese offensichtliche Besserung empfindet, reichlich Vermut gießt. Durch den Vergleich mit der Geburtenziffer ist nämlich die Sterblichkeitszahl in eine enge Verbindung mit dieser gebracht. Daher würde eine absolute Verbesserung nur dann zu errechnen sein, wenn bei sinkendem Sterblichkeitsprozentsatz die Geburtenziffer auf gleicher Höhe geblieben wäre. Dies ist nun aber nicht der Fall. Die Geburtenzahl ist allein während dieser fünf Jahre um 30% gesunken!¹⁾ Trotzdem also die gewollte Kindereinschränkung das Neugeborene für die Familie gewissermaßen zu einem Wertobjekt macht, dem eine sorgfältigere Pflege und bessere Ernährung zuteil wird, kann es sehr häufig dem Tode nicht entrisen werden. Sicherlich verdanken wir es der rührigen Tätigkeit des Kreisarztes, der Mütterberatungsstellen der Gemeinden und den Säuglingschwestern und Fürsorgerinnen, daß heute die Aufklärung über die Pflege und Wartung des Kindes langsam Allgemeinwissen zu werden beginnt. Hierauf ist auch die geringe relative Besserung gegenüber den Vorkriegsverhältnissen zurückzuführen. Wenn aber trotz alledem der Prozentsatz der Sterblichkeit 1925 immer noch um ein Drittel größer war als in Preußen, wobei wir nicht einmal wissen, ob unter dieser Zahl ein gleicher Geburtenrückgang wie bei uns verborgen liegt, so kennzeichnet dies die ganze Machtlosigkeit des Arztes und seiner Helfer, die mit ihrer Tätigkeit nur Schäden oberflächlich zu heilen vermögen, ohne die Wurzel des Übels herausreißen zu können. Was nützt denn schließlich auch alle Aufklärung über Selbsternährung, wenn allzuoft die Arbeiterfrau ihrem Kinde die Brust nicht zu reichen vermag, weil nach übereinstimmendem Urteil der hiesigen Ärzte die Ergiebigkeit ihrer Brust eine äußerst mangelhafte ist! Und was vermag die Liebe der Eltern und die Kunst des Arztes, wenn das Neugeborene

1) Von 3402 Geborenen starben 1922 im ersten Lebensjahre 698,
 " 3063 " " 1923 " " " 656,
 " 2826 " " 1924 " " " 494,
 " 2692 " " 1925 " " " 392,
 " 2377 " " 1926 " " " 307.

in engen und ungesunden Wohnungen seine ersten Atemzüge tun muß, deren Luft- und Sonnenlosigkeit es wie ein überschattetes Pflänzlein früh verwelken lassen. Das Wohnungselend ist die Wurzel der Säuglingssterblichkeit und der Arzt, der hier zu helfen vermag, die öffentliche Bauwirtschaft.

Eine ausgesprochene Wohnkrankheit ist die Tuberkulose, deren Sterblichkeitsziffer in unserem Gebiet zwar bekannt ist (1922 waren es 15,6 auf 10000 Einwohner, 1926 10,3%), deren weite Krankheitsverbreitung sich jedoch in Zahlen nicht wiedergeben läßt. Aus der Sterbeziffer allein können wir wenig entnehmen, da sie nicht außergewöhnlich hoch ist. (Im Deutschen Reich betrug sie im Jahre 1925 10,7%.) Auch muß bedacht werden, daß die Tuberkulose eine den Menschen von Kindheit an begleitende Krankheit ist, deren letztes Stadium in das späte Alter fällt. Da ihre Heilung mit sehr guter Ernährung eng verknüpft ist, hatten Krieg und Inflation die Reihen der Kranken stark gelichtet. Wir haben also zu befürchten, daß mit dem Heranwachsen der jüngeren Generation das Bild sich stark verdunkeln wird, schon da uns nur allzubekannt ist, daß der Keim zu dieser Krankheit in die in jenen Hungertagen geborenen Kinder gelegt wurde. Schon heute wird jeder praktische Arzt unseres Reviers bestätigen müssen, daß die Tuberkulose zu den weitest verbreiteten Krankheiten des Waldenburger Industriegebietes gehört. Dies kann auch nicht verwundern, denn Wohnungsdichte und Tuberkulose gehen parallel! Auf der diesjährigen Deutschen Tuberkulose-Tagung in Bad Salzbrunn stellte Dr. Bräuning in seinem Referat „Wohnungsfürsorge und Tuberkulose“ als Ergebnis seiner Forschungen fest, daß schlechte Wohnungen den Allgemeinzustand ihrer Bewohner verschlechtern können, ferner, daß ein tuberkulös infizierter, aber noch klinisch gesunder Mensch an Tuberkulose (manifeste Tb.) erkranken könne, wenn seine Wohnung ungesund (zu eng, feucht, dunkel) sei. Es sei deshalb notwendig, daß die gesamte Bevölkerung genügend große und gesunde Wohnungen habe, und zwar sei das Mindestmaß, das Adolf Fischer aufgestellt habe, für den Erwachsenen 20 cbm Raum und 10 cbm für jedes Kind. Dort aber, wo ein Erkrankter vorhanden sei, müsse eine völlige Aufbesserung des Milieus erfolgen, indem eine vergrößerte Wohnung zu schaffen sei, die außer einem eigenen Schlafraum für den Kranken mindestens 20 cbm Raum für jede Person, Erwachsene und Kind, enthalte. Diese Forderungen eines Praktikers und Gelehrten mögen hier wiedergegeben sein, um zu zeigen, welche Gefahren unser überfülltes Gebiet bedrohen. Andererseits besteht aber die Hoffnung, daß nach exakten wissenschaftlichen Forschungen eine Besserung für tuberkulös Erkrankte zu erzielen ist, wenn diese in einem verbesserten Wohn-



Häßliche Miethausgruppen in der Bergarbeitergemeinde Neuhausen (in der Mitte die umgebaut Schule)

raum untergebracht werden können. Damit scheint mir bewiesen, daß der Wohnungsbau eine produktive Maßnahme ist, und daß größere und gesunde Wohnungen ein wirksamer Schutz für die Volksgesundheit sind, an dem auch diejenigen teilhaben, die jede Nacht im eigenen Bette schlafen und Raum, Licht und Luft als Selbstverständlichkeiten nicht mehr zu schätzen wissen.

Wie aber die körperliche Gesundheit der Bevölkerung von den Wohnverhältnissen im guten oder schlechten Sinne beeinflusst werden kann, genau so wird der Stand der Sittlichkeit der Bevölkerung auf dessen Wohnweise schließen lassen. Der berühmte Strafrechtslehrer v. Liszt nannte das Verbrechen ein Produkt von Charakter und Milieu. Von diesem Satz ausgehend, kann man als typische Milieu-Verbrechen alle diejenigen verbrecherischen Handlungen ansprechen, deren äußerer Tatbestand und innerer Beweggrund ausschließlich aus Erziehung und Umwelt des Täters möglich und zu erklären sind. Zu dieser Klasse rechne ich die Wohnverbrechen, d. s. Verbrechen, die subjektiv in der Verwahrlosung und sittlichen Abstumpfung eines in überfüllten Räumen geborenen und erzogenen Menschen wurzeln und objektiv wegen des Anreizes häufiger Gelegenheit und Leichtigkeit der Ausführung schnell zur Tat reifen. Hierzu gehören mit den Begriffsbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches genannt: die Sittlichkeitsverbrechen, Unzucht, Rupperei, Notzucht, Blutschande und schließlich auch die Abtreibung und der Ehebruch. Ein Nachblättern der Strafregisterbände der Waldenburger Staatsanwaltschaft hat einen Stoff geliefert, der wohl das traurigste Kapitel unserer Wohnungsnot darstellt. Von 1910 bis 1923 bewegt sich die Jahresziffer der untersuchten und abgeurteilten Sittlichkeitsverbrechen mit auffallender Stetigkeit um die Zahl 100 herum. Das will für ruhige Zeiten, d. h. solche, in denen nicht die Spalten des Registers mit Verstößen gegen das Brotbackverbot, die Preistreiberverordnung, die Wucherbestimmungen angefüllt sind oder etwa seitenslang von Plünderung, Landfriedensbruch und Auflauf zu erzählen wissen, etwa 7—8 % aller vor die Staatsanwaltschaft gezogenen Fälle bedeuten! Von da ab kommt die Zahl in ein schnelleres Gleiten. Sie wächst 1924 auf 116, 1925 auf 145, 1926 auf 183 und erreicht schon im Juni 1927 die Zahl 89. Das bedeutet 10 % aller Fälle! Die Ziffer der Sittlichkeitsverbrechen verdoppelt sich gegenüber dem Frieden, die der Abtreibungen ist sogar verzehnfacht! Sicher hat auch diese Statistik eine gute Seite. Sie ist ein Beweis für das Ehrgefühl der Bevölkerung in diesem heiklen Punkte, die solche Dinge nicht gleichgültig hinnimmt, sondern, wo sie es kann, zur Sühne bringt. Deswegen dürfen auch unsere Zahlen nicht mit einem anderen Bezirk ohne weiteres ver-

glichen werden. In der Großstadt werden sicherlich prozentual mehr Delikte dieser Art begangen und doch weniger vor das Forum des Richters gezogen werden, weil häufig der Täter unbekannt bleibt, während hier jeder den anderen kennt. Oder die Bevölkerung ist solchen Dingen gegenüber stumpfer eingestellt, wie etwa in Oberschlesien, und erstattet seltener Anzeige. Bedenken wir aber die Häufigkeit der Eigentumsvergehen in einem Industriekreis im allgemeinen und vergegenwärtigen wir uns das unruhige und leicht aufflackernde Temperament der Waldenburger Bevölkerung, das sich strafrechtlich in einer abnormen Häufigkeit der Vergehen des Hausfriedensbruchs, der Beleidigung und Körperverletzung auswirkt, so begreifen wir vielleicht etwas die Ungeheuerlichkeit, die in diesen Ziffern eingeschlossen liegt. Unter den Sittlichkeitsverbrechen spielt die Vornahme unzüchtiger Handlungen an Jugendlichen (§ 176 Ziffer 3 R.Str.G.B.) die Hauptrolle! Wie sollte denn auch die Scham vor geschlechtlichen Dingen, diese jedem Kulturmenschen innewohnende Hemmung des Trieblebens, in den Menschen erhalten bleiben können, die von Jugend auf zusammengepfercht mit anderen Leuten haben wohnen müssen. Für sie hat es nie Geheimnisse des Lebens gegeben, die sonst der reife und in seiner Moral gefestigte Mensch ahnend allmählich begreift. Brutal wurde vor Kinderaugen der Schleier zerrissen und ihren jungen Seelen die nackte Gemeinheit als unauslöschliches Brandmal aufgedrückt. Das Leben ohne Schutz und Aufsicht der Eltern, die auf Arbeit gehen müssen, das Schlafen in Räumen, die keine Trennung der Geschlechter vorsehen, das tägliche An- und Auskleiden vor oft blutsfremden Personen, kurzum die ganze sittlich abstumpfende Atmosphäre eines elenden Wohndaseins tritt alljährlich Duzende von Kinderseelen in den Schmutz. Und wer weiß, in wie vielen Fällen die Tragödie der Jugendgerichtsverhandlung nur deswegen nicht den erschütternden Schlußakt zu spielen hat, weil keine Anzeige vorliegt? Was hilft's, daß sich die Zuchthauspforten hinter den entarteten Vätern schließen, die Blutschande mit ihren Kindern trieben? Jährlich kommen etwa 6—10 Fälle zur Aburteilung! Die Familie verliert den Ernährer, fällt der Öffentlichkeit zur Last, und die Schuldigen sind geschändet für alle Zeiten. Man sollte die Steine, die man auf diese Unglücklichen, dieses „unheilbar und unrettbar verlorene Gesindel“, wie es Pestalozzi nennt, werfen will, lieber in Bausteine umwandeln. Das wäre eine wahrhaft fruchtbare sittliche Empörung!

Auch den Ehebruch habe ich unter den Wohnverbrechen aufgeführt. Da er ein Antragsdelikt ist, findet er selten durch Strafurteil seine Erledigung. Dagegen verdanken wir den sorgfältigen und für jede Aufstellung einer Statistik musterhaften Untersuchungen Gaertners die inter-

effante Feststellung, daß die Zahl der Ehescheidungen im niederschlesischen Industrieviertel auffallend hoch gegenüber anderen Bezirken ist¹⁾). Die Häufigkeit des Ehebruchs erklärt Gaertner aus dem Beruf des Bergmanns, der ihn zu ganz bestimmten Zeiten aus dem Hause — Tages- oder Nachtschicht — abwesend sein läßt und damit sehr günstige Gelegenheit zu derartigen Vergehen möglich macht. Daß dann der Täter sehr häufig der Schlafbursche oder sonstige durch die Enge der Wohnweise mit der Frau in Berührung kommende Personen sind, beweist den Charakter des Ehebruchs für unser Gebiet als Wohnverbrechen.

§ 4.

Die Hilfe durch die öffentliche Bauwirtschaft.

Es mag ein trostloses Gefühl der Hilflosigkeit gewesen sein, mit dem die verantwortlichen Leiter der Kreisverwaltung das unheilvolle Wohnungselend sich weiterentwickeln sahen, ohne ihm steuern zu können. Was übrig blieb, waren die polizeilichen Befugnisse, um gegen die Unsitte und Gefahr des Schlafburschenwesens vorzugehen und das Bewohnen sicherheits- und gesundheitspolizeiwidriger Räume zu verbieten. Eine Kreispolizeiverordnung aus dem Jahre 1907 stellte sogar gewissermaßen das Wohnungselend unter Strafe und versuchte mit dem Säbel der Amtsgewalt die Kammern und Zimmer von den Schlafburschen zu säubern. Allein das Übel saß schon zu tief, als daß es durch papierne Dekrete sich hätte hinwegkommandieren lassen. Im Jahre 1912 mußte der Landrat resignierend berichten: „Zusammenfassend wird man die Ursachen der Wohnungsnot auf den Mangel guter Arbeiterwohnungen zurückführen müssen und Abhilfe auch für die Zukunft von der Privatinitiative kaum erwarten können. Deshalb läßt sich auch mit polizeilichen und gesetzlichen Maßnahmen nicht viel erreichen. Es sind eben keine Wohnungen da, in die die Leute ziehen könnten, und gebaut werden nicht mehr, weil sie billiger nicht herzustellen sind, die Arbeiter aber nicht mehr dafür bezahlen wollen, bzw. können. Durchgreifendes ist eben nicht zu erzielen.“ Dieses Bekenntnis der Ohnmacht kennzeichnet genügend die damalige Lage der Wohnungswirtschaft, wie sie aus der Stellung des Staates diesem Problem gegenüber erklärlich wird.

Erst die Gegenwart sollte Hilfe bringen, als mit der Überlassung eines Teiles des Hauszinssteueraufkommens und der Zuweisung aus

¹⁾ Auf je 100 000 Einwohner entfielen Ehescheidungen im Durchschnitt der Jahre 1905 bis 1911: Kreis Neurode 4,4, Ottweiler 8, Zabrze 9,4, Essen Landkreis 13,3, Königshütte Stadtkreis 17,6, Waldenburg 20,7. Gaertner, Seite 58.

dem staatlichen Ausgleichsfonds die Bauwirtschaft der öffentlichen Hand ihre Arbeit begann. Bevor aber hierauf näher eingegangen wird, muß der Tätigkeit der Ereuhandstelle für Bergmannssiedlungen mit Dank gedacht werden, die in den Landgemeinden des Kreises in der Zeit von 1919 bis 1924 insgesamt 815 Wohnungen, auf kleine geschlossene Siedlungen verteilt, errichtet hatte.

Die Mittel nun, aus denen die öffentliche Bauwirtschaft im Kreise finanziert wird, setzen sich einmal aus dem Kreisauftommen und sodann aus den Überweisungen aus dem staatlichen Ausgleichsfonds zusammen. Insgesamt wurden in den Jahren 1924 bis Mitte 1927 durch den Kreis-ausschuß Hauszinssteuerhypothenen im Werte von 5848000 RM. ausgegeben, von denen rund 1937000 RM. aus eigenem Auftommen geflossen waren. Hiervon wurden erbaut oder sind noch im Bau begriffen 1353 Wohnungen mit einer durchschnittlichen Beleihung von 4300 RM. je Wohnung und einer durchschnittlichen Größe von 50 qm. Auf die private Bautätigkeit entfallen 574 Wohnungen, auf die der öffentlichen Hand 779 Wohnungen¹⁾.

An diesen Zahlen muß zunächst jedem auffallen, daß die private Bautätigkeit gegenüber der Gemeindebauwirtschaft bedeutend zurücksteht. Diese Tatsache ist nun kein Zufall, sondern das Ergebnis einer bewußten Wohnpolitik. Allerdings hatte sich die Kreisverwaltung am Beginn der ihr gesetzlich übertragenen Bauwirtschaft nicht sogleich auf ein bestimmtes Programm festgelegt. Dies ergab sich vielmehr aus dem natürlichen Zwange der besonderen Verhältnisse heraus. Als im

¹⁾ Im Jahre 1924 betrug: das Kreisauftommen 410284 RM. der Ausgleichsfonds 281000 "		Davon wurden gebaut: 83 Wohnungen durch Private, 88 " " d. Gemeinden.
<hr/> 691284 RM.		<hr/> 171
1925: Kreisauftommen . 453564 RM. Ausgleichsfonds . 1140000 "		Davon wurden gebaut: 143 Wohnungen durch Private, 207 " " d. Gemeinden.
<hr/> 1593564 RM.		<hr/> 350
1926: Kreisauftommen . 522944 RM. Ausgleichsfonds . 1140000 " Reichszwischen- kredit 200000 "		Davon wurden gebaut: 174 Wohnungen durch Private, 242 " " d. Gemeinden.
<hr/> 1862944 RM.		<hr/> 416

Für 1927 stehen die Mittel noch nicht fest. Vorläufig müssen wir mit den gleichen Summen wie im Vorjahre rechnen. Bezugsufst und im Bau begriffen sind 230 Gemeindefwohnungen und 140 Privatwohnungen.

Jahre 1924 der Staat den Wohnungsbaumarkt nach seiner langjährigen Erstarrung wiederbelebte, fehlte hier im Kreise das Bauunternehmertum so gut wie ganz in den Listen der sich um eine Hauszinssteuerhypothek bewerbenden Personen. Es zeigte sich wie schon im Frieden, daß eine geringe Aussicht auf Rentabilität wenig Anreiz bot, um von dieser Seite aus die Bauwirtschaft in Fluß zu bringen. Trotzdem die Hauszinssteuerhypothek nur mit 3 % zu verzinsen war, „lohnnte“ sich das Bauen nicht, weil die Aufbringung der ersten und zweiten Hypothek nicht allein mit großen Schwierigkeiten verbunden, sondern zuweilen auch gänzlich unmöglich war. Die von privater Seite angemeldeten Bauvorhaben stammten daher hauptsächlich von kleinen Bauherren, die sich mit dem Ausbau einiger, oft sogar nur einer Wohnung begnügten, oder als Poliere, Handlanger u. Zimmermeister Wohnungen in eigener Regie ausführten. Es schien also anfangs, als ob der wohnungssoziale Zweck der Hauszinssteuerhypothek sich bei uns nicht erfüllen lassen sollte. Da waren es die großen Industriegemeinden, die in die Bresche sprangen und nun ihrerseits energisch den Neubau in die Hand nahmen. Dieser Tat schuldet die Öffentlichkeit den größten Dank, denn sie war ein Opfer und kein Geschäft, wie einige Gegner meinen. Heute wird es schon wieder vergessen, wie damals die Leiter der Gemeinden wegen der Beschaffung der Restbaugelder von einer Sorge in die andere fielen, wie man in den Hypothekenbanken abgewiesen wurde, um dafür auf Hintertreppen durch kostspielige Vermittler die notwendigen Gelder zu erhalten. Daß aber die Neubauwirtschaft unter dem Stern des Verzichts auf Verdienst geboren wurde, gab ihr von Anfang an einen wohnungssozialen Charakter und das Gepräge des Dienstes an der Allgemeinheit. Trotz der durch hohe Darlehnszinsen entstandenen Verteuerung bemühte man sich, die Mieten in den von den Gemeinden errichteten Bauten nach Möglichkeit zu senken, um auch der Arbeiterschaft gute Wohnungen zu verschaffen. Dabei arteten diese Bestrebungen nie in einen Wohnungssozialismus aus, für den es hierbei keine wirtschaftlichen Grenzen gegeben hätte. Das beweisen zur Genüge die vielen Lehrer- und Beamtenwohnungen, deren Bezuschussung durch billige Staats- und Arbeitgeberdarlehen von den Gemeinden zur Senkung der allgemeinen Baukosten zweckentsprechend ausgenützt wurde. Allerdings genügte dies nicht, um ohne jeglichen Mietzuschuß für die minderbemittelte Bevölkerung auszukommen. Ob es nun große Industriegemeinden oder kleine Landgemeinden waren, überall war der Wille, eine soziale Wohnungspolitik zu betreiben, der gleiche. Um unter vielen Beispiele zu nennen, zählt Dittersbach je Kopf seiner Bevölkerung (15 000) 1 RM. Mietzuschuß, in Nieder Hermsdorf stehen die Wohnungen im Haushalts-

plan ehrlicher Weise in der Einnahmeseite bedeutend niedriger als in der Ausgabeseite, und die kleine Gemeinde Schmidtsdorf brachte das für sie schwere Opfer eines Abstrichs von 20 % der Baukosten in der Mietberechnung. Es soll gern zugegeben werden, daß das System des Mietzuschusses viel Bedenkliches enthält, schon weil die notwendige Schematisierung nicht immer gerecht sein kann. Weit besser wäre es, wenn den Gemeinden billige erststellige Hypotheken verschafft werden könnten, um ganz allgemein die Mietkosten zu senken. Ein guter Anfang war die Hilfe der Reichszusatzhypotheken. Solange aber dies ein frommer Wunsch bleibt, muß man mit der Kritik etwas vorsichtiger sein. Denn feststeht für unser Gebiet, daß eine Miete von 5—8 RM. je Quadratmeter für den Arbeiter noch sehr hoch ist und es ihm sauer genug wird, so hohe Mietaufwendungen zu machen. Wenn er trotzdem heute gesonnen ist, Mieten zu zahlen, die häufig 20 bis 25 % seiner Lohneinnahmen darstellen, so ist dies ein erfreuliches Zeichen eines gesunden Oranges nach einer verbesserten Lebensführung, über das jeder Freude empfinden sollte.

Gegenüber den vergangenen Jahren hat die Lage auf dem Bauparkt sich heute völlig verschoben. Während früher der private Bauherr verhältnismäßig selten den Mut fand, ein Haus zu errichten, haben sich in diesem Jahre die privaten Bauvorhaben derartig gehäuft, daß die vorhandenen Mittel nicht ausgereicht hätten, wenn man alle eingereichten Pläne hätte bezuschussen wollen. Dies hängt damit zusammen, daß durch die relative Flüssigkeit des Hypothekenmarktes die Beschaffung der Restgelder leichter geworden ist, und damit die Finanzierung des Baues sich wesentlich günstiger gestaltet hat. Man könnte heute daher fragen, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die Gemeinden von dem kostspieligen Wohnungsbau zu entlasten, weil sie sonst ihre Haushaltspläne mit einer untragbaren Bürde beladen und ferner auch Pflichten übernehmen, die mit ihrem Wesen als öffentliche Körperschaft unvereinbar sind. Von streng privatwirtschaftlicher Seite gesehen, enthalten fraglos alle diese Erwägungen einen wahren Kern. Auch gibt es wohl keinen Gemeindevorsteher, der sich nicht innerlich gegen das Bauen sträubte und wünschte, endlich vom Bauen loszukommen. Wenn er aber trotzdem baut und bauen muß, so hat dies seinen tieferen Grund, und zwar den schon anfangs erwähnten. Neben der wirtschaftlichen Seite, die ihr volles Lebensrecht weiterhin behält, hat der Hausbau heute eine wohlfahrtspolitische Seite bekommen. Die schweren Unterlassungssünden der früheren Zeit, aus denen das Wohnelend weiter Kreise herrührt, können nicht von der Privatinitiative ausgemerzt werden. Die Wiedergutmachung ist in allererster Linie Aufgabe und Pflicht

der öffentlichen Hand geworden; denn wie ich gezeigt habe, ist ein Bewohnen der Neubauten durch die Arbeiterschaft, d. h. durch jenen Teil der Bevölkerung, der nun schon seit Jahren den höchsten Prozentsatz der Wohnungsuchenden ausmacht, nur dann möglich, wenn die Gemeinden auf einen großen Teil der Rentabilitätsquote verzichten. Höhere Mieten vermag der Arbeiter nicht zu zahlen; das verbietet die ungelöste Lohnfrage. Wenn die Lohnfrage in unserem Revier gelöst wäre, könnte man vielleicht zu einer anderen Auffassung gelangen. Doch erscheint es mir selbst dann noch äußerst fraglich, ob man, wie etwa heute schon in Berlin und anderen Großstädten, dem Privatunternehmer die Errichtung großer Häuserblocks mit Hilfe der Hauszinssteuerhypothek überlassen darf. Die Gefahr der Züchtung eines Hausbesitzerkapitalismus mit öffentlichen Mitteln ist nicht von der Hand zu weisen. Solange also die Mehrzahl der Arbeiter normale Mieten für Neubauten nicht zu zahlen vermag, haben die Gemeinden weiterhin die Pflicht, den Wohnungsbau als produktive Wohlfahrtspolitik fortzusetzen. Im anderen Falle beginge man den schweren Fehler, die Kulturfurche der Vorkriegsverhältnisse zu verewigen. Besondere Verhältnisse bedingen besondere Maßnahmen. Daher gilt das Gesagte auch nur für das niederschlesische Industrierevier, indem endlich einmal Front gemacht werden sollte gegen das uneingeschränkte Wiederholen wirtschaftspolitischer Forderungen und Programme reicherer Gebiete mit völlig anders gelagerten Wirtschaftsverhältnissen.

Es wird nun eingewandt, daß eine Gemeinde nicht in der Lage sei, ihre Häuser wirtschaftlich zu verwalten, weil sie z. B. säumige Mieter aus sozialen Rücksichten schonender, d. h. unwirtschaftlicher behandeln müßte, als es ein privater Hauswirt tun würde. Das ist richtig. Aber ganz abgesehen davon, daß man sich vor der Verallgemeinerung solcher Fälle hüten muß, ist es uns als Kreisverwaltung lieber, wenn wir von solchen Fällen hören, als daß wir die von Privatseite auf die Straße geworfenen Leute aufzulesen hätten, um sie mit Polizeigewalt in diesem vollgepfropften Gebiete als Obdachlose unterbringen zu müssen. Schon allein aus der Möglichkeit derartiger Vorgänge mag ersehen werden, welcher Art oft die Mieter sind, die die Gemeinden aufzunehmen haben. Es sind diejenigen, die seit Jahren ein Heim entbehren mußten, die wahrhaft Entwurzelten und Heimatlosen. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß gegen asoziale Mieter, d. h. solche, die z. B. schuldhaft den Mietzins verweigern, mit aller Schärfe vorgegangen wird.

Ferner wird geltend gemacht, daß, wenn man nur die Privaten bauen ließe, für die Arbeiter genügend Raum in den Altwohnungen frei würde. Dagegen ließe sich sagen, daß meistens für eben erst gegründete

Haushaltungen gebaut wird, also kein Ersatzraum zur Verfügung steht, und im anderen Falle die freiwerdende Wohnung nicht immer brauchbar für den Arbeiter ist. Es ist auch nicht einzusehen, warum nicht auch der Arbeiter in neue, den Forderungen moderner Hygiene entsprechende Räume einziehen soll. Ich sehe hierin sogar nicht allein eine erfreuliche Begleiterscheinung des Neubaus der öffentlichen Hand, sondern vielmehr eine Hauptaufgabe, nämlich die Wohnerziehung des deutschen Arbeiters. So selbstverständlich es einem dünken will, daß jeder Mensch nach einer geräumigen und gesunden Wohnung strebt, so wenig gilt dies für weite Kreise unseres Volkes. Die Anspruchslosigkeit in bezug auf Wohnungskultur muß man geradezu als Laster bezeichnen. Sie wird häufig auch in die verbesserten Wohnverhältnisse mit eingeschleppt, in dem sehr häufig der Zuwachs an Wohnraum zu einer „guten Stube“ oder zu der berüchtigten „Kalten Pracht“ umgewandelt wird. Auf diesem Gebiete muß noch viel an Aufklärung geschehen, ehe man die früheren Mißstände völlig überwunden haben wird. Voraussetzung ist aber auf jeden Fall die Schaffung von Neuwohnungen, nicht der Umzug in alte. Schließlich ist man nicht Angehöriger einer Nation von Bettlern, für die alte Röcke gut genug wären.

Es wäre aber grundfalsch, wollte man nicht auch die Wirtschaftlichkeit zu ihrem Rechte kommen lassen. Und die hat einzusetzen, bevor der erste Mauerstein gelegt wird. Es soll sparsam gebaut werden, und es soll doch anständig gebaut werden. Das graue Elend soll aus diesen Häusern verbannt sein und ebenso jeder unnötige Luxus vermieden werden. Das sind schwierige Aufgaben, um so schwieriger, weil manche Gemeinde zum ersten Mal sich auf die schlüpfrige Bahn des Baumarktes begibt, und die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie manche Feder lassen muß, die vielleicht nicht gerupft zu werden brauchte. Aus allen diesen Erfahrungen heraus hat der Kreis ein Siedlungsamt errichtet, dessen Aufgaben weit über den Rahmen des Baupolizeilichen und Formalistischen hinausgehen. Hier werden die eingereichten Zeichnungen auf ihre Brauchbarkeit und Güte hin eingehend durchgeprüft und oft genug völlig umgezeichnet; denn der Kampf gegen die landesübliche Mittelmäßigkeit ist eine der Hauptaufgaben dieser Stelle. Weit wichtiger erscheint jedoch das Gebot der öffentlichen Ausschreibung, das in dem Rufe steht, eine Materie von glühend Eisen zu sein. Grundsätzlich wird die Bildung eines Lokalpatriotismus verhindert, indem auswärtige Firmen zum Bieten aufgefordert werden und auch den Zuschlag erhalten, falls sie die Billigsten sind und gegen ihre Leistungsfähigkeit keine begründeten Einwände erhoben werden. Weiterhin hat neben der während des Baues fortgehenden Beratung eine gründliche Baubeaufsichtigung stattzufinden.



Siedlung Weißstein



Melchior-Siedlung in Dittersbach

Nur derartige Maßnahmen, für deren gewissenhafte Durchführung auch außerhalb des papiernen Bürokratismus man sich mit ganzer Person einsetzen muß, verbürgen eine billige und sparsame öffentliche Bauwirtschaft.

Hand in Hand mit dem Neubau der öffentlichen Hand sind alle Privatbauten zu fördern, bei denen die Spekulation wegfällt oder zum mindesten stark eingeschränkt ist. Bei der Weggabe der Mittel sind Bauvorhaben Kriegsverlegter und Kinderreicher soweit als möglich zu bevorzugen. Auch hier wird stets der wohnungssoziale Charakter der Hauszinssteuerhypothek in den Vordergrund gerückt. Bei der Vergabung der Hauszinssteuerhypotheken ist sich der Kreisauschuß als Beschlußbehörde stets dessen bewußt, daß das ihm durch die Gesetzgebung neu übertragene Amt niemals darin bestehen kann, gleichsam als öffentlich-rechtliche Hypothekenbank zu wirtschaften, obschon er sich deren Technik anzueignen hat, sondern daß er Treuhänder zweckgebundener staatlicher Gelder geworden ist, deren Verwendung, durch ihren Ursprung bedingt, in allererster Linie nach siedlungstechnischen und wohnungssozialen Grundsätzen zu erfolgen hat. In bewußter Innehaltung dieses Grundsatzes wurden daher auch in diesem Baujahre alle Projekte, die von Bauunternehmerseite eingereicht waren, zurückgewiesen.

Es ließe sich noch mancherlei über die Bauwirtschaft des Kreises sagen, ob namentlich ihre bisherige Dezentralisierung beizubehalten ist oder ob sie etwa in eine Spitzenorganisation in Form einer G. m. b. H. mit Beteiligung des Kreises, der Gemeinden und gemeinnützigen Baugenossenschaften überzuleiten wäre; doch sind dies nur die die enger Beteiligten interessierenden Angelegenheiten. Ebenso kann auch hier nicht der Raum sein, das bisher Geschaffene zu beschreiben. Von einigen geschlossenen Siedlungen in größeren Industriegemeinden geben die im Anhang beigelegten Bilder einen kleinen Ausschnitt. Bemerkte sei nur, daß wir in Nieder Hermsdorf eine Flachbausiedlung besitzen, deren Schöpfer, der Architekt Pietrusky, mit ihr ein von allen Sachverständigen anerkanntes Meisterwerk geschaffen hat. Allerdings verdankt sie materiell dem Zauberstabe der Inflation ihre Entstehung, und es ist tief bedauerlich, daß in diesem Sinne heute nicht weitergearbeitet werden kann.

Wenn wir zurückschauend das Ergebnis unserer Bauwirtschaft betrachten, so erkennen wir mit Dank an, das manches erreicht und geschaffen wurde, was ohne durchgreifende Änderung der Gesetzgebung nie hätte erfolgen können. Aber man muß es ruhig aussprechen, daß im Verhältnis zu dem hier herrschenden Wohnelend noch nicht genug

getan wurde, und die ewig gleichbleibende Zahl der Wohnungsfuchenden, die seit 1920 von der Ziffer 5000 nicht fortkommt, beweist, daß wir nur den jährlichen Neubedarf an Wohnungen zu decken vermögen, ohne eine Änderung von Grund auf zu erreichen. Wenn wirklich Hilfe geschaffen werden soll, um eine jahrzehntelange Vernachlässigung auszumergen, so bedürfen wir, ohne unbescheiden zu sein, einer Verdoppelung des Zuschusses aus dem staatlichen Ausgleichsfonds, d. h. es müssen jährlich im Kreise 800 Wohnungen hergestellt werden können. Unter der Schar der vom Staate Fordernden kann man eine ganze Reihe von Kommunen erblicken, die einzig und allein Kriegsschäden zu heilen haben. Mit meiner Bitte vertrete ich aber ein Gebiet, dem schon im Frieden die Sonne der Zufriedenheit und des Glücks nie geleuchtet hatte, und das seit seinem Bestehen stets das Aschenbrödel unter den Industriebezirken Preußens hatte spielen müssen. Es besteht die große Gefahr, daß in wenigen Jahren größere und einflußreichere Bittsteller, z. B. unter vielen die Stadt Berlin, ihre Kriegsschäden geheilt haben werden und nunmehr gegen die Ablösung der öffentlichen Bauwirtschaft nennenswerten Widerstand nicht leisten werden. Dann aber stürzt die Hauszinssteuergesetzgebung, die Feinde genug hat, in ein Nichts zusammen, und wir verlieren die jährliche Subvention, die für unsere Bevölkerung in ihrem grauen Dasein den einzigen Lichtblick bedeutet. Was dann aber für uns folgt, ist das Chaos! Mir ist von maßgebender Stelle der Industrie versichert worden, daß diese auf Jahrzehnte hinaus zum Hausbau wirtschaftlich nicht in der Lage sei, und daß sie alle ihre Hoffnungen auf eine reichliche Zuweisung aus dem staatlichen Ausgleichsfonds setzen müsse. Von dem Bauunternehmertum und von den privaten Bauherren wage ich gar nicht erst zu reden nach unseren Friedenserfahrungen und dem Zusammenbruch des Mittelstandskapitals durch die Inflation. Ich glaube daher im Namen des Waldenburger Industriereviere mit seiner Industrie und seinen Hunderttausenden von Arbeitern zu sprechen, wenn ich behaupte, daß nur ein verstärktes Bauprogramm uns aus der leiblichen und sittlichen Not zu helfen vermag, und daß es das Gebot der Stunde ist, hiermit bald zu beginnen, weil wir später auf eine Ausnahme-gesetzgebung nicht rechnen dürfen. Die Erfüllung unseres Wunsches wäre eine wahrhaft wertschaffende Politik. Denn mit der Herstellung guter und gesunder Wohnungen würde auch der niederschlesische Industriearbeiter arbeitsfreudiger und arbeitsfähiger werden. Damit setzt aber die vielgerühmte Rationalisierung, die bisher sich auf Maschinen und Arbeitssysteme erstreckte, ihren Hebel endlich dort an, wo es am bitternotwendigsten ist, nämlich bei dem lebendigen Menschen.

Die Selbsthilfe der Bevölkerung.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, über die allgemein im Reiche beobachtete Erscheinung des gewollten Geburtenrückganges irgendwelche theoretischen und politischen Erörterungen anzustellen. Die Kapitelüberschrift mag kurz besagen, wie ich diesen Vorgang bewerte, und die nachfolgenden Ausführungen enthalten eine Darstellung der Wirklichkeit, die vielleicht manchem brauchbarer erscheinen wird, als irgendwelche Programme und Resolutionen, die in dieser Sache gefaßt sind und noch gefaßt werden. Auch scheint es mir nicht ein Fehler zu sein, wenn ausschließlich Stadt- und Landkreis Waldenburg zur Betrachtung herangezogen worden sind, weil gerade sie durch ihre soziale Gliederung von der Bewegung am besten Zeugnis ablegen können, die heute vernehmlich durch die Reihen der Industriebevölkerung geht.

Im Jahre 1912 wußte der damalige Landrat Frhr. v. Zedlitz von einem auffallenden Geburtenrückgang im Kreise an den Regierungspräsidenten zu berichten (L II. 17283 vom 17. November 1912), und zwar betrug dieser vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1912 berechnet etwa 8%. Dies war um so auffallender, als bis dahin die Geburtenziffer des Kreises von seiner Gründung ab von Jahr zu Jahre gestiegen und namentlich in der Zeit der modernen Industrialisierung sprunghaft nach oben geschwungen war. Es kam weiter noch hinzu, daß nach den Volkszählungen die Einwohnerzahl in dem gleichen Zeitraum durch Zuwanderung sich beträchtlich vermehrt hatte. (Vgl. Kapitel 3 § 3.) Der achtprozentige Geburtenrückgang, der sich zudem nicht plötzlich, sondern in langsam gleitender Kurve bewegte, kam damit in ein noch ungünstigeres Licht. Die Untersuchung der Gründe dieses Vorganges verdient auch heute noch unser Interesse, weil man mit großer Ehrlichkeit dabei vorgegangen war. Von vornherein wurde es abgelehnt, in „degenerativen Momenten“ die Erklärung hierfür zu suchen und etwa die Abnahme der Gebärfähigkeit als Grund hinzustellen, wie es sehr häufig von oberflächlichen Beobachtern jener Zeit getan wurde. Gerade für unser Gebiet mit seinen Erfahrungen aus der Weberzeit konnte dieser Grund nicht stichhaltig sein. War doch bis in die letzte Zeit der Kinderreichtum der Weberfamilien, denen man gewiß alle Entartungskrankheiten nachsagen konnte, geradezu sprichwörtlich gewesen. Nicht auf physischem Gebiet, sondern auf sozialem war daher die Ursache der Geburtenabnahme zu suchen und auch zu finden. Man unterschied zwei Arten:

1. die unfreiwillige Geburtenbeschränkung,
2. die gewollte Geburtenbeschränkung.

Zu ersterer wurde die im Kreise stark verbreitete Frauenarbeit gerechnet. „Die Löhne sind durchweg gering, in der Textilindustrie durchschnittlich etwa 7—8 RM. die Woche, in der Porzellanindustrie etwa 9—10 RM. Dieser Lohn reicht auch bei größter Einschränkung nur grade zum Unterhalte einer Person aus, und, um ihn nicht auch noch zeitweise zu entbehren, arbeitet die schwangere Arbeiterin solange wie irgend möglich. Die gesetzliche Vorschrift, nach der prinzipiell die Wöchnerin 2 Wochen vor ihrer Niederkunft feiern soll, läßt sich entgegen dem Willen der Arbeiterinnen natürlich nur schwer durchführen, zumal der Grad der Schwangerschaft nicht mit genügender Sicherheit erkennbar ist. So gehören selbst Entbindungen in der Fabrik nicht zu den Unmöglichkeiten. Die Folge dieser zu lang ausgedehnten Arbeit Schwangerer sind natürlich häufige Aborte und, als Folge davon, Abnahme der Gebärfähigkeit der Abortierenden.“ Für die gewollte Beschränkung der Kinderzahl nennt der gleiche Bericht zwei Ursachen:

1. Die gegen früher verschlechterte Lage des Familienvaters im Arbeiterstande und den anderen Schichten mit geringem Einkommen bei gleichzeitiger Steigerung der Ansprüche an die Lebenshaltung und
2. die Verbreitung der Kenntnis von Schutzmitteln und der Gelegenheit zu ihrer Anwendung.

Verschlechtert hat sich, wenn man einen längeren Zeitraum in Betracht zieht, wohl nicht die Lage des einzelnen Arbeiters. Nur in den allerletzten Jahren hat die Lohnsteigerung mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht Schritt gehalten. Die Löhne der oberen Arbeiterschichten sind dagegen auch als Reallöhne im Vergleich zu einer weiter zurückliegenden Zeit — zum Teil nicht unerheblich — gestiegen. Selbst eine Steigerung des Reallohnes bedeutet aber für den hiesigen Arbeiter noch nicht durchweg eine Hebung seiner Lage, weil manche Verbesserungen, wie z. B. das Wohnen in besser gebauten Häusern, durch parallel laufende Nachteile — die ungesunde Wohnweise in Mietkasernen — oft mehr als aufgewogen werden, und weil vor allem der moderne Betrieb viel höhere Anforderungen an die Arbeitskraft stellt und deshalb eine bessere Ernährung des Arbeiters zur Notwendigkeit wird. Man kann auch von einer Verschlechterung der Lage des einzelnen Arbeiters nicht sprechen. Dagegen hat sich die Lage des Familienvaters verschlechtert und verschlechtert sich noch immer weiter. Die Hauptursache liegt in der so gut wie ganz durchgeführten Lösung von der Scholle, der reinen Geldlöhning und der damit im Zusammenhang stehenden Lockerung des Familienbandes. Früher, als der Arbeiter noch vielfach einen kleinen Garten oder ein Stück Kartoffelland besaß, machte sich eine Vergrößerung der

Familie nicht in dem Maße bemerkbar wie heute, wo alles gekauft werden muß; Schrebergärten, Kaninchenzucht u. dgl. bieten nur einen unvollkommenen Ersatz. Wichtiger noch ist aber die Wirkung der absoluten Geldwirtschaft auf die jungen Burschen. Denn, solange der erwachsene Sohn einen nicht unerheblichen Teil seiner Nahrung aus den Erzeugnissen des elterlichen Gartens erhielt, erschien ihm die Ablieferung mindestens eines guten Teils seines Lohnes nur natürlich. Heute hat er das Gefühl, daß das, was er verdient, auch ihm gehört, und was er über das notwendigste Kostgeld, für das sich ein ortsüblicher Satz infolge des Quartiergängerwesens ausgebildet hat, abgibt, erscheint ihm als eine Unterstützung seiner Eltern, zu der er sich nicht einmal mehr verpflichtet fühlt. Der im Vergleich mit dem Einkommen älterer verheirateter Arbeiter unverhältnismäßig hohe Lohn der jungen, unverheirateten Burschen hat zudem den Hang zum Wohlleben in ähnlicher Weise, wie er in den höheren Schichten vor 30—40 Jahren mit dem Anwachsen des Reichtums hervortrat, allmählich bis in die Arbeiterkreise durchdringen lassen, und er wirkt jetzt insolgedessen ebenfalls als Ursache der Auflösung des Familienzusammenhaltes in der oben geschilderten Weise. Insofern ist auch der Luxus der Arbeiterschaft ein Grund für den Rückgang der Geburtenzahl. Aus diesen Verhältnissen heraus ist es erklärlich, wenn jedes Kind mehr von dem Arbeiter als eine Last empfunden wird. Auch früher ist es den ärmeren Klassen wohl schwer geworden, eine größere Kinderzahl zu ernähren. Der Gedanke an die spätere Hilfe der Kinder und die Versorgung durch sie im Alter hat aber das Seinige dazu getan, über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Dieser Anreiz fällt jetzt mehr und mehr fort oder ist wohl schon fast ganz fortgefallen. Und gleichzeitig ist durch die dauernd steigenden Lebensmittelpreise, denen wenigstens in den letzten Jahren eine entsprechende Lohnsteigerung m. E. nicht gegenübergestanden hat, und durch die Teuerung auch auf anderen Gebieten (Wohnungsmieten) die Ernährung der Kinder immer schwieriger geworden. Der Gedanke der Konzeptionsverhütung hat sich unter solchen Umständen ganz von selbst den Leuten aufdrängen müssen. Es fehlte nur noch die Kenntnis der Schutzmittel, und der Geburtenrückgang trat, wie man wohl ohne Übertreibung wird sagen können, an die Stelle der Säuglingssterblichkeit.“

Diese Ausführungen wird man noch heute im Wesentlichen gelten lassen können. Es bedarf daher nur noch einiger Ergänzungen, um die Fortentwicklung bis zur Gegenwart aufzuzeigen. Die Kurve des Geburtenrückganges ist von 1912 ab von Jahr zu Jahr steiler geworden. Ein Vergleich der letzten Friedensjahre 1912 und 1913 mit den Jahren

1925 und 1926 ergibt im Kreise einen 33prozentigen Geburtenrückgang, obwohl die Heiratsziffer nur um 10 % gesunken ist und ein durchschnittlicher Zuwachs der Einwohnerzahl von rd. 6 % stattgefunden hat¹⁾. Mit Ausnahme der kleinen Bezirke Fürstenstein (417 Einwohn.) und Hausdorf (1120 Einw.) ist in jedem Standesamtsbezirk des Kreises die Geburtenziffer im Verhältnis zum Friedensstande gesunken. Über den Kreisdurchschnitt erheben sich Weißstein mit 34 %, Nieder Hermsdorf und Alt Lässig mit 35 %, Dittersbach mit 37 %, Charlottenbrunn und Gottesberg mit 39 %, Nieder Salzbrunn und Ober Salzbrunn mit 40 %, Fellhammer mit 42 %, Ober Hermsdorf mit 46 %, Seitendorf mit 47 %, Neuhain und Langwaltersdorf mit 49 % und schließlich Polsnitz mit 50 %. Polsnitz ist der einzige Standesamtsbezirk des Kreises (4560 Einwohner), in dem die Zahl der Sterbefälle im letzten Jahre die der Geburten übertraf²⁾. Alle die genannten Gemeinden sind Standorte des Bergbaues, der Textil-, Porzellan- und Eisenindustrie, bzw. Arbeiterwohngemeinden. Die rein ländlichen Bezirke oder solche, in denen die ländliche Bevölkerung überwiegt, sind mühelos in der Tabelle im Anhang abzulesen. Es sind stets diejenigen, die einen niedrigen Geburtenrückgang aufweisen, z. B. Adelsbach, Rynau und Dittmannsdorf oder Hausdorf, wo sogar die Geburtenziffer gestiegen ist. Wenn Textilbezirke wie Wüstegiersdorf und Wüstewaltersdorf einen verhältnismäßig niedrigen Rückgang aufweisen, so wird dies durch die Zugehörigkeit rein ländlicher Gebiete, z. B. der Euledörfer, hinreichend erklärt. Ebenso darf man bei der Ziffer der Stadt Waldenburg (22 %) den 20 prozentigen Zuwachs der Bevölkerung durch Einwanderungen nicht vergessen.

Diese von Jahr zu Jahr sinkende Kurve der Geburtenziffer lehrt mit größter Eindringlichkeit, daß die gewollte Geburtenbeschränkung nicht mehr wie in früheren Zeiten nur im Mittelstande vorherrschend ist, sondern längst in der Arbeiterschaft in ausgedehntester Weise Platz gegriffen hat. Untersuchen wir nun die Gründe, so werden wir, soweit sich dieser psycho-soziologische Vorgang überhaupt erfassen läßt, zwei Hauptgesichtspunkte zu unterscheiden haben, die Geburtenbeschränkung infolge wirtschaftlichen Notstandes und die Geburtenbeschränkung aus kulturellen Beweggründen. Daß es daneben noch andere Gründe geben mag, soll zugegeben werden, doch darf man sich die Sicht nicht durch die verschiedenen Lösungen des Kampfes

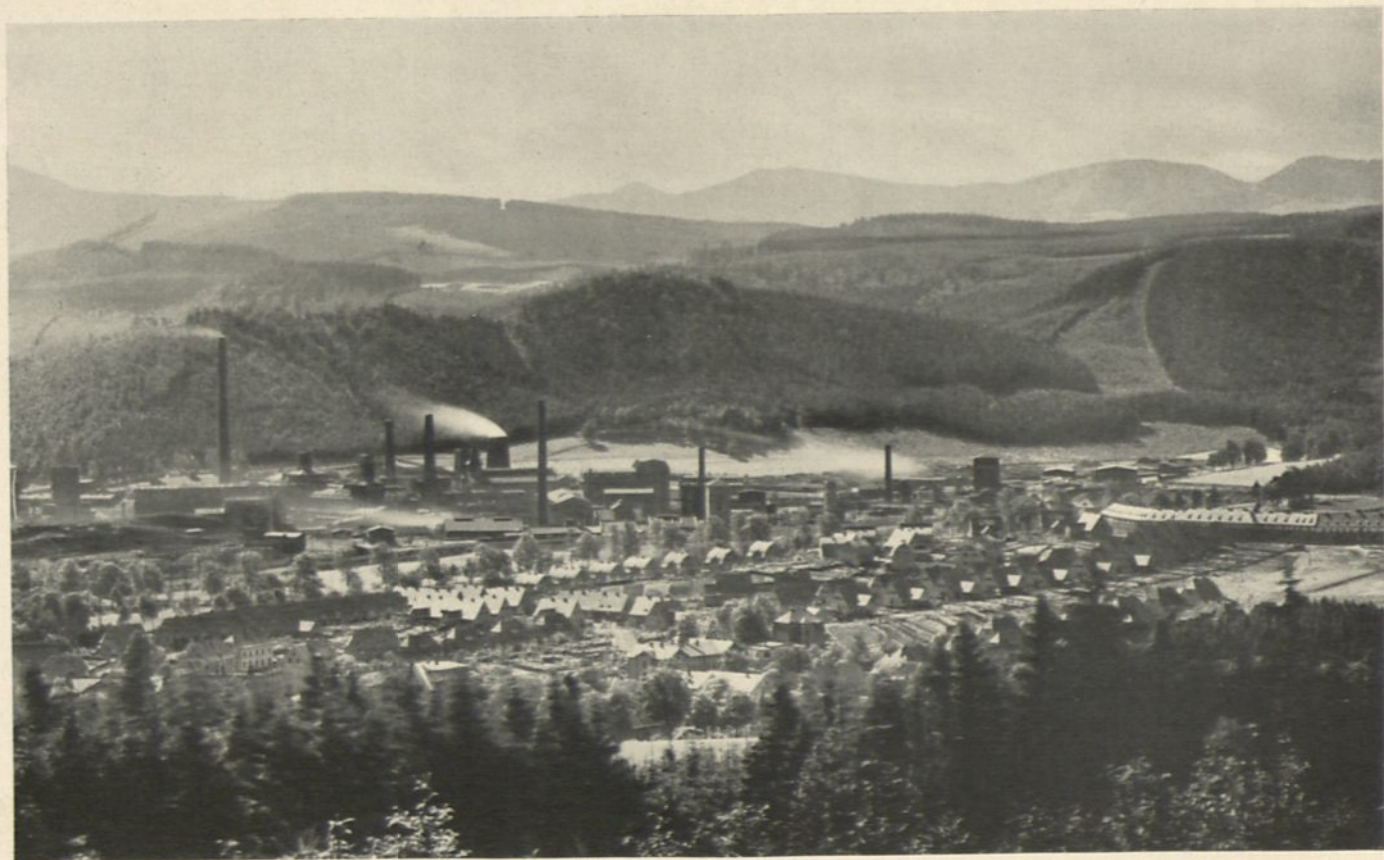
¹⁾ Von den Geburten sind 1925 im Kreise etwa 16,5 % unehelich! Im gleichen Jahre ist der Prozentsatz der unehelichen Geburten in Preußen in den Städten 12,87, auf dem Lande 8,79 %.

²⁾ Vgl. Übersicht im Anhang Seite 136.

für die Aufklärung vernebeln lassen. Denn ich glaube nicht, daß die weiten Schichten der Bevölkerung, wenn sie erst wissend geworden sind, die Kinderzeugung von staatserschaltenden konservativen Lehren abhängig machen werden, noch daß sie sie der Elendstheorie mancher Sozialisten zuliebe regeln werden, damit die Zahlenmacht des Proletariats im Sinne des Klassenkampfes nicht geschwächt werden würde. Vielmehr wird man gut tun, den rein wirtschaftlichen Zweckmotiven den Vorrang bei diesem Problem zuzugestehen. Es ist in allererster Linie die bittere Not, die den stärksten Antrieb zur Geburtenbeschränkung abgibt. Hier ist als von einschneidendster Bedeutung an erster Stelle die Wohnungsnot und das Wohnungselend zu nennen. Die Wohnungsnot verhindert, daß junge Ehepaare ein neues Heim sich gründen können. Sie haben sich sehr häufig mit der Eintragung in der Wohnungsliste zu begnügen und müssen die ersten Jahre getrennt leben, wenn sie nicht den schon zu knappen Wohnraum der Schwiegereltern beengen wollen, woraus dann nicht selten haßerfüllte Streitereien entstehen. Da ein Kind die Harmonie des Zusammenlebenmüssens völlig in Frage stellt, wird es tunlichst nicht erst in die Welt gesetzt. Hat man aber später eine Bleibe gefunden, so sind beide Teile sich inzwischen über die Vorzüge der kinderlosen, bzw. kinderarmen Ehe genügend klar geworden. Das gleiche gilt für die Eheleute, die zu den Glücklichen gehören, ein freigewordenes Zimmer als Wohnung erhalten zu haben. Mehr als ein oder zwei Kinder sich anzuschaffen, verbietet die Raummenge, es sei denn, der Tod schaffe neuen Ankömmlingen den notwendigen Raum zum Leben und Atmen. Eine Erweiterung des Wohnraumes, die an sich die natürliche Forderung wäre, kann aber der Familienvater bei seinen Lohnverhältnissen sich nicht leisten, falls er nicht etwa zu den wenigen Bevorzugten gehört, die in den Neubauten der Gemeinden untergekommen sind. Hinzutritt mit einer Vermehrung der Familie die Gefahr des wirtschaftlichen Notstandes und drohender Mangel an Nahrung und Kleidung. Das Gefühl der Unsicherheit der Existenz, der Trostlosigkeit der Zukunft und Aussichtslosigkeit auf Hilfe bei einem so knappen amtlichen Bauprogramm, wie es hier alljährlich ausgeführt werden kann, treibt die Bevölkerung zur Selbsthilfe, d. h. sie beschränkt künstlich die Geburtenzahl.

Man würde aber fehlgehen, glaubte man den Geburtenrückgang ausschließlich auf einen sozialökonomischen Nenner bringen zu können, obschon gerade in unserem Bezirk hierin meistens der Schlüssel zu finden ist. Denn mit der Not zugleich ist es ihr Widerpart, der Wohlstand oder wenigstens das Streben nach einer besseren Lebensführung, der in der gleichen Richtung wirkt. Dank der Aufklärung, die mehr oder minder

stark schon vor dem Kriege unter der Arbeiterschaft eingeseht hatte und dem Kennenlernen der durch die oft erzwungene Beschränkung der Kinderzahl eingetretenen wirtschaftlichen Besserstellung, war sich der Arbeiter der Vorzüge einer Geburtenbeschränkung bewußt geworden. Er erkannte in ihr den Weg zu einem besseren und gesünderen Dasein für sich selbst wie für seine Familie. (Die sinkende Sterbeziffer gibt ihm darin Recht!) Ebenso verstand er nun, daß Kultur nur am Baume des Wohlstandes blüht und ein Emporringen zu ihr voraussetzte, daß man das Wenige zum Leben nicht ungestraft häufig teilen durfte. Es sind die gleichen Erwägungen, die den Mittelstand seit langem uneingestanden zu der gleichen Stellung veranlaßt hatten. Nur war bei der geringen Bildung, der oft mangelnden Beratung durch Ärzte und den sonstigen gedrückten Verhältnissen der Leidensweg zu dem Baume der Erkenntnis hauptsächlich für die Frau ein unendlich viel qualvollerer und führte häufig sogar erst durch die Gefängnisse. Es sind daher oft die besten und biologisch wertvollsten Teile der Arbeiterschaft, die ihr Schicksal zu meistern versuchen, indem sie eine triebhaft ungehemmte Fortpflanzung vermeiden. Allerdings liegen Gefahren genug auf diesem noch dunklen Wege. Alfred Grotjahn hat mit Recht darauf hingewiesen, daß er schließlich zur Volksvernichtung führen kann. Es fragt sich daher, ob man nicht das österreichische Muster nachahmen soll, wonach diese wichtigste Frage der Bevölkerungspolitik in die Hand amtsärztlicher Beratungsstellen gelegt wird, anstatt mit ihr politische Parteien zu belasten und sie womöglich als radikalen Agitationsstoff zu unerquicklichen Skandalen auswachsen zu lassen. In diesem Sinne ist der Geburtenrückgang als eine der wichtigsten Kulturerscheinungen der Gegenwart aufzufassen. Es ist der Weg von der Masse zum Volke, von dem Proletariat zum Arbeitertume.



Siedlung Niederhermsdorf

Schlußwort.

Es scheint heute nachgerade Mode geworden zu sein, als Kommunalverband sich in Sack und Asche zu kleiden, um sein Unglück jedem Außenstehenden möglichst eindrucksvoll zum Bewußtsein zu bringen. Die Einführung des öffentlichen Subventionsystems in einem früher nicht gekannten Ausmaße mag diesen Vorgang teils erklären, teils auch entschuldigen. Es kann daher auch nicht ausbleiben, daß eine mehr oder weniger geschickte Propaganda in der Öffentlichkeit als eine äußerst nutzbringende Angelegenheit auch dort betrieben wird, wo die Not nicht so groß ist und das Feuer nicht so auf den Nägeln brennt wie anderswo. Um mir also den Vorwurf zu ersparen, absichtlich Schwarz in Schwarz gemalt zu haben, hielt ich es für nötig, auch aus den verstaubten Regalen die Akten herunterzuholen. Aber selbst dort fand ich keine weißen Farben vor, um damit das Bild aufhellen zu können. Die Stimmen der Vergangenheit, die man als unbestechliche Zeugen gelten lassen muß, haben den gleichen Klang wie die Notrufe der Gegenwart. Ich kann mir auch nicht denken, daß unsere Nöte mit einer so erbarmungslosen Logik abgetan werden sollten, wie es in dem preussischen Ministerialgutachten vom Jahre 1819 geschah, daß nämlich „von einem außergewöhnlichen Notstand in Schlesien keine Rede sein könne, weil dort immer Not geherrscht habe“. Hat schließlich doch auch der gleiche Staat mit allen seinen Grundsätzen in den vierziger Jahren gebrochen, als der Zwang der Verhältnisse es gebieterisch verlangte. Um wieviel sicherer wird man heute auf eine gerechte Behandlung in einem Staate rechnen dürfen, der mehr und mehr Fürsorgestaat geworden ist. Es ist ja ohne alle Frage, daß ein Subventionsystem, so viele Bedenken auch dagegen geltend gemacht werden können, dann von größtem Nutzen sich erweisen wird, wenn nachweislich notleidende Gebiete an dem Aufkommen wirtschaftlich günstiger gestellter Bezirke teilnehmen dürfen. Auf diesem Prinzip beruht ja auch die Errichtung von Ausgleichskassen, sei es für die Erwerbslosenunterstützung, Hausbau usw. Nachdem nun heute Fürsorge und Wohlfahrtstätigkeit ihren mitleidigen und mildtätigen Charakter verloren und sich zu festen Rechtsansprüchen jedes Deutschen umgewandelt haben, nimmt es nicht Wunder, daß in einem so vernachlässigten

Bezirke wie dem niederschlesischen Industriegebiet die Wohlfahrtsausgaben zu einer fast untragbar gewordenen Höhe angeschwollen sind. Allein im Kreise haben sich diese nach dem Rechnungsergebnis im Verhältnis des letzten Friedensjahres 1913 zum Jahre 1926 um 1476% vermehrt! (Die einzelnen Angaben vgl. Übersicht Seite 139 im Anhang.) Nicht viel anders steht es um die Haushalte der Industriegemeinden, die, trotzdem sie heute gesetzlicher Weise vom Kreise in ihren Fürsorgeausgaben stark entlastet werden, Steigerungen ihrer Wohlfahrtsausgaben von 600 bis 1400% aufweisen¹⁾. Man braucht daher nicht Schwarzseher zu sein, um große Bedenken zu hegen, ob eine weitere Steigerung mit Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft sich überhaupt noch verantworten läßt. Fast scheint es nur noch den verzweifelten Ausweg zu geben, entweder die Gewerbebetriebe mit phantastischen Steuerzuschlägen schließlich zu erdroffeln oder die Wohlfahrtsgesetze der Nachkriegszeit für den Kreis und seine Gemeinden obsolet werden zu lassen, d. h. durch Nichtanwendung stillschweigend außer Kraft zu setzen. Von diesem unmöglichen Schritte kann nur eine Erleichterung der Lasten durch Beihilfen des Staates für vorbeugende Fürsorge helfen, wie sie z. B. vor kurzem zum Ausbau des Kreiskrankenhauses und zur Bekämpfung der Tuberkulose gegeben wurden.

Vor allem darf man nicht außer acht lassen, daß es sich um ein Industriegebiet handelt, das von einer rein deutschen Bevölkerung bewohnt wird. Zuzug ausländischer Arbeiter findet nur aus dem benachbarten Böhmen statt. Doch handelt es sich hier um Ausländer nur im technischen Sinne. Es sind der Staatsangehörigkeit nach Tschechen, im völkischen Sinne aber Sudetendeutsche, die ihrer Abstammung, Sprache, Kultur und Herzensneigung nach der deutschen Volksgemeinschaft zugehören. Die von Jahr zu Jahr fortschreitende Tschechisierung des der Kreisgrenze vorgelagerten Braunauer Ländchens zwingt, die Aufmerksamkeit auch auf diese Dinge zu richten. Die Erhaltung des deutschen Grenzlandes gegenüber dem Vorrücken des Slaventums ist oberste Pflicht. Ihr dient man in erster Linie durch die Schaffung einer sozial zufriedengestellten Bevölkerung, um von vornherein jede Entfremdungsbestrebung unmöglich zu machen. Die Abtrennung Oberschlesiens lehrt eindringlich genug, daß von drüben weniger in der Rassenfrage als in der sozialen Frage der sprengende Keil eingesetzt worden war.

Neben diese Ansprüche staatspolitischer Natur tritt eine moralische Forderung des Bergbaues. Während des Ruhrkampfes, der eine empfindliche Kohlenknappheit hervorrief, forderte der Reichskohlenkommissar

¹⁾ Übersicht im Anhang, Seite 138.

die Gruben des Waldenburger Gebiets auf, mit allen Kräften Kohle zu fördern. Damals wurde aus Gründen des Staatswohls ein Raubbau getrieben, an dessen Folgen noch heute das gesamte Revier krankt. Es wurden nur die besten und ertragreichsten Flöze abgebaut, notwendige Vorrichtungs- und Ausrichtungsarbeiten versäumt und Gesteins- und Zimmerarbeiten notgedrungen auf normale Zeiten verschoben. Durch diesen Vorgang sind auf Jahre hinaus die Betriebspläne ungünstig beeinflusst worden, und die provisorische Zimmerarbeit hat Bergschäden nach sich gezogen, die in den letzten Jahren die Gruben mit Millionen Mark Schadenersatzansprüchen, hauptsächlich von der Reichsbahn ausgehend, belastet haben. Dabei soll ganz davon geschwiegen werden, wie sehr die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Westfalen gelitten hat, wo zwar in jener Zeit nicht gefördert wurde, jedoch ein sehr sorgfältiger Ausbau der Gruben stattfand. Es ist ein altrömischer und im preussischen Verwaltungsrecht wiederholter Grundsatz, daß, wer zum Wohle der Allgemeinheit Opfer gebracht hat, auch durch die Allgemeinheit entschädigt werden soll. (Lex Rhodia de jactu § 1 D. l. 2, 14 und § 74/75 Einleitung zum Allgemeinen Landrecht.) Da aber eine unmittelbare Entschädigung wohl nicht möglich ist, würde diese am besten durch eine Förderung des öffentlichen Wohnungsbaues und Erleichterung der Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden gewährt werden, um damit mittelbar den Gruben eine gemeindesteuerliche Entlastung zu bringen.

Mit irgendwelchen Hoffnungen oder einer billigen Höhenstimmung vermag ich nicht zu schließen. Zu wenig berechtigt die Geschichte des Kreises Waldenburg hierzu. Es ist auch nicht die Erwartung auf Mitleid oder ein Geschenk aus irgend einem Hilfsprogramm, das diese Zeilen schreiben ließ. Helfen kann nur eine auf Jahrzehnte hindurch mit großen Mitteln ausgerüstete wertschaffende Wohlfahrtspolitik und ein verstärktes Wohnungsbauprogramm.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Volkswirtschaft
vom 1. Juni 1922 bis Monatsende März 1923.

Gütergruppen	Einheit	März 1923			März 1922				
		1	2	3	1	2	3	4	5
1. Getreide	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
2. Futter	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
3. Rohstoffe	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
4. Halbfabrikate	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
5. Fabrikate	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
6. Energie	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
7. Sonstige	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100
8. Gesamt	1000 t	112	100	100	100	100	100	100	100

Anhang.

Die wichtigsten Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1925 des Landkreises Waldenburg.

Laufende Nummer	Städte Landgemeinden Gutsbezirke	Wohnbevölkerung am 16. Juni 1925			Zugehörigkeit d. Wohnbevölkerung zu Religionsgesellschaften				
					Angehörige evangelisch. Landeskirchen	Angehörige der röm.-katholischen Kirche	Anderer Christen	Israelliten	Sonstige und unbekannt ¹⁾
		männlich	weiblich	zusammen	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	a) Städte								
1	Friedland	2120	2493	4613	2859	1537	44	8	165 13)
2	Gottesberg	5335	5423	10758	6364	3574	226	27	567
	Summe d. Städte	7455	7916	15371	9223	5111	270	35	732 13)
	b) Landgemeinden								
3	Abelsbach	586	554	1140	917	137	12	1	73 3)
4	Alt Lässig	1025	1009	2034	1243	684	35	—	72
5	Bärsdorf	278	303	581	488	87	6	—	—
6	Blumenau	843	1040	1883	1379	400	44	1	59
7	Charlottenbrunn	844	1073	1917	1403	479	15	10	10 16)
8	Dittersbach	7486	7430	14916	8865	5318	275	12	446
9	Dittmannsdorf	746	774	1520	1227	227	40	—	26
10	Dörnau	231	239	470	332	118	5	—	15
11	Donnerau	574	585	1159	812	309	7	1	30
12	Dorfbach	177	183	360	305	41	14	—	—
13	Erlenbusch	161	170	331	286	43	—	—	2 20)
14	Fellhammer	2756	2680	5436	3008	1818	69	—	541
15	Freudenburg	37	43	80	56	23	—	—	1
16	Friedersdorf	101	125	226	208	12	5	—	1
17	Fröhlichsdorf	186	170	356	318	32	—	—	6 39)
	Su übertragen	16 031	16 378	32 409	20 847	9 278	527	25	1282

¹⁾ Personen, die keine Angabe über die Religion gemacht haben, sind in der linken oberen Ecke der Spalte 10 angegeben.

Laufende Nummer	Städte Landgemeinden Gutsbezirke	Wohnbevölkerung am 16. Juni 1925			Zugehörigkeit d. Wohnbevölke- rung zu Religionsgesellschaften				
		männ- lich	weib- lich	zusam- men	Ange- hörige evan- gelisch. Lan- des- kirchen	Ange- hörige der röm.- katho- lischen Kirche	An- dere Chri- sten	Frae- nlichen	Son- stige und unbe- kannt 1)
	Übertrag . . .	16031	16378	32409	20847	9278	527	25	39) 1282
18	Böhlenau	377	423	800	506	261	12	—	21
19	Börbersdorf	518	692	1210	840	314	7	15	34
10	Grund	73	99	172	143	27	1	—	1
21	Hausdorf	372	402	774	681	86	1	1	5
22	Heinrichau	223	210	433	390	42	—	1	—
23	Jauernig	105	114	219	213	5	—	—	1
24	Kaltwasser	70	80	150	122	28	—	—	—
25	Konradsthal	461	407	868	673	116	45	—	34
26	Kynau	167	210	377	314	59	3	—	1
27	Langwaltersdorf	561	604	1165	905	197	25	—	38
28	Lehmwasser	612	622	1234	938	230	28	—	38
29	Liebichau	335	339	674	523	133	—	—	18
30	Lomnitz	238	250	488	404	76	6	—	2
31	Michelsdorf	232	236	468	411	49	6	—	2
32	Neudorf	195	192	387	310	77	—	—	—
33	Neugersicht	113	114	227	192	24	6	—	5
34	Neuhain	678	642	1320	869	349	45	—	57
35	Neu Lässig	344	328	672	439	199	8	—	26
36	Neu Salzbrunn	2765	2723	5488	3327	1323	96	8	43) 734
37	Neu Wälfegiersdorf	40	37	77	29	48	—	—	—
38	Nieder Hermsdorf	6088	5618	11706	6287	4312	162	11	13) 934
39	Nieder-Salzbrunn	1853	1983	3836	2756	916	32	—	17) 132
40	Nieder Waltersdorf	97	114	211	147	53	3	2	6
41	Ober Hermsdorf	995	967	1962	1082	601	107	—	172
42	Ober Salzbrunn	4511	4980	9491	6294	2550	79	57	29) 511
43	Ober Waldburg	2238	2298	4536	2419	1856	73	1	5) 187
	Zu übertragen . . .	40292	41062	81354	52061	23659	1272	121	146) 4241

Laufende Nummer	Städte Landgemeinden Gutsbezirke	Wohnbevölkerung am 16. Juni 1925			Zugehörigkeit d. Wohnbevölkerung zu Religionsgesellschaften				
		männlich	weiblich	zusammen	Angehörige evangelisch. Landes- kirchen	Angehörige der röm.- katho- lischen Kirche	An- dere Chri- sten	Israe- liten	Son- stige und unbe- kannt 1)
	Übertrag . . .	40 292	41 062	81 353	52 061	23 659	1272	121	146) 4241
44	Ober Wüftegiersdorf .	685	833	1518	987	503	9	—	19
45	Polsnitz	1954	2224	4178	2926	692	75	1	11) 484
46	Raspenau	146	169	315	268	46	1	—	—
47	Reimswach	65	57	122	76	44	—	—	2
48	Reimswaldau	256	212	468	393	49	13	—	13 21
49	Reußendorf	1803	1758	3561	2569	753	50	1	188
50	Rosenau	90	99	189	164	20	2	—	3
51	Rudolfswaldau	356	388	744	633	107	2	—	2
52	Schenkendorf	138	155	293	262	30	—	—	1
53	Schlesisch Falkenberg.	141	147	288	239	49	—	—	—
54	Schmidtsdorf	210	254	464	325	112	6	1	20
55	Seitendorf	1075	1111	2186	1548	508	23	2	5) 105
56	Sophienau	368	388	756	590	163	1	—	2
57	Steinau	128	145	273	232	23	3	—	15
58	Steingrund	401	406	807	600	165	15	—	27
59	Tannhausen	757	865	1622	1259	275	62	—	26
60	Toschendorf	90	97	187	175	7	5	—	—
61	Wäldchen	139	140	279	258	21	—	—	—
62	Weißstein	5591	5515	11106	7355	2759	83	13	17) 896
63	Wüftegiersdorf	1518	1886	3404	2381	798	49	14	8) 162
64	Wüfsterwaltersdorf . .	914	1165	2079	1684	314	42	—	4) 39
65	Zedlitzheide	320	389	709	613	54	10	—	32
	Summe d. Landgemb.	57 437	59 465	116 902	77 598	31 151	1723	153	212) 6277

Laufende Nummer	Städte Landgemeinden Gutsbezirke	Wohnbevölkerung			Zugehörigkeit d. Wohnbevölkerung zu Religionsgesellschaften				
		am 16. Juni 1925			Angehörige evangelisch. Landeskirchen	Angehörige der röm.-katholischen Kirche	Andere Christen	Israeliten	Sonstige und unbekannt ¹⁾
		männlich	weiblich	zusammen					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	c) Gutsbezirke.								
66	Abelsbach	76	62	138	109	29	—	—	—
67	Alt Lässig	40	42	82	44	31	—	—	7
68	Donnerau, Forstgutsbezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Fellhammer	30	27	57	36	19	2	—	—
70	Friedersdorf, Forstgutsbezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
71	Friedland, Forstgutsbezirk	2	2	4	4	—	—	—	—
72	Fröhlichsdorf	9	6	15	15	—	—	—	—
73	Fürstenstein	135	162	297	187	109	1	—	—
74	Göhlenau	8	9	17	7	10	—	—	—
75	Görbersdorf, Forstgutsbezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
76	Heinrichau, Forstgutsbezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Kaltvorwerk (Polsnit)	4	6	10	10	—	—	—	—
78	Kynau	7	19	26	16	10	—	—	—
79	Langwaltersdorf	8	10	18	10	8	—	—	—
80	Lehmwasser, Forstgutsbezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
81	Liebichau	59	60	119	99	17	3	—	—
82	Michelsdorf	1	5	6	5	1	—	—	—
83	Neuhaus	30	22	52	19	33	—	—	—
84	Neu Lässig	5	6	11	9	2	—	—	—
85	Nieder Hermsdorf, Forstgutsbezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
86	Ober Salzbrunn	—	—	—	—	—	—	—	—
87	Ober Wülfegiersdorf, Forstgutsbezirk	4	2	6	—	6	—	—	—
88	Reimswaldau	3	2	5	5	—	—	—	—
89	Reußendorf	63	67	130	95	26	6	—	3
	Zu übertragen	484	509	993	670	301	12	—	10

Laufende Nummer	Städte Landgemeinden Gutsbezirke	Wohnbevölkerung			Zugehörigkeit d. Wohnbevölkerung zu Religionsgesellschaften				
		am 16. Juni 1925			Angehörige evangelisch. Landes- kirchen	Angehörige der röm.- katho- lischen Kirche	An- dere Chri- sten	Israe- liten	Son- stige und unbe- kannt)
		männ- lich	weib- lich	zusam- men					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Übertrag . . .	484	509	993	670	301	12	—	10
90	Rudolfswalbau, Forstgutsbezirk . .	—	—	—	—	—	—	—	—
91	Seitendorf	37	45	82	57	25	—	—	—
92	Tannhausen	79	77	156	103	53	—	—	—
93	Wülfegiersdorf, Forstgutsbezirk . .	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe d. Gutsbez. .	600	631	1 231	830	379	12	—	10
	a) Städte	7 455	7 916	15 371	9 223	5 111	270	35	13) 732 212)
	b) Landgemeinden .	57 437	59 465	116 902	77 598	31 151	1 723	153	6 277
	c) Gutsbezirke . . .	600	631	1 231	830	379	12	—	10
	Summe d. Kreises .	65 492	68 012	133 504	87 651	36 641	2 005	188	225) 7 019
	Stadt Waldenburg	21 759	22 352	44 111	25 287	15 522	682	220	2184 + 216

Landkreis Waldburg.

Zahl der Arbeitnehmer in den Betrieben mit 5 und mehr Arbeitnehmern.

Aufgestellt im April 1927 durch das Gewerbeaufsichtsamt Waldburg.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe überhaupt	Arbeiter							Angestellte							Gesamtzahl der Arbeitnehmer
			männlich			weiblich				männlich			weiblich				
			über 16 Jahre	14—16 Jahren von 14 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	14—16 Jahren von 14 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	zusammen	über 16 Jahre	14—16 Jahren von 14 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	14—16 Jahren von 14 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	zusammen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
I	Gärtnerei und Tierzucht	1	29	8	.	37	2	10	86	2	.	.	2	.	.	4	90
IV	Industrie der Steine und Erden	32	1440	95	4	455	5	.	1999	234	13	.	53	2	.	302	2301
V	Eisen- und Metallgewinnung	1	14	2	16	16
VI	Herstellung von Eisen, Stahl. u. Metallwaren	15	182	38	.	48	4	.	272	16	1	.	3	1	.	21	293
VII	Maschinen-, Apparate- u. Fahrzeugbau	7	333	56	.	9	.	.	398	60	3	.	7	.	.	70	468
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	4	81	15	.	37	2	.	135	10	.	.	3	1	.	14	149
IX	Chemische Industrie	6	31	.	.	35	52	.	118	7	.	.	6	.	.	13	131
X	Textilindustrie	43	1436	55	.	2749	68	.	4308	415	19	89	3	.	.	526	4834
XI	Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	9	153	10	.	65	1	.	229	18	1	.	10	1	.	30	259
XII	Leder- und Linoleumindustrie	2	64	4	.	14	.	.	82	10	.	.	4	.	.	14	96
XIV	Holz- und Schnitstoffgewerbe	45	591	69	.	98	6	.	764	41	4	6	4	.	.	55	819
XVI	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	29	181	11	.	48	3	.	243	41	3	.	31	5	.	80	323
XVII	Bekleidungsindustrie	9	16	4	.	83	2	.	105	9	2	.	8	1	.	20	125
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Nebengewerbe)	41	1263	77	.	38	1	.	1379	39	3	.	7	1	.	50	1429
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	4	38	4	.	1	.	.	43	5	.	.	2	.	.	7	50
XX	Handelsgewerbe	16	32	3	.	13	1	.	49	47	11	.	44	4	.	106	155
XXIII	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	14	54	4	.	18	1	.	77	11	.	.	4	.	.	15	92
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- u. Schaustellungsgewerbe, einschl. Filmaufnahmen	1	1	.	.	6	.	.	7	4	4	11
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	3	35	.	.	13	.	.	48	14	14	62
	Zusammen	272	5974	455	4	3767	148	10	10358	983	60	.	282	20	.	1345	11703

Stadtkreis Waldenburg.

Zahl der Arbeitnehmer in den Betrieben mit 5 und mehr Arbeitnehmern.

Aufgestellt im April 1927 durch das Gewerbeaufsichtsamt Waldenburg.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe überhaupt	Arbeiter							Angestellte							Gesamtzahl der Arbeitnehmer	
			männlich			weiblich				männlich			weiblich					
			über 16 Jahre	14—16 Jahren	schulfähige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	14—16 Jahren	schulfähige unter 14 Jahren	zusammen	über 16 Jahre	14—16 Jahren	schulfähige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	14—16 Jahren	schulfähige unter 14 Jahren	zusammen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
I	Gärtnerei und Tierzucht	1	17	.	.	17	.	.	34	34
IV	Industrie der Steine und Erden	9	680	85	1	1266	25	.	2057	115	6	.	35	1	.	.	157	2214
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	10	6	34	96	24	.	.	1	.	.	.	25	121
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	8	626	107	3	28	.	.	764	265	14	.	36	3	.	.	318	1082
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	5	36	4	40	20	2	.	9	.	.	.	31	71
IX	Chemische Industrie	4	40	1	.	1	.	.	42	10	.	.	2	.	.	.	12	54
XI	Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	6	169	18	.	129	1	.	317	46	1	.	18	2	.	.	67	384
XII	Leber- und Linoleumindustrie	1	4	2	6	6
XIV	Holz- und Schnitstoffgewerbe	18	156	31	.	11	.	.	198	11	1	.	3	.	.	.	15	213
XVI	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	29	179	25	4	58	1	.	267	68	2	.	51	1	.	.	122	389
XVII	Bekleidungsindustrie	14	41	17	.	54	9	.	121	6	1	.	12	2	.	.	21	142
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	41	2929	95	.	26	12	.	3062	47	11	.	30	.	.	.	88	3150
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	4	483	1	.	18	.	.	502	116	12	.	19	.	.	.	147	649
XX	Handelsgewerbe	43	52	2	.	18	1	.	73	359	42	.	247	11	.	.	659	732
XXII	Verkehrswesen (ohne Straßenbahn)	3	36	2	.	2	.	.	40	12	1	.	2	.	.	.	15	55
XXIII	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	15	52	9	.	77	.	.	141	1	.	.	6	.	.	.	7	148
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe, einschl. Filmaufnahmen	5	9	1	1	10	.	.	21	39	1	.	2	1	.	.	43	64
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	4	50	.	.	33	36	.	119	41	.	.	62	.	.	.	103	222
	Zusammen	220	5621	438	5	1748	88	.	7900	1180	94	.	635	21	.	.	1830	9730

Durchschnittliches Gesamteinkommen
eines durchschnittlich angelegten Arbeiters im Jahre 1926.

<p>1. Unterirdisch beschäftigte Bergarbeiter:</p> <p>a) Hauer 1715 RM.</p> <p>b) Schlepper 1313 "</p> <p>Durchschnitt Gr. 1 . . . 1656 "</p>	<p>2. Sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter:</p> <p>a) Reparaturhauer . 1690 RM.</p> <p>b) Sonstige Arbeiter 1305 "</p> <p>Durchschnitt Gr. 2 . 1526 "</p>
<p>3. Über Tage beschäftigte Arbeiter:</p> <p>a) Facharbeiter . . . 1649 RM.</p> <p>b) Sonstige Arbeiter . 1362 "</p> <p>Durchschnitt Gr. 3 . . . 1447 "</p> <p>Durchschnitt der Gruppen 3—5 1376 RM.</p> <p>Durchschnitt aller Gruppen 1537 "</p>	<p>4. Jugendliche männliche Arbeiter unter 16 Jahren . . 356 RM.</p> <p>5. Weibliche Arbeiter . 658 RM.</p>

Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter
beim reinen Grubenbetrieb:

Januar . . . 29 581	Mai 26 029	September . . 27 353
Februar . . . 29 383	Juni 25 668	Oktober . . . 27 788
März 28 327	Juli 25 757	November . . 28 291
April 26 724	August 26 774	Dezember . . 28 375

Leistungslohn je verfahrenene Schicht: Jahresdurchschnitt 1926.

<p>I. a) Hauer 5,73 RM.</p> <p>b) Schlepper 4,67 "</p> <p>Durchschnitt für I. Gruppe 5,57 RM.</p>	<p>II. c) Reparaturhauer 5,19 RM.</p> <p>d) Sonstige Arbeiter 4,40 "</p> <p>Durchschnitt für II. Gruppe 4,86 RM.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Durchschnitt der Gruppen I u. II 5,28 RM.

<p>III. Über Tage beschäftigte Arbeiter:</p> <p>a) Facharbeiter . . . 4,90 RM.</p> <p>b) Sonstige Arbeiter 4,18 "</p> <p>Durchschnitt der Gruppe III 4,40 RM.</p>	<p>IV. Jugendliche männliche Arbeiter unter 16 Jahren . . 1,28 RM.</p> <p>V. Weibliche Arbeiter 2,23 "</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Durchschnitt aller Arbeitergruppen . . 4,96 RM.

Gesamteinkommen der Gesamtbelegschaft je vergütete Schicht:	Stand vom Dezember 1926: 5,54 RM.	Jahres- durchschnitt 5,36 RM.
-------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------	-------------------------------------

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Bezirksfiliale Wülfegiersdorf Nr. 170.

Lohntarif für die Textilindustrie.

Abeschlußtag 3. März 1927

Ecklohn 48 Pf.

Nachstehende Löhne gelten für die Ortsklasse I.

In der Ortsklasse II, d. h. in den Orten Gellenau, Mittelwalde, Rengersdorf, Reinerz, Silberberg, Allersdorf, werden die nachstehenden Lohnsätze um 6% erniedrigt.

I. Spinnerei.

a) Baumwollspinnerei.

Durchschnittstundenverdienst im Akkord.

Baumwoll-Spinnerinnen:	Stundenlohn
Streckerrinnen	38,6 Pf.
Streckerbelferrinnen	37,4 "
Grobflerrinnen	39,0 "
Mittelflerrinnen bis 400 Spindeln	39,4 "
Feinflerrinnen für 160 bis 180 Spindeln	38,6 "
über 180 Spindeln für je volle 10 Spdl. 0,5 Pf. Zuschlag	
unter 160 " " " " 10 " 0,5 " Abschlag	
Ringspinnerinnen	37,4 Pf.
über 400 Spindeln bis 500 Spindeln	38,6 "
für 1½ Maschinen mit über 500 Spindeln	39,7 "
Weiferinnen	37,4 "
Kreuzspulerinnen	37,4 "
Facherinnen und mehrfache Kreuzspulerinnen	38,0 "
Zwirnerinnen	38,2 "

Baumwollspinner:

Selfacterspinner:

- a) Dreizylinder 1500 bis 1600 Spindeln 63,4 Pf.
- unter 1500 Spdl. für je volle 50 Spdl. 0,7 Pf. Abschl.
- über 1600 " " " " 50 " 0,7 " Zuschl.
- b) Zweizylinder: Warpcops 61,2 Pf.
- Pincops 63,4 "

Auffstecker von 14 bis 15 Jahren	. 32%	des Spinnerlohnes
von 15 bis 16	. 42%	" "
über 16	. 52%	" "
Andreher	. 63%	" "
Reservespinner	. 75%	" "

Weiferinnen, Kreuzspulerinnen, (einfach) Facherinnen und mehrfache Kreuzspulerinnen sowie Zwirnerinnen werden, sofern sie im Zeitlohn arbeiten, nach IV B bezahlt.

Stundenverdienst im Zeitlohn.

Krazenschleifer, Zylindermacher	51,6 bis	52,8 Pf.
Zylindermachergehilfen	48,0	" "
Batteurarbeitler und Ausstoßer	49,0	" "
Reißereiarbeiter	48,2	" "
Batteur und Reißereivorspinnkrempelerinnen	37,1	" "
Frauen an Schlagmaschinen	38,3	" "
Frauen, welche im Schlagsaal Männerarbeit verrichten, erhalten den Männerlohn.			
Krazenarbeiterinnen	37,1	Pf.
Krazenarbeiter und Krempelpußer	48,0	" "
Kopseinleger	45,8	" "
Kopseinlegerinnen	33,8	" "
Kopsfahrer werden nach IV A entlohnt.			
Rammenträgerinnen	34,6	" "

b) Wollspinnerei.

1. Rammgarnspinnerei.

Es werden die Lohnsätze nach IV für Hilfsarbeiter und Facharbeiter bezahlt.

2. Kunstvoll-, Haar- und Streichgarnspinnerei.

Es werden im Zeitlohn die Lohnsätze nach IV für Hilfsarbeiter und Facharbeiter bezahlt, jedoch erhalten Spinner folgende Lohnsätze:

a) Gruppenführer	59,0 Pf.
b) Selfactorführer	55,4 "
c) Selfactorführerinnen	40,6 "

Für Akkordarbeit kommen prozentual höhere Löhne in Ansatz, die vor der Einführung zwischen den Organisationen zu vereinbaren sind.

II. Weberei.

a) Vorbereitungslohne.

Durchschnittsstundenverdienst im Afford.

	Pf.
Spulerrinnen	37,4
Schererrinnen	44,0
Zettlerinnen	44,0
Andreherinnen	44,0

Spulerrinnen, welche im Zeitlohn arbeiten, werden nach IV B bezahlt.

b) Weber und Weberinnen.

Durchschnittsstundenverdienst im Afford.

	Lichte Blattbreite bis etwa					
Weber an	120 cm	145 cm	158 cm	175 cm	190 cm	über 190 cm
2 Stühlen	44,4	44,9	—	50,7*)	52,5*)	53,9 Pf. *)
3 Stühlen	53,5	55,7	57,8	—	—	— "
4 Stühlen	58,6	60,5	62,9	—	—	— "

Für Waren, die nur auf einem Stuhl hergestellt werden können, gilt der Durchschnittsstundenverdienst der Weber an zwei Stühlen. Die Webarbeit an zwei schmalen Stühlen bis zu 145 cm Blattbreite gilt als Frauenarbeit; Männer, die diese Arbeit verrichten, erhalten einen besonderen, nicht affordfähigen Zuschlag von 3,6 Pf. die Stunde.

Die vorstehenden Lohnsätze gelten nur für die Buntwebereien; für die Rohweberei sind besondere Vereinbarungen zu treffen auf der Basis, daß der Weber auf drei Rohstühlen gleich dem Weber auf zwei Buntstühlen steht.

Bäumer und Schlichtergehilfen 48,0 bis 49,0 Pf.

Schlichter und Stuhlmeistergehilfen 57,1 bis 58,6 "

III. Veredlung.

Soweit Zeitlöhne gezahlt werden, gelten für Erwachsene über 20 Jahre folgende Stundenlöhne:

	Männer	Frauen
Arbeiter über 20 Jahre	46,5	34,2 Pf.
Facharbeiter über 20 Jahre	48,0	48,4 36,0 "

*) Für Inletts, Büchen, Taschentücher, Dgfort, karierte Staubtücher und Bettlaken tritt außerdem ein Zuschlag von 1,5 Pf. hinzu.

Arbeiter und Arbeiterinnen, welche besonders nasse und schmutzige Arbeit zu verrichten haben, z. B. in der Bleiche, Färberei, Farblüche, Merkanisieranlage und Wäscherei, erhalten 1 Pf. Zuschlag.

Angelernte Garnfärber und Mangelgesellen 50,3 Pf.

Als angelernter Garnfärber ist der Arbeiter zu betrachten, der sich durch jahrelange Tätigkeit in der Färberei die notwendigen Fertigkeiten in allen normalerweise vorkommenden Arbeiten angeeignet hat.

Arbeiter und Arbeiterinnen unter 20 Jahren werden nach IV entlohnt.

Warenleger sind als Facharbeiter gemäß IV zu entlohnen, sobald sie im Sinne von Ziffer 2 Seite 1 eingerichtet sind.

Spizendruckerinnen erhalten 44,0 Pf.
als Durchschnittsstundenverdienst im Alford.

Arbeiter an Druckmaschinen erhalten im Alter von
über 20 Jahren 49,2 "

Vorarbeiter erhalten 10 bis 20% höhere Löhne als die Facharbeiter.

	Stunden- lohn Pf.	Wochen- lohn RM.
Perrotinen- und Reliefdrucker erhalten	57,6	30,50
nach beendeter Lehrzeit		
nach vierjähriger Tätigkeit einschl. Lehrzeit	63,8	33,80
steigend bis	70,3	37,25

IV. Zeitlöhne für sonstige Arbeiter und Arbeiterinnen.

a) Hilfsarbeiter	Männer	Frauen
von 14 bis 15 Jahren	19,2	15,7 Pf.
von 15 bis 16 Jahren	20,6	16,6 "
von 16 bis 18 Jahren	26,6	20,4 "
von 18 bis 20 Jahren	35,0	25,3 "
über 20 Jahre	46,3	34,2 "
b) Facharbeiter		
von 14 bis 15 Jahren	19,2	15,7 "
von 15 bis 16 Jahren	20,6	16,8 "
von 16 bis 18 Jahren	27,8	20,6 "
von 18 bis 20 Jahren	36,5	26,6 "
über 20 Jahre	48,0	36,0 "

V. Wochenlöhner.

	Stundenlohn	Wochenlohn
Selbständige Warenschauerinnen	43,9 Pf.	23,25 RM.
Selbständige Warenschauer	56,2 "	29,80 "
Selbständige Blattseher	56,2 "	29,80 "
Spulmeister	59,3 "	31,45 "

Die Wochenlöhne der Perrotinen- und Reliefdrucker sowie der unter V. aufgeführten Wochenlöhner entsprechen einer 53-stündigen Wochenarbeitszeit.

VI. Handwerkerlöhne.

Gelernte Maurer, Zimmerer, Tischler, Sattler, Buchbinder usw.	61,8 bis 62,4 Pf.
Gelernte Dreher, Elektriker, Former, Klempner usw.	61,8 bis 62,4 "
Handwerksmäßig ausgebildete Former, Fräser, Dreher usw.	58,6 bis 59,5 "
Werkstattarbeiter über 20 Jahre	52,6 bis 55,4 "
unter 20 Jahre	41,8 "
Heizer und Maschinisten, die eine dreijährige Be- rufstätigkeit oder das Prüfungszeugnis einer der vom Reichswirtschaftsministerium ein- gerichteten Heizerschulen nachweisen	61,8 bis 62,4 "
sonstige Heizer und Maschinisten	56,6 bis 58,9 "
geprüfte Fahrstuhlführer	48,0 bis 50,1 "
Packer, Speicherei-, Hofarbeiter	46,2 bis 50,1 "

Anmerkung.

Der Spitzenlohn des Handwerkers steht 30% über dem Ecklohn des Textilarbeiters. Hierauf wird an leistungsfähige Arbeiter eine Leistungszulage bis zu 15% gezahlt.

Handwerker unter 20 Jahren erhalten die Löhne der Werkstattarbeiter über 20 Jahren.

Zeitlöhne für sonstige Arbeiter.

Heizergehilfen, Einöler, Transmissionswärter	52,1 bis 53,2 Pf.
--------------------------------------------------------	-------------------

VII. Leinenspinnerei.

	Pf.
Sechselei:	
Spizer, Durchschnittsstundenverdienst im Akkord	52,8
Sortierer	55,7
Maschinenbedienerinnen a. Selbstspanner i. Zeitlohn	
über 20 Jahre	35,0
unter 20 Jahre	31,2
Karderie:	
Kardenspinnerinnen an 2 Karden m. Speisern über 20 Jahre	36,7
unter 20 Jahre	32,0
Vorspinnerei:	
Anlegerinnen im Zeitlohn über 20 Jahre	35,0
von 18 bis 20 Jahre	25,3
unter 18 Jahre	20,4
Anlegerinnen, Durchschnittsstundenverdienst im Akkord	37,0
Strecken und Streckerrinnen im Zeitlohn bei Bedienung von	
1½ Strecken über 20 Jahre	35,0
von 18 bis 20 Jahren	26,1
von 16 bis 18 Jahren	20,5
Vorspinnerinnen im Zeitlohn ohne Vorstrecke über 20 Jahre	36,7
unter 20 Jahre	32,0
Vorspinnerinnen im Zeitlohn bei gleichzeitiger Mitbedienung	
einer Vorstrecke über 20 Jahre	39,7
unter 20 Jahre	32,8
Feinspinnerei:	
Spinnerinnen, Durchschnittsstundenverdienst im Akkord	40,7
Hilfsspinnerinnen im Zeitlohn über 20 Jahre	36,0
von 18 bis 20 Jahre	26,6
unter 18 Jahre	20,6
Abnehmerinnen im Zeitlohn von 18 bis 20 Jahren	25,3
von 16 bis 18 Jahren	20,4
unter 16 Jahre	16,6
Abziehmeisterinnen im Zeitlohn	44,6
Haspelei:	
Hasplerinnen, Durchschnittsstundenverdienst im Akkord	37,6
Akkordhasplerinnen für Hilfsarbeiten im Zeitlohn	
über 20 Jahre	34,2
von 18 bis 20 Jahren	25,3
von 16 bis 18 Jahren	20,4
von 15 bis 16 Jahren	16,6
von 14 bis 15 Jahren	14,8
Garntrockner, Packer, Durchschnittsstundenverdienst i. Akkord	52,8

Aus dem Reichstarif für die Deutsche Feinteramische Industrie.

Gültig ab 1. April 1927.

Ortsgruppe B.

Facharbeiter:	Stundenlohn Pf.
Im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	44
bis 20 Jahre	54
20—24 "	63
über 24 "	68
Alfordbasis	73
Facharbeiterinnen:	
Im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	27
bis 20 Jahre	34
über 20 "	41
Alfordbasis	45
Sonstige Arbeiter:	
15—16 Jahre	23
16—18 "	35
18—20 "	46
20—24 "	52
über 24 "	57
Alfordbasis	65
Sonstige Arbeiterinnen:	
15—16 Jahre	15
16—18 "	22
18—20 "	30
über 20 "	34
Alfordbasis	40

Nach einer mir zur Verfügung gestellten Untersuchung der Effektivlöhne, in der die höchsten und niedrigsten Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeitergruppen angegeben sind, ergibt sich folgendes Bild

Dreher (Facharbeiter)	Durchschnittslohn RM. 0,73—0,99
Gießer "	0,66—1,02
Sonstige Arbeiter	0,59—0,97
Gießerinnen (Facharbeiter)	0,34—0,59
Sonstige Arbeiter "	0,27—0,58
Garniererinnen "	0,33—0,55
Sonstige Arbeiterinnen	0,34—0,50
Rändlerinnen (Facharbeiter)	0,39—0,55
Formerinnen	0,30—0,52
Blättermacherinnen	0,28—0,50

Effektivlöhne
der Schlesiſchen Spiegelglas-Manufactur Carl Zielsch
G. m. b. H., Altwasser,
vom 4. April 1927 ab.

Auf diese Löhne kommt ab 1. Oktober 1927 nochmals ein Zuschlag von 2½%. Diese Löhne sind gültig bis zum 28. Februar 1928.

	Stundenlohn
	Pf.
Kesselbeizer	76,7
Maschinenwärter	92,4
Schlosser:	
Halle 3.	96,7
" 4.	115,9
Schleifhalle	96,0
Werkstatt	81,5
Dreher	81,5
Klempner	81,5
Schmiede	84,7
Tischler — Zimmerleute	81,5
Ristenmacher	78,5—90,6
Holzarbeiter	76,2—86,2
Elektriker	81,5
Vorarbeiter (Estimation)	121,8
Glasbeschauer	} 101,9
1. Glasschneider	
1. Schleifer	} 95,7
Polierer	
Schmirgelwäscher	
1. Packer	92,4
Aufgipfer	90,0
2. Glasschneider	86,5
Schlammablagerer	} 83,9
Sandwäscher	
Sandlader	
Glaswäscher	
Packer	} 83,5
Pußer	
Pußer	64,8—69,5

Stundenlohn

	Pf.
Schmelzer, Halle 3.	108,4
Einschieber, Halle 2	85,3
Röhlofenschürer, Halle 3	96,7
Gußschneider, " 4	100,5
Gießler, " 2	82,3
" " 3	88,6
" " 4	97,3
Maurer, Ofenbau	83,6
Steinmacher, Poterie	82,5
Com. Schneider, Halle 2	81,6
" " " 4	91,5
Rauszieher, Halle 2	64,4
Rohlenfahrer, " 3	72,4
Händler, " 4	69,9
Hofarbeiter, Hofbetrieb	79,9
Steinpußer, Poterie	68,4
Arbeiter, Ofenbau	63,5
Kutscher, Hofbetrieb	57,8
Frauen, "	44,6
Frauen, Ofenbau	37,4
Hallenjunge, Halle 2	30,9
Einschieber, " 4	100,5
Einleger, " 4	103,9
Rauszieher, " 4	76,5

**Lohntabelle für die Betriebe
des Verbandes der Metallindustriellen Niederschlesiens
für die Zeit vom 1. April 1927 bis 30. Juni 1928**

	A l f o r d s a h					
	Lohnarbeiter nach vierwöchentlicher Beschäftigung					
	v. 1. 4.	v. 1. 7.	v. 1. 10.	v. 1. 4.	v. 1. 7.	v. 1. 10.
Gruppe A. Gelernte.						
über 24 Jahre. . .	64	65	66	74	75	76
v. 21—24 " . .	58	58,5	59,5	67	67,5	68,5
v. 18—21 " . .	47	47,5	48,5	55	55,5	56
unter 18 " . . .	34	34,5	35	40	40,5	41
Gruppe B. Maschinenarbeiter:						
über 24 Jahre. . .	56,5	57,5	58	62,5	63,5	64
v. 21—24 " . .	52	53	53,5	57,5	58,5	59
v. 18—21 " . .	41	42	42,5	46	46,5	47
unter 18 " . . .	31	31,5	32	35	35,5	36
Gruppe C. Hilfsarbeiter:						
über 24 Jahre. . .	50	50,5	51	53	53,5	54
v. 21—24 " . .	45	45	46	48	48,5	49
v. 18—21 " . .	36	36,5	37	38	38,5	39
v. 16—18 " . .	25	25,5	26	27	27,5	28
v. 14—16 " . . .	20	20,5	21	21	21,5	22
Gruppe D. Angelernte Frauen:						
über 24 Jahre. . .	34	34,5	35	36	36,5	37
v. 21—24 " . .	29	29,5	30	31	31,5	32
v. 18—21 " . .	27	27,5	28	29	29,5	30
v. 16—18 " . .	23	23,5	24	25	25,5	26
Gruppe E. Hilfsarbeiterinnen:						
über 24 Jahre. . .	29	29,5	30	31	31,5	32
v. 21—24 " . .	27	27,5	28	29	29,5	30
v. 18—21 " . .	23	23,5	24	25	25,5	26
v. 16—18 " . .	19	19,5	20	20	20,5	21
v. 14—16 " . . .	16	16,5	17	17	17,5	18
Lehrlinge:						
	im 1.	2.	3.	4. Lehrjahr		
	8	11	15	19 Pf.		
Formerlehrlinge . .	9	12	16	20 "		

Hochqualifizierte Arbeiter der Gruppen A und B können bis zur Höhe des Alforddurchschnittsverdienstes ihrer Gruppe und Altersklasse entlohnt werden.

Zu den oben angegebenen Löhnen können Leistungszulagen gezahlt werden:

Gruppe A bis 10 % Gruppe B—E bis 5 %.

Kolonnenführer erhalten außerdem 1 Pf. pro Stunde mehr.

Effektivlöhne der „Carlshütte“. (Mai 1927.)

1. Akkordarbeiter über 24 Jahre:	Durchschnitt je Stunde	Niedrigster bzw. höchst. Stundenlohn i. d. Abteilung
	Pf.	RM.
Für Former	93	0,73/1,07
„ Schlosser	83,5	0,74/0,92
„ Schmiede	86	0,74/1,04
„ Dreher	82	0,74/0,97
„ Rev. Dreher	74,7	0,66/0,85
„ Fräser, Hobler, Stoßer . .	74	0,66/0,85
„ Bohrer	71,5	0,66/0,77
„ Schlosser f. Eisenkonstruktion	86	0,79/1,28
2. Stundenlöhner über 24 Jahre:		
Für Facharbeiter, die im Stunden-		
lohn arbeiten:		
„ Modelltischler	79	0,74/0,84
„ Werkzeugschlosser	82	0,76/0,82
3. Hofarbeiter und ungelernete über 24 Jahre:		
Gewöhnliche Tagearbeiter erhalten Tariflohn u. Mußzulage nach		
vierwöchentlicher Beschäftigung = 52 Pf. pro Stunde.		

* * *

Die vorstehende Effektivlohnachweisung gibt das sehr günstige Bild eines vollbeschäftigten Monats in einem Werke mit hochqualifiziertem Arbeiterstamme. Berücksichtigt man die übrigen Werke, in denen kaum derartige Akkordspitzenlöhne verdient werden und rechnet die Menge der unter 24 Jahre alten Arbeiter hinzu, so gelangt man auf einen weit niedrigeren Durchschnittsverdienst. Im allgemeinen darf man annehmen, daß der Durchschnitt der Verdienste der Metallarbeiter 20 % über dem Akkordsatz liegt. Der Deutsche Metallarbeiterverband in Waldenburg berechnet das monatliche Lohneinkommen eines Waldenburger Lohnarbeiters zwischen 100—170 RM. liegend. Aus der gleichen Quelle stammt die Berechnung der Abzüge eines über den Durchschnitt verdienenden Drehers.

Monatsverdienst	178,39	RM.
Steuern	1,25	„
Krankenkasse	8,20	„
Erwerbslosenfürsorgebeitrag	2,60	„
Invalidenversicherung	3,50	„
Übrigbleibender Gesamtlohn: . . .	162,84	RM.

Kleinhandelspreise

im Bezirk Waldenburg in den Jahren 1913/14 und 1927.

Laufende Nummer	Gegenstand	Preis im Kleinhandel in den Jahren 1913/14		Bemerkungen
		R.M.	R.M.	
Lebensmittel.				
1	Roggenbrot 1 kg	0,21	0,453	115,7 % verteuert
2	Weißbrot (Semmel) 1 "	0,60	0,83	38,3 % "
3	Weizenmehl (inländ.) 1 "	0,34	0,56	64,7 % "
4	Graupen, grobe. 1 "	0,41	0,54	31,7 % "
5	Weizengrieh 1 "	0,42	0,72	85,7 % "
6	Saferflocken, Iose oder offen 1 "	0,48	0,59	22,9 % "
7	Reis, Vollreis, mittlere Güte 1 "	0,40	0,65	62,5 % "
8	Erbsen, gelbe 1 "	0,35	0,80	128,5 % "
9	Speisebohnen, weiße. 1 "	0,40	0,40	— "
10	Kartoffeln 1 "	0,10	0,16	60 % "
11	Weißkohl 1 "	0,06	0,08	33,3 % "
12	Wirsing 1 "	0,175	0,30	71,4 % "
13	Rotkohl 1 "	0,125	0,20	60 % "
14	Spinat 1 "	0,15	0,30	100 % "
15	Mohrrüben 1 "	0,05	0,30	500 % "
16	Sauerkraut 1 "	0,20	0,30	50 % "
17	Rindfleisch 1 "	1,43	2,00	39,8 % "
18	Schweinefleisch 1 "	1,35	1,70	25,9 % "
19	Sammelfleisch 1 "	1,10	2,40	118,1 % "
20	Leberwurst 1 "	1,60	2,40	50 % "
21	Speck 1 "	1,60	2,40	50 % "
22	Butter 1 "	2,40	4,20	75 % "
23	Margarine 1 "	1,30	1,50	15,3 % "
24	Schweineschmalz 1 "	1,50	2,40	60 % "
25	Käse, Magerkäse 1 "	0,60	1,00	66 % "
26	" halbfetter Käse 1 "	1,40	2,40	71,4 % "
27	Salzheringe 1 "	0,50	0,72	44 % "
28	Gestofener Zucker 1 "	0,40	0,80	100 % "
29	Eier 1 "	0,05	0,10	100 % "
30	Vollmilch 1 Ltr.	0,17	0,25	47 % "
31	Kaffee, gebrannt, Iose 1 kg	3,20	7,20	125 % "
32	Kaffee-Ersatz 1 "	0,70	1,00	42,8 % "
33	Speisesalz 1 "	0,20	0,16	20 % billiger

Die Verteuerung beträgt insgesamt: 73,8 %

Laufende Nummer	Gegenstand	Preis im Kleinhandel in den Jahren 1913/14 RM.	Preis im Kleinhandel am 25. 5. 27 RM.	Bemerkungen
Heizung und Beleuchtung.				
34	Steinkohlen 1 Ztr.	0,70	1,25	78,5 % verteuert
35	Brifetts 1 "	1,03	—	—
36	Rochgas u. Leuchtgas 1 cbm	0,13	0,20	53,9 % "
37	Elektrizität 1 kWh	0,46	0,40	15 % billiger
Die Verteuerung beträgt insgesamt:				39,1 %.
Wohnungsmiete.				
38	Wohnung, 2 Zimmer, 1 Küche, Monatsmiete	25,00	28,50	14 % verteuert
Sonstige Bedürfnisse.				
39	Soda 1 kg	0,10	0,16	60 % verteuert
40	Scheuertuch 1 Stück	0,20	0,60	300 % "
41	Handtuch 1 "	0,60	1,20	100 % "
42	Haarschneiden einmal	0,25	0,60	140 % "
43	Rasieren "	0,10	0,20	100 % "
44	Platz für Erwachsene im Lichtspielhaus	0,30	0,70	133,3 % "
Die Verteuerung beträgt insgesamt:				138,8 %.
Bekleidungsgegenstände.				
45	Herrenanzüge, einreihig, fertig	24,00	36,00	50 % verteuert
46	Knabenschulanzug	14,00	22,00	57,1 % "
47	1 wollener Frauencheviotrock	6,00	7,50	25 % "
48	1 Mädchenkleid	12,00	11,00	9,9 % billiger
49	1 baumwollene Flanellbluse	3,00	4,00	33,3 % verteuert
50	1 Waschbluse	6,00	7,00	16,6 % "
51	1 Männerflanellhemd	2,00	3,00	50 % "
52	1 Frauenhemd	1,80	2,00	11,1 % "
53	1 Meter Hemdentuch	0,60	0,80	33,3 % "
54	1 Paar Männersocken	0,75	0,90	20 % "
55	1 " Frauenstrümpfe	1,25	1,25	—
56	1 " Männerstiefel	8,50	11,00	29,4 % "
57	1 " Frauenstiefel	7,50	12,90	72 % "
58	1 " Kinderstiefel	5,00	6,90	38 % "
59	Preis für das Besohlen (genagelt) mit Absägen von 1 Paar Männerstiefel	2,50	4,75	90 % "
Die Verteuerung beträgt insgesamt:				34,4 %.

Im Verhältnis zum Frieden beträgt heute die Verteuerung aller Lebenshaltungskosten 60 %. Die Reichsindexziffer wurde vom Statistischen Reichsamt für den Durchschnitt des Monats Mai 1927 auf 146,5 errechnet; sie kennt also nur eine 46 % Verteuerung der Lebenshaltung. Das im ersten Kapitel über die besonderen Verhältnisse Waldenburs Gesagte findet hiermit seinen zahlenmäßigen Beweis. Dabei sind, um das Bild nicht zu verzerren, bei den Frischgemüsearten die sehr viel billigeren Herbstpreise des Jahres 1926 eingesetzt.

Auszug aus den Gemeinde-Wohnungslisten.

Name der Gemeinde	Auf der Wohnungsliste stehende Personen	Seit 3 Jahren und länger	Zahl der dringlich Wohnungs- suchenden	Zahl der un- reichenden Woh- nungen (ungefähr)	Personen, die größere Woh- nungen suchen	Ob- dach- lose
Abelsbach . . .	16	—	6	16	7	—
Alt Lässig . . .	64	4	19	23	44	1
Bärsdorf . . .	—	—	—	10	—	—
Blumenau . . .	22	3	10	7	20	—
Charlottenbrunn	46	9	4	12	14	2
Dittmannsdorf .	16	2	4	6	6	—
Dittersbach . .	1274	687	40—50 %	250	581	—
Dörnau . . .	14	5	7	6	6	—
Donnerau . . .	34	8	4	24	26	1
Dorfbach . . .	—	—	—	16	—	—
Erlenbusch . . .	6	—	1	—	3	—
Fellhammer . . .	94	28	94	160	109	—
Freudenburg . .	1	—	1	1	2	—
Friedersdorf . .	2	2	2	50	—	—
Friedland . . .	140	36	45	61	60	—
Fröhlichsdorf .	3	3	—	3	—	—
Göhlenau . . .	7	—	1	25	10	—
Görbersdorf . .	19	4	—	9	6	—
Gottesberg . . .	725	155	200	175	150	35
Grund	—	—	—	2	—	—
Hausdorf	13	—	2	5	6	—
Heinrichau . . .	—	—	—	50 %	—	—
Jauernig	3	—	—	1	3	—
Kaltwasser . . .	—	—	—	—	—	—
Konradsthal . .	44	—	10	65	15	—
Kynau	—	—	—	—	—	—
Langwaltersdorf	16	4	6	14	21	—
Lehmwasser . . .	23	2	10	etwa 25	etwa 30	—
Liebigau	12	—	—	12	26	—
Lomnitz	8	2	2	2	3	—
Michelsdorf . . .	—	—	—	—	—	—
Neudorf	3	—	2	1	2	—
Neugericht . . .	1	—	1	1	1	—
Neuhain	45	11	19	14	63	—
Neu Lässig . . .	25	15	10	10	12	—
Neu Salzbrunn .	148	52	148	96	48	6
	2824	1032	608	1102	1274	45

N a m e der Gemeinde	Auf der Wohnungsliste stehende Personen	Zeit 3 Jahren und länger	Zahl der dringlich Wohnungs- suchenden	Zahl der un- reichenden Woh- nungen (ungefähr)	Personen, die größere Woh- nungen suchen	Ob- dach- lose
Übertrag .	2824	1032	608	1102	1274	45
Neu Wüste- giersdorf . .	1	—	1	1	—	—
Nieder Herms- dorf	206	54	85	80	124	—
Nieder Salz- brunn	224	39	46	37	224	15
Ober Hermsdorf	86	13	25	15	44	—
Ober Salzbrunn	510	110	65	80	195	7
Ober Walden- burg	106	37	20	32	161	2
Ober Wüste- giersdorf . .	66	20	32	18	16	3
Polsnitz . . .	98	7	21	122	75	9 Fam.
Raspenau . . .	—	—	—	3	3	—
Reimsbach . .	—	—	—	2	—	—
Reimswaldau .	3	1	—	10	2	—
Reußendorf . .	122	20	16	28	104	—
Rosenau	5	5	2	3	3	—
Rudolfswalbau.	1	—	—	2	1	—
Schenkendorf .	—	—	1	—	1	—
Schmidtsdorf .	6	2	—	2	3	—
Schles. Falken- berg	2	1	—	—	1	—
Seitendorf . . .	42	24	8	36	25	1
Sophienau . . .	20	3	9	7	14	—
Steinau	3	1	2	3	1	—
Steingrund . . .	11	—	5	10	6	—
Tannhausen . .	53	6	12	74	60	2
Toschendorf . .	—	—	—	etwa 50	—	—
Wälbchen	—	—	—	—	—	—
Weißstein	751	200	350	200	220	3
Wüstegiersdorf	90	14	5	5	34	—
Wüstewalters- dorf	46	4	6	—	6	—
Zedlitzheide . .	—	—	—	8	2	—
	5276	1593	1319	1930	2599	87

Bevölkerungsbewegung im Kreise.

Lfd. Nr.	Standes- amts- bezirk	1912			1913			1925			1926			Prozentzahl über Zu- od. Abnahme der Geburtsfälle 1912/13 bis 1925/26 + Zunahme — Abnahme	Prozentzahl über Zu- od. Abnahme der Sterbefälle 1912/13 bis 1925/26 + Zunahme — Abnahme
		Anzahl der			Anzahl der			Anzahl der			Anzahl der				
		Ge- burts- fälle	Hei- rats- be-	Ster- be-	Ge- burts- fälle	Hei- rats- be-	Ster- be-	Ge- burts- fälle	Hei- rats- be-	Ster- be-	Ge- burts- fälle	Hei- rats- be-	Ster- be-		
		F ä l l e			F ä l l e			F ä l l e			F ä l l e				
1	Abelsbach . . .	35	13	23	39	12	22	31	10	19	42	5	13	1 % —	29 % —
2	Alllänglich . . .	88	10	54	79	16	45	49	11	28	59	21	25	35 % —	46 % —
3	Bad Charlotten- brunn	123	33	74	123	33	81	78	29	51	72	24	47	39 % —	37 % —
4	Dittersbach . . (einschl. Neuhaus)	570	95	312	517	106	297	370	92	189	317	92	185	37 % —	39 % —
5	Dittmannsdorf .	45	17	45	40	12	33	32	10	24	29	16	15	27 % —	50 % —
6	Fellhammer . .	255	35	161	278	68	129	145	45	93	162	48	84	42 % —	39 % —
7	Görbersdorf . .	27	15	58	36	6	54	19	5	31	28	10	36	25 % —	40 % —
8	Hausdorf	31	7	16	29	17	18	32	18	11	34	12	14	10 % +	26 % —
9	Rynau	31	13	30	35	5	24	27	7	13	24	9	15	23 % —	48 % —
10	Neuhain u. Langwaltersdorf	159	34	80	154	19	87	82	21	32	78	22	28	49 % —	64 % —

11	Ndr. Hermsdorf	368	93	205	321	98	208	252	75	161	198	81	149	35 % —	25 % —
12	Ndr. Salzbrunn	164	33	102	150	32	78	110	39	50	80	39	43	40 % —	51 % —
13	Ob. Salzbrunn u. Ner Salzbrunn	511	100	301	501	119	279	375	107	200	288	111	176	40 % —	35 % —
14	Ob. Waldenburg	153	36	99	174	41	101	104	48	64	108	27	67	35 % —	37 % —
15	Polsnitz	172	43	89	148	44	87	99	39	57	59	35	64	50 % —	30 % —
16	Reußendorf . .	168	42	89	157	33	87	112	38	54	118	37	70	29 % —	29 % —
17	Seitendorf . . .	97	18	65	80	24	63	50	12	33	44	13	25	47 % —	55 % —
18	Tannhausen . .	143	30	81	115	33	85	102	30	50	92	35	43	25 % —	45 % —
19	Weißstein	375	89	223	358	114	251	251	81	149	232	86	154	34 % —	36 % —
20	Wüstegiersdorf .	252	71	208	241	70	183	207	50	119	170	52	120	24 % —	39 % —
21	Wüstewaltersdorf	129	34	109	124	34	111	115	36	74	103	31	68	14 % —	35 % —
22	Fürstenstein . .	7	4	3	7	1	2	11	1	2	7	1	8	28 % +	100 % +
23	Ober Hermsdorf.	74	19	50	82	18	38	41	16	40	44	17	43	46 % —	6 % —
		3977	884	2477	3788	955	2373	2794	820	1544	2388	824	1492		
24	Gottesberg . . .	429	86	221	342	74	245	239	72	150	237	72	121	39 % —	42 % —
25	Friedland	171	53	110	163	54	113	119	41	98	133	50	105	25 % —	9 % —
26	Waldenburg . . (einschl. Alt- wasser)	1356	280	902	1249	273	873	955	301	717	1060	356	715	22 % —	19 % —

Wohlfahrtsausgaben des Landkreises Waldenburg in den Rechnungsjahren 1923 bis 1926.

Nach dem Rechnungsergebnis.

Rechnungsjahr	Verwaltungskosten	Sozial- und Kleinrentnerfürsorge	Hilfsbedürftigenfürsorge	Wochenfürsorge	Erwerbslosenfürsorge	Kinderfürsorge	Unterstützung von Gemeindefschwefternstationen	Säuglingsfürsorge	Zum Ausbau der Jugendpflege	Für gemeinnützige Zwecke	Kosten der Unterstützung hilfsbedürftiger Schwachmünniger, Geisteskranker, Struppel etc. in Provinzialanstalten etc.	Gesamtbetrag der Wohlfahrtsausgaben
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
1923	9 223,04	8 850,00	—	—	—	—	630,00	—	—	—	15 546,56	34 249,60
1924	43 365,19	374 152,78	97 092,84	597,98	24 528,06	8 158,41	4 660,00	—	—	—	59 522,66	612 077,92
1925	85 937,30	419 908,52	276 161,69	3 781,25	38 515,76	49 211,69	6 960,00	—	—	—	88 713,95	969 190,16
1926	88 969,45	434 675,28	391 649,38	11 857,91	150 560,81	21 799,78	6 960,00	500,00	3 000,00	1 150,00	100 599,82	1 211 722,43
	227 494,98	1 237 586,58	764 903,91	16 237,14	213 604,63	79 169,88	19 210,00	500,00	3 000,00	1 150,00	264 382,99	2 827 240,11

Wohlfahrtsausgaben in den Rechnungsjahren 1912 und 1913.

1912	—	—	—	—	—	—	10 995,00	—	—	—	67 759,29	78 754,29
1913	—	—	—	—	—	—	11 170,00	—	—	—	71 018,53	82 188,53
	—	—	—	—	—	—	22 165,00	—	—	—	138 777,82	160 942,82

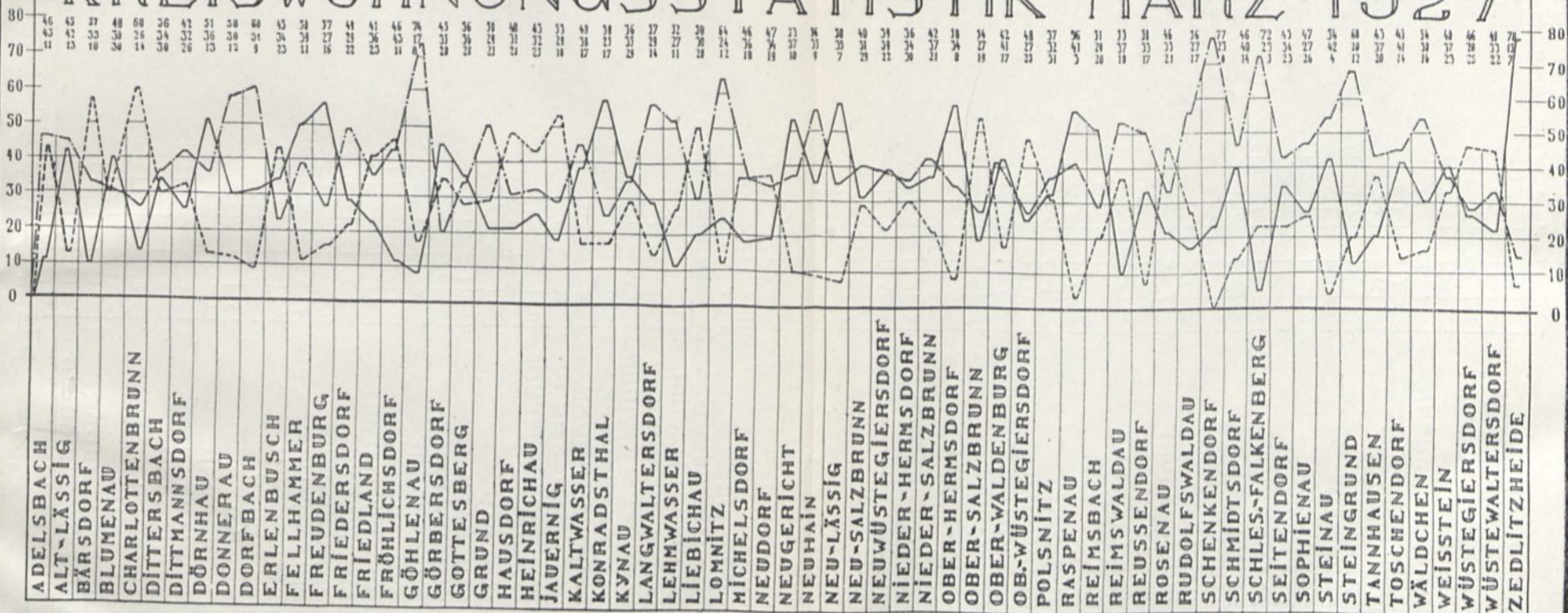
Benuzte geschichtliche Quellenwerke.

- Wirtschaftsgeschichte der preuß. Provinz Schlesien (1741—1806),
von Hermann Fehner, Breslau 1907.
- Hundert Jahre schlesische Agrargeschichte, von Ziekursch, Breslau 1915.
- Geschichte Schlesiens, Bd. 2, Grünhagen, 1886.
- Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens, Dissertation von
E. Frahne, Tübingen 1905.
- Ländliche Zustände in Schlesien während des vorigen Jahrhunderts,
von Geh. Reg.-Rat L. Jacobi, Breslau 1884.
- Über die Not der Leinenarbeiter in Schlesien und die Mittel, ihr abzuhelfen,
von Alex. Schneer, Breslau 1844.
- Schlesische Zustände im 1. Jahrhundert der preussischen Herrschaft, Breslau
1840.
- Die Lage der Weber und Spinner im schlesischen Gebirge,
von A. v. Minutoli, Berlin 1851.
- Über den schlesischen Leinwandhandel und die gegenwärtige Not der Weber,
vom Magistrat u. Kaufmanns-Sozietät Landeshut, Breslau 1827.
- Über die Verhältnisse der Spinner und Weber in Schlesien, von E. G. Rries,
Breslau 1845.
- Preussische Jahrbücher, Jahrgang 1891.
- Schlesien des 18. u. 19. Jahrhunderts, von der Historischen Kommission für
Schlesien, Breslau 1926.
- Jahresberichte des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.
Festschrift zum XII. Allg. Deutschen Bergmannstage in Breslau. Bd. III.
Der Waldenburg-Neuroder Industriebezirk, Waldenburg 1913.
- Entwicklung, Lage und Zukunft des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues,
von Herm. v. Festenberg-Pactisch, Breslau 1886.
- Die Notlage des niederschlesischen Bergbaues, von Dr. Gaertner, Walden-
burg 1913.
- Das niederschlesische Industriegebiet in der Nachkriegszeit,
von Dr. h. c. Sittler, Berlin 1927.
- Aufbau und Gliederung der Landwirtschaft des schles. Gebirgskreises Walden-
burg, von Dr. Gottfried Richter, Landwirtschaftl. Jahrbücher, Berlin 1927.
- Chronik von Waldenburg, von Julius Schrodt, Waldenburg 1837.
- Chronik der Stadt Waldenburg, von Professor Pflug, Waldenburg 1908.
- Chronik von Friedland und Umgebung, von August Werner, Friedland 1883.
- Chronik der Stadt Gottesberg, von Johannes Brauner, 1894.
- Das alte Wistewaltersdorf, von Dr. Rich. Gottwald, Breslau 1926.
- Bilder aus dem Waldenburger Berglande, von Max Kleinwächter,
Waldenburg 1925.
- Verwaltungsberichte des Kreises Waldenburg von 1859 bis 1926,
Acta des Geh. Staatsarchivs zu Breslau.
- Kreisblätter und Acta des Landratsamts Waldenburg von 1818—1927.



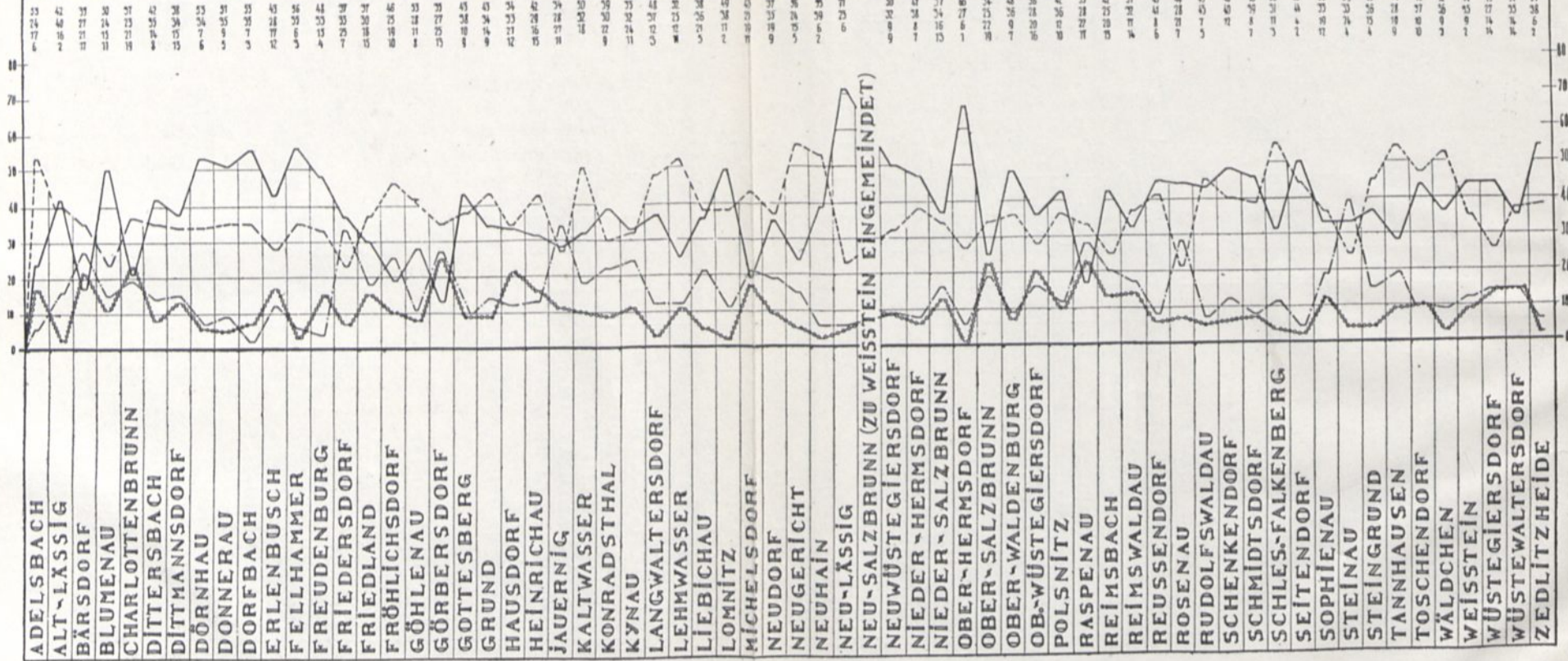
EINWOHNER · IN · 1 RAUM · ----- · EINWOHNER · IN · 1 RAUM U. KÜCHE · ----- · EINWOHNER · IN · 2 U. MEHR RÄUMEN

KREISWOHNUNGSSTATISTIK · MÄRZ · 1927



--- WOHNUNGEN MIT 1 RAUM --- WOHNUNGEN MIT 1 RAUM u. KÜCHE --- WOHNUNGEN MIT 2 RÄUMEN u. KÜCHE --- WOHNUNGEN MIT MEHR ALS 3 RÄUMEN

KREISWOHNUNGSSTATISTIK · JULI · 1927





BIBLIOTEKA GŁÓWNA

237240/1